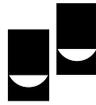


BUNDESGERICHT



BUNDESSTRAFGERICHT



BUNDESVERWALTUNGSGERICHT



BUNDESPATENTGERICHT

# GESCHÄFTS- BERICHT

---

# 2016

## **GESCHÄFTSBERICHT 2016**

<b>I. Bundesgericht</b>	<b>2</b>
<b>II. Bundesstrafgericht</b>	<b>30</b>
<b>III. Bundesverwaltungsgericht</b>	<b>48</b>
<b>IV. Bundespatentgericht</b>	<b>74</b>

# Das Wichtigste in Kürze

Die Geschäftslast des Bundesgerichts bewegte sich im Berichtsjahr mit 7743 Eingängen weiterhin auf sehr hohem Niveau (Vorjahr 7853 Eingänge). Die Zahl der Erledigungen konnte um 1,5% auf 7811 Fälle gesteigert werden (Vorjahr 7695 Fälle). Die durchschnittliche Prozessdauer betrug im vergangenen Jahr 140 Tage (Vorjahr 134 Tage).

Das Gesamtgericht entschied am 14. November mit grosser Mehrheit, die entsprechend dem Vernehmlassungsergebnis nachgeführte Vorlage zur Teilrevision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) zu unterstützen. Das Gesetzesprojekt ist für das gute Funktionieren des Bundesgerichts sehr wichtig, insbesondere im signifikant überlasteten Strafrechtsbereich.

Das Bundesgericht erwartet vom Parlament einen Grundsatzentscheid, welcher die Zulässigkeit der Nutzung von Open-Source-Software (OSS) in der Justizverwaltung beziehungsweise die diesbezügliche Zusammenarbeit unter den Gerichten in der Schweiz klärt.

Die vom Bundesgericht mitveranstaltete jährliche Justizkonferenz beschloss am 21. Oktober einstimmig sechs Thesen, mit denen die Digitalisierung der schweizerischen Gerichtsbarkeit (elektronisches Gerichtsossier und elektronischer Rechtsverkehr) erreicht werden soll.



# BUNDESGERICHT

<b>1. Allgemeiner Teil</b>	<b>6</b>
Zusammensetzung des Gerichts	6
Gerichtsorganisation	8
Geschäftslast	8
Vernehmlassungen, Stellungnahmen und Berichte	9
Koordination der Rechtsprechung	10
Gerichtsverwaltung	10
Aufsichtstätigkeit gegenüber den erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten und Zusammenarbeit	12
Geschäftsberichte der erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichte	12
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	13
<b>2. Hinweise an den Gesetzgeber</b>	<b>14</b>
Erste zivilrechtliche Abteilung	14
Erste sozialrechtliche Abteilung	14
<b>3. Statistiken</b>	<b>16</b>



## **GESCHÄFTSBERICHT 2016 DES BUNDESGERICHTS**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 des Bundesgerichtsgesetzes erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2016.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesgerichts

Der Präsident:	Ulrich Meyer
Der Generalsekretär:	Paul Tschümperlin

Lausanne, 14. Februar 2017

# 1. ALLGEMEINER TEIL

## Zusammensetzung des Gerichts

### Leitungsorgane

#### Präsidium

Bundesgerichtspräsident: Gilbert Kolly  
 Vizepräsident: Ulrich Meyer

#### Verwaltungskommission

Präsident: Gilbert Kolly  
 Vizepräsident: Ulrich Meyer  
 Mitglied: Laura Jacquemoud-Rossari

#### Präsidentenkonferenz

Vorsitzender: Jean Fonjallaz, Präsident I. OerA  
 Mitglieder: Andreas Zünd, Präsident II. OerA (bis 31.3.2016)  
 Christina Kiss, Präsidentin I. ZirA  
 Hans Georg Seiler, Präsident II. OerA (ab 1.4.2016)  
 Marcel Maillard, Präsident I. SorA  
 Nicolas von Werdt, Präsident II. ZirA  
 Lucrezia Glanzmann, Präsidentin II. SorA  
 Christian Denys, Präsident StrA

#### Stab Leitungsorgane

Generalsekretär: Paul Tschümperlin  
 Stellvertreter: Jacques Bühler

### Abteilungen

#### Erste öffentlich-rechtliche Abteilung (I. OerA)

Präsident: Jean Fonjallaz  
 Mitglieder: Thomas Merkli  
 Peter Karlen  
 Ivo Eusebio  
 François Chaix  
 Lorenz Kneubühler

#### Zweite öffentlich-rechtliche Abteilung (II. OerA)

Präsident: Andreas Zünd (bis 31.3.2016, anschliessend Mitglied)  
 Hans Georg Seiler (ab 1.4.2016, vorher Mitglied)  
 Mitglieder: Florence Aubry Girardin  
 Yves Donzallaz  
 Thomas Stadelmann  
 Stephan Haag

**Erste zivilrechtliche Abteilung (I. ZirA)**

Präsidentin: Christina Kiss  
Mitglieder: Kathrin Klett  
Gilbert Kolly  
Fabienne Hohl  
Martha Niquille

**Zweite zivilrechtliche Abteilung (II. ZirA)**

Präsident: Nicolas von Werdt  
Mitglieder: Elisabeth Escher  
Luca Marazzi  
Christian Herrmann  
Felix Schöbi  
Grégory Bovey

**Strafrechtliche Abteilung (StrA)**

Präsident: Christian Denys  
Mitglieder: Laura Jacquemoud-Rossari  
Niklaus Oberholzer  
Yves Rüedi  
Monique Jametti

**Erste sozialrechtliche Abteilung (I. SorA)**

Präsident: Marcel Maillard  
Mitglieder: Rudolf Ursprung  
Jean-Maurice Frésard  
Alexia Heine  
Martin Wirthlin

**Zweite sozialrechtliche Abteilung (II. SorA)**

Präsidentin: Lucrezia Glanzmann  
Mitglieder: Ulrich Meyer  
Brigitte Pfiffner  
Francesco Parrino  
Margit Moser-Szeless

**Rekurskommission**

Präsident: Rudolf Ursprung  
Mitglieder: Luca Marazzi  
François Chaix

Im Berichtsjahr amtierte *Gilbert Kolly* als Präsident und *Ulrich Meyer* als Vizepräsident des Gerichts.

Das Gesamtgericht konstituierte sich in Ergänzung zu den Beschlüssen vom 13. Oktober 2014, 16. Dezember 2014 und 19. Oktober 2015 mit Beschluss vom 20. Januar.

Bundesgerichtspräsident *Gilbert Kolly* und Bundesrichter *Rudolf Ursprung* erklärten auf Ende 2016 ihren Rücktritt. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 28. September *Daniela Viscione*, Richterin am Obergericht des Kantons Aargau und nebenamtliche Bundesrichterin, von Frauenfeld/TG und Zürich, sowie *Marie-Chantal May Canellas*, Richterin am Bundesverwaltungsgericht, von Bagnes/VS, zu ihren Nachfolgerinnen.

Ebenfalls am 28. September wählte die Vereinigte Bundesversammlung *Markus Berger*, Vizepräsident des Verwaltungsgerichts des Kantons Aargau, von Geuensee/LU, zum Nachfolger des Ende des Berichtsjahres altershalber zurücktretenden nebenamtlichen Bundesrichters *Alois Camenzind*.

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 14. Dezember auf Vorschlag des Bundesgerichts *Ulrich Meyer* zum Präsidenten und *Martha Niquille* zur Vizepräsidentin des Bundesgerichts für die Jahre 2017 und 2018. Das Gesamtgericht wählte an der Sitzung vom 10. Oktober für die neue Zweijahresperiode *Yves Donzallaz* zum dritten Mitglied der Verwaltungskommission (VK) und bestellte die Abteilungen neu. Eine weitere Wahl betreffend ein Abteilungspräsidium nahm es am 20. Januar vor.

Die Präsidentenkonferenz wählte am 22. Dezember *Nicolas von Werdt* für die neue Zweijahresperiode zu ihrem Vorsitzenden.

Das Gericht stellte *Stéphanie Musy*, *Mélanie Nasel*, *Stéphanie Feinberg*, *Olivier Bleicker*, *Jeremias Fellmann*, *Bendicht Lüthi*, *Janina Huber* und *Niklaus Matt* definitiv als Gerichtsschreiberinnen bzw. Gerichtsschreiber ein.

## Gerichtsorganisation

Die Gerichtsorganisation blieb im Berichtsjahr unverändert.

## Geschäftslast

Die Statistiken (S. 16 ff.) geben über die Geschäftslast im Einzelnen Auskunft. Sie weisen 7743 *Eingänge* aus (Vorjahr 7853). Gegenüber dem Vorjahr haben die Eingänge um 110 Fälle oder 1,4% abgenommen.

Das Gericht *erledigte* 7811 Fälle (Vorjahr 7695). In 78 Fällen fand eine Beratung nach Art. 58 Abs. 1 BGG statt (Vorjahr 58). Das Gericht übertrug insgesamt 2748 pendente Fälle auf das Folgejahr (Vorjahr 2811). Dies ergibt pro Abteilung durchschnittlich 393 pendente Fälle (Vorjahr 401).

Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die Abteilungen:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
<b>I. OerA</b>	<b>1160</b>	<b>1191</b>
Grundrechte, Raumplanungs- und Baurecht, politische Rechte, Bürgerrecht, strafprozessuale Zwischenentscheide		
<b>II. OerA</b>	<b>1272</b>	<b>1240</b>
Grundrechte, Steuerrecht, Ausländerrecht, öffentliches Wirtschaftsrecht		
<b>I. ZirA</b>	<b>848</b>	<b>863</b>
OR, privates Wettbewerbsrecht, Immaterialgüterrecht, internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Haftpflicht		
<b>II. ZirA</b>	<b>1236</b>	<b>1182</b>
ZGB und SchKG		
<b>StrA</b>	<b>1469</b>	<b>1389</b>
Strafrecht (inkl. Nichtanhandnahmeverfügungen und Verfahrenseinstellungen)		
<b>I. SorA</b>	<b>878</b>	<b>977</b>
IV, Unfallversicherung, Sozialhilfe, öffentliches Personalrecht		
<b>II. SorA</b>	<b>875</b>	<b>965</b>
IV, AHV, Krankenversicherung, berufliche Vorsorge		
<b>Weitere Instanzen</b>	<b>5</b>	<b>4</b>
Aufsicht, freiwillige Gerichtsbarkeit		
<b>Total</b>	<b>7743</b>	<b>7811</b>

Die *Geschäftslast* des Bundesgerichts bewegt sich trotz des leichten Rückgangs bei den Neueingängen weiterhin auf sehr hohem Niveau. Im Vergleich zum Jahre 2006, dem letzten Jahr nach altem Organisationsgesetz, sind die Eingänge um 450 Fälle höher. Damals waren – gerechnet nach dem System der Einheitsbeschwerde des BGG – 7293 Beschwerden zu verzeichnen. Von einer Entlastung des Bundesgerichts, welche das Bundesgerichtsgesetz (2007) bezweckte, kann nach wie vor nicht die Rede sein. Vielmehr sind die *Eingänge* weiterhin besonders in den beiden öffentlich-rechtlichen Abteilungen, in der Zweiten zivilrechtlichen Abteilung und vor allem in der Strafrechtlichen Abteilung sehr hoch.

Die *Erledigungen* konnten um 116 Fälle bzw. 1,5% gesteigert werden. In drei von sieben Abteilungen blieben die Erledigungen hinter den Eingängen zurück. 661 Urteile ergingen in Fünferbesetzung, 4565 in Dreierbesetzung und 2585 in Einerbesetzung.

Das Gericht behandelte 370 (Vorjahr 467) subsidiäre Verfassungsbeschwerden, die nicht in einer Rechtschrift zusammen mit einer ordentlichen Beschwerde eingereicht wurden. Davon wurden acht (Vorjahr 21) ganz oder teilweise gutgeheissen (2,2%; die Gutheissungsquote aller Verfahren beträgt im Vergleich dazu insgesamt 13%).

Das Gericht konnte die Geschäftslast insgesamt in-nernt angemessener Frist bewältigen. Die Triage der Fälle ist hierfür sehr wichtig. Die durchschnittliche Prozessdauer hat gegenüber dem Vorjahr um sechs auf 140 Tage zugenommen. 38 Fälle waren am Ende des Berichtsjahres älter als zwei Jahre.

## Vernehmlassungen, Stellungnahmen und Berichte

Das Bundesgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung in 20 (Vorjahr 30) *Konsultationsverfahren* zu Gesetzes- und Verordnungsprojekten oder *parlamentarischen Vorstössen* begrüsst. Es erstattete acht Stellungnahmen (Vorjahr 7).

### Bundesrechtspflege

Im Berichtsjahr wurde das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf der *Teilrevision* des BGG abgeschlossen; das Bundesgericht gab seine Stellungnahme am 22. Februar ab. Mit dieser Teilrevision soll die verfassungsrechtliche Stellung des Bundesgerichts als oberste rechtsprechende Behörde des Bundes gestärkt werden. Die Vorschläge haben zum Ziel, den Zugang zum Bundesge-

richt bei allen grundlegenden Rechtsfragen bzw. in den aus anderen Gründen besonders bedeutenden Fällen zu gewährleisten. Im Gegenzug soll das Bundesgericht von weniger bedeutenden Fällen entlastet werden; bei Grundsatzfragen oder sonst bedeutenden Fällen bleibt die Beschwerde jedoch immer möglich. Das Bundesamt für Justiz führte die Revisionsvorlage entsprechend dem Vernehmlassungsergebnis nach und besprach verschiedene Änderungsvorschläge mit dem Bundesgericht. Am 31. Oktober stellte es dem Bundesgericht die nachgeführte Vorlage zu. Das Gesamtgericht beschloss am 14. November mit grosser Mehrheit, die Revision des BGG in dieser Fassung zu unterstützen.

In der *Standortfrage* wurde die parlamentarische Interpellation Vogler (Nr. 14.4236) zur Stärkung des Standortes Luzern am 16. Dezember nach zwei Jahren Hängigkeit abgeschlossen. Das Postulat Vogler (Nr. 15.3754) mit der Forderung nach einer *abgaberechtlichen Abteilung* zur Stärkung der Fachkompetenz im Abgaberecht, die von Bundesrat und Bundesgericht abgelehnt wird, ist im Rat noch nicht behandelt. Ebenfalls noch nicht behandelt ist die Interpellation Glättli (Nr. 15.3685) mit dem Titel «Wie kann *Urteilsöffentlichkeit* in der Schweiz sichergestellt werden?». Das Bundesgericht jedenfalls veröffentlicht seit dem Inkrafttreten des BGG am 1. Januar 2007 alle Urteile im Internet. Diese können unentgeltlich konsultiert, heruntergeladen und weiterverwendet werden.

Im Geschäft RK/CAJ 16-10 unterstützte das Bundesgericht gegenüber der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates die vom *Bundespatentgericht* vorgeschlagenen Änderungen in den Organisationsvorschriften des Patentgerichtsgesetzes, äusserte hingegen verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Vorschlag, die englische Sprache auch dann als Verfahrenssprache bestimmen zu können, wenn nicht alle Parteien einwilligen.

Das Bundesgericht unterstützte die Zusatzbotschaft des Bundesrates vom 17. Juni zur Änderung des Strafbehördenorganisationsgesetzes (Nr. 13.075, Entwurf 2). Der Ständerat stimmte der Schaffung einer *Berufungskammer* am Bundesstrafgericht am 7. Dezember als Erstrat einstimmig zu. Damit soll beim Bund in Bundesstrafsachen das gleiche Rechtsmittelsystem geschaffen werden wie in den Kantonen. Ausserdem unterstützte das Bundesgericht die Schaffung von Vizepräsidien in den Spruchkammern des Bundesstrafgerichts.

## Postgesetzgebung

Zur Beweissicherheit des Empfangs der Urteile ist eine gesetzliche Grundlage für die Gültigkeit der Unterschrift nötig, die von der Post in Form eines digitalen Bildes erfasst wird. Nach den entsprechenden Vorarbeiten mit dem Bundesamt für Justiz fand im Berichtsjahr eine Besprechung mit der Vorsteherin des UVEK statt. Das Bundesamt für Kommunikation wurde in der Folge beauftragt, die Postverordnung dahin gehend zu ergänzen, dass bei der postalischen Zustellung von Gerichts- und Betreuungsurkunden die Unterschrift auf dem technischen Gerät der Post als rechtsgültige Bestätigung für den Empfang der entsprechenden Urkunde gilt.

## Koordination der Rechtsprechung

Sechs formelle Verfahren zur Koordination der Rechtsprechung unter den Abteilungen gemäss Art. 23 Abs. 2 BGG mündeten in sechs Entscheidungen vereinigter Abteilungen mit bindender Wirkung für die urteilende Abteilung.

Die Präsidentenkonferenz koordinierte verschiedene weitere Rechtsfragen zwischen den Abteilungen.

## Gerichtsverwaltung

### Richter

Das Bundesgericht zählte unverändert 38 *Richter* und *Richterinnen*.

### Nebenamtliche Richter

Die 19 nebenamtlichen Richterinnen und Richter erstatteten in 130 Fällen Bericht und Antrag (Vorjahr 127). Sie stellten insgesamt 322 Arbeitstage (Vorjahr 327) in Rechnung. Die Entschädigungen für die nebenamtlichen Richterinnen und Richter beliefen sich auf insgesamt 393 000 Franken (Vorjahr 390 000 Franken).

### Personelles

Der planmässige Personaletat (ohne Richter) betrug wie im Vorjahr 278,6 Stellen, davon 132 Stellen für Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber. Davon sind 7,7 Stellen in einem Gerichtsschreiber-Pool unter Leitung der Verwaltungskommission zusammengefasst, um Schwankungen in der Arbeitslast zwischen den Abteilungen ausgleichen zu können. Im Jahresdurchschnitt waren 278,4 Stellen bzw. 129,7 Gerichtsschreiberstellen besetzt.

## Informatik

Die Verwaltungskommission fasste am 14. März drei wegleitende Beschlüsse zur Digitalisierung. Gemäss Beschluss eins realisiert das Bundesgericht für sich das elektronische Gerichtsdossier. Ein Alleingang kann allerdings nur das bundesgerichtliche Dossier umfassen, das nach Prozessende am Bundesgericht archiviert wird; die Akten der Vorinstanzen müssen weiterhin auf Papier konsultiert werden. Gemäss Beschluss zwei ergreift das Bundesgericht die nötigen Initiativen zur Änderung der Verfahrensgesetze, und gemäss Beschluss drei wird eine Zusammenarbeit mit den kantonalen Obergerichten angestrebt.

Der Informatikdienst traf umfassende Vorarbeiten, um ab dem Folgejahr mit der schrittweisen Einführung des elektronischen Dossiers beginnen zu können. Das elektronische Gerichtsdossier (eDossier), der elektronische Rechtsverkehr (ERV) und für die Verwaltung des Bundesgerichts die elektronische Geschäftsverwaltung (GEVER) bilden für die Gerichtsleitung und die Informatik in den folgenden Jahren eine grosse Herausforderung, die nur bewältigt werden kann, wenn einerseits das Gericht die nötigen Mittel erhält und wenn andererseits für professionelle Nutzer ein gesetzliches Obligatorium eingeführt wird (siehe hierzu auch unten bei den kantonalen Gerichten und der KKJPD).

Der Kanton Bern veröffentlichte ein Gutachten zu den rechtlichen Voraussetzungen der Nutzung von Open-Source-Software (OSS) in der öffentlichen Verwaltung insbesondere im Kanton Bern. Das Gutachten vom 18. August kommt zu völlig anderen Schlüssen als das von der Bundesverwaltung bestellte Gutachten vom 26. März 2014. Das Bundesgericht erwartet vom Parlament einen Grundsatzentscheid, welcher die Zulässigkeit in der Justizverwaltung beziehungsweise die diesbezügliche Zusammenarbeit unter den Gerichten in der Schweiz klärt.

## Juristische Information und Dokumentation

Die Interdependenzen zwischen der Bibliothek und dem Dokumentationsdienst haben sich so verstärkt, dass es nahelag, die beiden Dienste unter einer gemeinsamen Leitung zusammenzuführen. Der neue Dienst heisst «Juristische Information und Dokumentation» (InfoDok).

## Kanzlei

Die Zahl der *elektronischen Beschwerden* war mit 38 (Vorjahr 39) weiterhin klein.

## Archiv

Für das auf zwei Jahre angelegte Projekt zur Digitalisierung der früheren Urteile des Bundesgerichts wurde eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Das Projekt wurde am Ende des Berichtsjahres gestartet.

## Informationswesen

Das Bundesgericht *veröffentlichte* im Berichtsjahr 319 Urteile in der Amtlichen Sammlung der Bundesgerichtsentscheide (Vorjahr 290). Es schaltete alle verfahrensabschliessenden Urteile im Internet auf, um die Transparenz der Rechtsprechung zu gewährleisten. Die Dispositive aller Urteile sind in der Eingangshalle des Bundesgerichts in Lausanne öffentlich aufgelegt worden, in 60 Fällen ohne Namensangabe. Auf die Namensangabe verzichtet wurde in der weit überwiegenden Zahl zum Opferschutz in Strafsachen, namentlich bei Sexualdelikten, sowie in einigen Fällen betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, Haftsachen oder den sonstigen Persönlichkeitsschutz.

Das Bundesgericht berichtete mit 61 (Vorjahr 54) *Medienmitteilungen* über seine Rechtsprechung. Sieben weitere Medienmitteilungen betrafen die Organisation, Verwaltung und Informationspolitik des Bundesgerichts. Sie sind auf der Internetseite des Bundesgerichts aufgeschaltet. Seit dem 26. Januar verbreitet das Bundesgericht seine Medienmitteilungen auch über Twitter. Von ausgewählten öffentlichen Beratungen veröffentlicht das Bundesgericht ausserdem seit dem 27. April Filmsequenzen von der Sitzungseröffnung und der Verkündung des Urteils auf seiner Internetseite.

## Beziehungen zu den kantonalen Gerichten

Das Bundesgericht führte am 21. Oktober in Bern zusammen mit dem Obergericht des Kantons Bern als Gastgeber die jährliche *Justizkonferenz* durch. Schwerpunktthema bildete wie im Vorjahr die Frage, wie in der schweizerischen Justiz das elektronische Gerichtsossier und der elektronische Rechtsverkehr bei den Gerichten eingeführt werden können. Die Justizkonferenz verabschiedete hierzu im allgemeinen Konsens einstimmig sechs Thesen, mit welchen die Digitalisierung der schweizerischen Gerichtsbarkeit erreicht werden soll.

## Beziehungen zur KKJPD

Am 17. November vertrat der Bundesgerichtspräsident in der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und -direktoren (KKJPD) seitens der Gerichte das Anliegen, in der schweizerischen Gerichtsbarkeit das

elektronische Dossier einzuführen und den elektronischen Rechtsverkehr für professionelle Benutzer obligatorisch zu erklären. Die KKJPD beschloss einstimmig, den Bundesrat einzuladen, ein gesetzliches Obligatorium zur Einführung von E-Justice in der Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie bei den Strafverfolgungsbehörden zu schaffen.

## Beziehungen zum Parlament

Mit den Geschäftsprüfungs- und Finanzkommissionen wurden die üblichen Fragen behandelt. Die Subkommissionen Gerichte/BA des National- und Ständerates tagten zu den Geschäftsberichten der eidgenössischen Gerichte am 18. April am Sitz des Bundesgerichts.

## Beziehungen zu ausländischen Gerichten

Die internationalen Beziehungen des Bundesgerichts sind in erster Linie auf die Nachbarländer und die internationalen Gerichtsvereinigungen ausgerichtet, in denen das Bundesgericht Mitglied ist.

Das Bundesgericht stattete dem österreichischen Verfassungsgerichtshof in Wien und dem französischen Conseil d'État in Paris je einen Gegenbesuch ab. Es nahm an verschiedenen Kongressen und Konferenzen im Ausland teil.

Im Berichtsjahr präsidierte das Bundesgericht überdies die Association des Cours constitutionnelles ayant en partage l'usage du français (ACCPUF). Der Bundesgerichtspräsident leitete die Bürositzungen, die in Brüssel und Chisinau stattfanden.

Das Bundesgericht empfing vom 6. bis 9. April eine Delegation des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation mit Vizepräsident Mavrin zu Arbeitsgesprächen.

## Gerichtsgebäude

Die SBB verkauften das am Schweizerhofquai 6 gelegene Gotthardgebäude in Luzern, in welchem sich die beiden sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts befinden, einer privaten Immobiliengesellschaft. Die Nutzung des Gebäudes durch das Bundesgericht ist auf Jahre hinaus gesichert.

## Finanzen

Die *Rechnung* des Bundesgerichts weist im Berichtsjahr Ausgaben (inklusive Investitionen) in der Höhe von 92 742 000 Franken und Einnahmen in der Höhe von 13 603 000 Franken aus. Der Deckungsgrad betrug somit 14,7%. Die Gerichtsgebühren beliefen sich auf 12 061 000 Franken. Diesen Gebühren stehen effektive

Verluste von 1 119 000 Franken gegenüber. Gemessen an den fakturierten Gerichtsgebühren des Berichtsjahres betragen die Verluste somit 9,3%. Die Wiedereingänge abgeschriebener Forderungen betragen 82 000 Franken.

Das Bundesgericht beteiligte sich auf freiwilliger Basis in der gewünschten Höhe an den Sparbemühungen des Bundes.

	Betrag in CHF
Ausgaben (inkl. Investitionen)	92 742 000
Einnahmen	13 603 000

## Aufsichtstätigkeit gegenüber den erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten und Zusammenarbeit

### Sitzungen

Am 31. März behandelte das Bundesgericht mit den drei erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten je getrennt ihren Geschäftsbericht sowie die Rechnung 2015 und den Voranschlag 2017. Die alle Gerichte betreffenden Fragen, namentlich verschiedene parlamentarische Geschäfte sowie die Einführung des eDossiers bei den Schweizer Gerichten und von GEVER in der Gerichtsverwaltung, wurden in einem gemeinsamen Teil behandelt. Weitere Aufsichtssitzungen fanden am 13. Oktober beim Bundespatentgericht und am 14. Oktober beim Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen sowie am 10. November beim Bundesstrafgericht in Bellinzona statt.

### Aufsichtsanzeigen

Drei Aufsichtsanzeigen gingen neu ein; sie richteten sich gegen das Bundesverwaltungsgericht. Das Bundesgericht erledigte eine Anzeige. Es gab ihr keine Folge.

Die im Vorjahr eingereichte Aufsichtsanzeige der Eidgenössischen Schätzungskommission 10 (ESchK 10) konnte als gegenstandslos geworden beschrieben werden. Nach den Rücktritten des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten bzw. der Wahl von Nachfolgern stellte sich die mit der Anzeige thematisierte Ressourcenfrage nicht mehr in gleicher Weise.

### Zusammenarbeit

Die Generalsekretäre der Gerichte trafen sich zweimal in Luzern und einmal in Bellinzona zum Gedankenaustausch und zur Koordination verschiedener Fragen zwischen den Gerichten, namentlich zur Vorbereitung von Geschäften der Verwaltungskommissionen. Wesentliches Thema war

wie gegenüber den kantonalen Gerichten (siehe oben) die Einführung des elektronischen Gerichts dossiers und ebenso der elektronischen Gerichtsverwaltung sowie damit verbunden das Schaffen des elektronischen Archivs und eines neuen Ablageplans für die administrativen Geschäfte. Die Koordination im Rahmen des neuen Führungsmodells NFB wurde fortgesetzt.

Zwischen den Diensten der Gerichte gibt es im Übrigen vor allem zu Personal- und Finanzfragen einen regelmässigen und konstruktiven Austausch.

## Geschäftsberichte der erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichte

Aus den Geschäftsberichten der erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichte sind namentlich die nachfolgenden Punkte besonders zu erwähnen.

### Bundesstrafgericht

Beim Bundesstrafgericht gingen 959 Fälle neu ein, inklusive 154 teilweise identischer Beschwerden gegen eine Nichtanhandnahmeverfügung der Bundesanwaltschaft. Das Gericht erledigte 844 Fälle. 333 Verfahren wurden auf das Folgejahr übertragen. Die Strafkammer erledigte 57 Verfahren; in 31 Fällen führte sie eine Verhandlung durch.

Die Gerichtsorganisation blieb im Berichtsjahr unverändert.

Das Gericht weist den Gesetzgeber darauf hin, dass die Praxis des Parlaments zur Aufhebung der Immunität von Magistratspersonen nicht mit der neuen Strafprozessordnung koordiniert ist.

### Bundesverwaltungsgericht

Beim Bundesverwaltungsgericht gingen 8102 Fälle neu ein. Das Gericht erledigte 7517 Fälle. 5732 Verfahren wurden auf das Folgejahr übertragen. 29 Fälle wurden an einer Sitzung beraten. Im Asylwesen gingen 5057 Fälle ein; 4620 Fälle wurden erledigt.

Seit dem 1. Juli ist das Gericht nicht mehr in fünf, sondern in sechs Abteilungen gegliedert. Die neue Abteilung VI ist zuständig für Ausländer- und Bürgerrecht, Sozialhilferecht für Schweizer im Ausland und gewisse Bereiche des Asylrechts. Das Gericht traf ausserdem Vorbereitungen, um voraussichtlich ab 1. September 2017 die gerichtliche Prüfung der genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen gemäss neuem Nachrichtendienstgesetz wahrnehmen zu können.

Das Gericht schlägt dem Gesetzgeber eine Verdopplung der maximalen Spruchgebühren bei Streitigkeiten ohne Vermögensinteresse auf 10 000 Franken und bei den übrigen Streitigkeiten auf 100 000 Franken vor.

### Bundespatentgericht

Beim Bundespatentgericht gingen 27 Fälle neu ein. Das Gericht erledigte 24 Fälle; davon 10 Fälle durch Vergleich. 29 Verfahren wurden auf das Folgejahr übertragen. In sieben Verfahren haben die Parteien in gegenseitigem Einverständnis für die Eingaben und die mündlichen Verhandlungen die englische Sprache gewählt.

Der Vorstoss, Englisch auch als Urteilsprache des Gerichts zuzulassen, wird im laufenden Gesetzgebungsverfahren nicht weiter verfolgt.

## Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Im Berichtsjahr wurden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 258 Beschwerden gegen die Schweiz offiziell registriert (Vorjahr 318). Der EGMR fällte 228 Entscheidungen betreffend die Schweiz. Am Ende des Berichtsjahrs waren 276 Fälle gegen die Schweiz in Strassburg hängig.

Das Bundesgericht wurde vom schweizerischen Prozessbevollmächtigten im Berichtsjahr in zwölf Fällen (Vorjahr 12) zur Stellungnahme eingeladen.

Der EGMR fällte in zehn Fällen, die in den Jahren 2007 bis 2014 in Strassburg eingereicht worden waren, ein Urteil. In allen Fällen war das Bundesgericht letzte nationale Instanz. Der EGMR stellte in fünf Fällen eine Verletzung der Konvention durch die Schweiz fest (Vorjahr 3).

Im Fall *Di Trizio* bemängelte der EGMR die Bemessung der Invalidenrente nach der sogenannten gemischten Methode. Der Gerichtshof kam zum Schluss, dass diese Methode, die in 98% der Fälle bei Frauen angewandt wird, sich für die grosse Mehrheit der Frauen, die nach der Geburt von Kindern Teilzeit arbeiten wollen, faktisch als diskriminierend erweist (Verletzung von Art. 14 in Verbindung mit Art. 8 EMRK). Der Gerichtshof fällte diesen Entscheid, obschon die Schweiz das für den Fall massgebliche Zusatzprotokoll Nr. 1 zur EMRK mit der Eigentumsgarantie in Art. 1 nicht unterzeichnet hat. Den von der Schweiz beantragten Weiterzug des Falles an die Grosse Kammer lehnte der EGMR ab (siehe auch unten bei den Hinweisen an den Gesetzgeber).

Der Fall *Derungs* betraf die Verfahrensgarantien bei Freiheitsentzug. Zwischen dem Haftentlassungsgesuch des Verwahrten und dem Entscheid der gerichtlichen Instanz waren fast elf Monate verstrichen, weil vorgängig zwei nicht richterliche Instanzen zu durchlaufen waren. Der Gerichtshof hielt fest, dass diese Dauer weder durch die Komplexität des Falles noch durch die Besonderheiten des Verfahrens noch durch das Verhalten des Geschwärtstellers gerechtfertigt war (Verletzung von Art. 5 Abs. 4 EMRK).

Die Grosse Kammer befand im Fall *Al-Dulimi und Montana Management Inc.*, dass der Zugang zum Gericht bei der Einziehung von Vermögenswerten in Anwendung von UNO-Sanktionen nicht gewährleistet war. Der Beschwerdeführer war unter dem Regime Saddam Husseins für die Finanzen des irakischen Geheimdienstes verantwortlich und wurde vom Sanktionsausschuss auf die Liste der betroffenen Personen und Einrichtungen gesetzt. Wenn eine UNO-Resolution eine gerichtliche Überprüfung der Sanktionen nicht ausdrücklich ausschliesse, müssten die staatlichen Gerichte eine angemessene Kontrolle sicherstellen, die zumindest Willkür ausschliesse (Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK).

Im Fall *Vukota-Bojic* stellte der EGMR fest, dass die Observation des Versicherten durch Privatdetektive in der sozialen Unfallversicherung nicht auf einer hinreichend präzisen gesetzlichen Grundlage beruhte und daher das Recht auf Achtung des Privatlebens verletzte (Verletzung von Art. 8 EMRK; siehe auch unten bei den Hinweisen an den Gesetzgeber).

Im Fall *El Gathet* stellte der EGMR eine Verletzung des Rechts auf Familienleben fest. Nach Auffassung des EGMR hatten die Schweizer Gerichte das Interesse des zwanzigjährigen Sohnes am Familiennachzug in die Schweiz nicht hinreichend abgeklärt (ebenfalls Verletzung von Art. 8 EMRK).

## 2. HINWEISE AN DEN GESETZGEBER

### Erste zivilrechtliche Abteilung

#### Kein Übergang des Mietverhältnisses beim Heimfall

Das Gesetz regelt nicht, was gilt, wenn der Vermieter bloss Inhaber eines Baurechts ist und das Baurecht vor Ablauf des Mietvertrags untergeht (Heimfall, Art. 779c ZGB). Der Heimfall ist keine Veräusserung im Sinne von Art. 261 Abs. 1 OR (Übergang des Mietverhältnisses auf den Erwerber bei Veräusserung der Mietsache), weshalb diese Bestimmung nicht zur Anwendung gelangt.

Im Urteil 4A\_553/2015 vom 10. März = BGE 142 III 329 hat das Bundesgericht auch eine analoge Anwendung von Art. 261 OR abgelehnt, weil der Mieter aufgrund der Vormerkung im Grundbuch Kenntnis von der Befristung des Baurechts hatte, der Heimfall somit für den Mieter voraussehbar war. Das Mietverhältnis ging demnach nicht auf den Grundeigentümer über.

### Erste sozialrechtliche Abteilung

#### EMRK

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat im Jahr 2016 zwei Urteile gefällt, welche für die schweizerischen Sozialversicherungen von grosser Bedeutung sind. Im Urteil Di Trizio gegen Schweiz vom 2. Februar erkannte der EGMR auf eine Verletzung von Art. 14 in Verbindung mit Art. 8 EMRK, wenn die Geburt von Kindern und die damit (hypothetisch) verbundene ganze oder teilweise Aufgabe der Erwerbstätigkeit durch die versicherte Person die einzige Grundlage dafür bilde, dass bei der Invaliditätsbemessung die gemischte Methode statt die Einkommensvergleichsmethode zur Anwendung gelange und dies zur Aufhebung oder Befristung eines Rentenanspruchs führe. Im Urteil Vukota-Bojic vom 18. Oktober entschied der EGMR, die vom Versicherungsträger in der sozialen Unfallversicherung veranlasste Überwachung einer versicherten Person durch Privatdetektive verletze Art. 8 EMRK. Das Bundesgericht unterstützt in beiden Fällen die Bestrebungen für eine gesetzliche Regelung.



### 3. STATISTIKEN

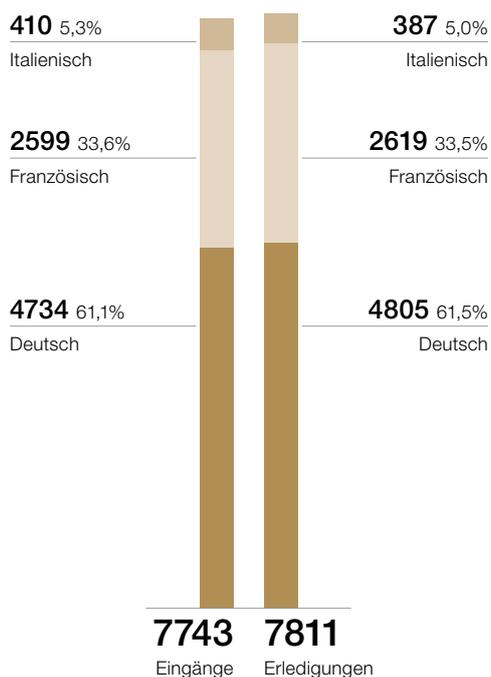
#### 3.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang					
	Eingang 2015 <sup>1</sup>	Erledigung 2015 <sup>1</sup>	Übertrag von 2015 <sup>1</sup>	Eingang 2016	Erledigung 2016	Übertrag auf 2017	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung Ablehnung	Gutheissung Bewilligung	Rückweisung	Feststellung
<b>Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</b>												
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	3733	3686	1532	3513	3718	1327	121	1075	1926	494	102	–
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	411	419	46	379	370	55	2	298	62	8	–	–
Klagen	3	2	1	2	2	1	–	1	1	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	101	104	15	103	103	15	1	59	36	7	–	–
<b>Total</b>	<b>4248</b>	<b>4211</b>	<b>1594</b>	<b>3997</b>	<b>4193</b>	<b>1398</b>	<b>124</b>	<b>1433</b>	<b>2025</b>	<b>509</b>	<b>102</b>	<b>0</b>
<b>Zivilsachen und SchKG-Beschwerden</b>												
Beschwerden in Zivilsachen	1743	1720	567	1725	1685	607	67	665	734	219	–	–
Revisionsgesuche usw.	32	35	3	47	48	2	–	19	26	3	–	–
<b>Total</b>	<b>1775</b>	<b>1755</b>	<b>570</b>	<b>1772</b>	<b>1733</b>	<b>609</b>	<b>67</b>	<b>684</b>	<b>760</b>	<b>222</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Strafrechtspflege</b>												
Beschwerden in Strafsachen	1795	1681	646	1933	1846	733	67	733	761	283	2	–
Revisionsgesuche usw.	36	44	5	36	35	6	1	14	18	1	–	1
<b>Total</b>	<b>1831</b>	<b>1725</b>	<b>651</b>	<b>1969</b>	<b>1881</b>	<b>739</b>	<b>68</b>	<b>747</b>	<b>779</b>	<b>284</b>	<b>2</b>	<b>1</b>
<b>Weitere Geschäfte</b>												
Freiwillige Gerichtsbarkeit	–	–	–	1	1	–	–	–	–	1	–	–
Aufsichtsbeschwerden	4	4	1	3	2	2	1	1	–	–	–	–
Beschwerden an die Rekurskommission	–	–	–	1	1	–	–	1	–	–	–	–
<b>Total</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>7858</b>	<b>7695</b>	<b>2816</b>	<b>7743</b>	<b>7811<sup>2</sup></b>	<b>2748</b>	<b>260</b>	<b>2866</b>	<b>3564</b>	<b>1016</b>	<b>104</b>	<b>1</b>

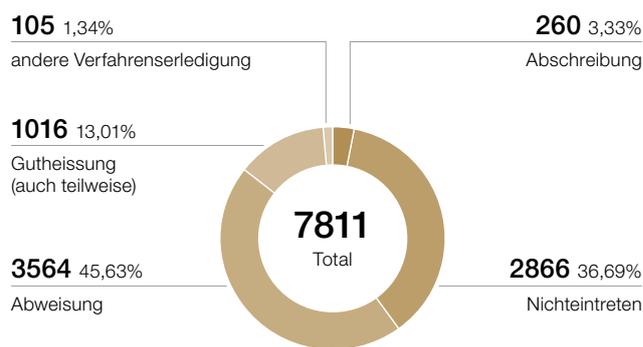
<sup>1</sup> Geringfügige Unterschiede gegenüber den Zahlenangaben im vorjährigen Geschäftsbericht sind durch spätere Änderungen bedingt (Prozessvereinigungen/ Trennungen usw.).

<sup>2</sup> Hinzu kommen 12 EMRK-Vernehmlassungen

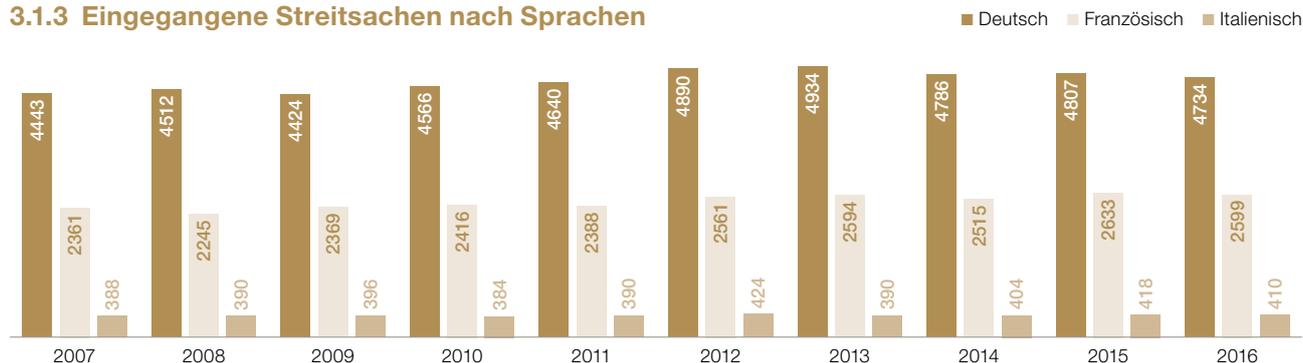
### 3.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2016



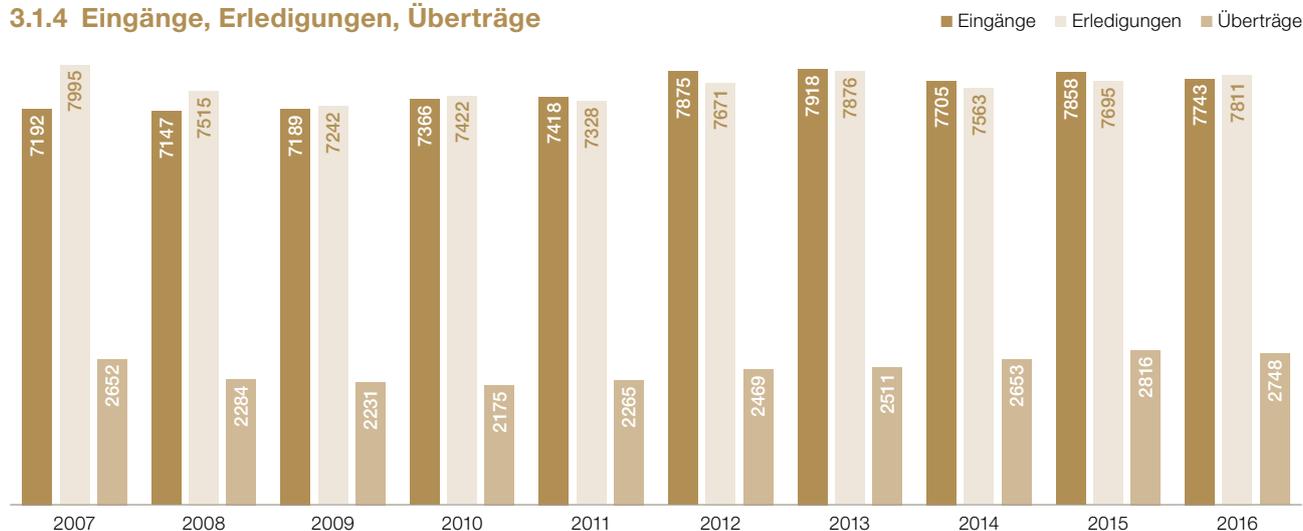
### 3.1.2 Art der Erledigung 2016



### 3.1.3 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen

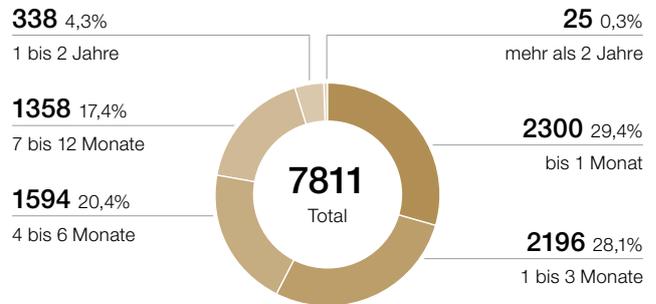


### 3.1.4 Eingänge, Erledigungen, Überträge



### 3.2 Dauer der Geschäfte

	bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2016
<b>Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</b>							
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	911	1024	787	752	225	19	3718
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	263	68	19	18	2	–	370
Klagen	1	1	–	–	–	–	2
Revisionsgesuche usw.	68	30	5	–	–	–	103
<b>Total</b>	<b>1243</b>	<b>1123</b>	<b>811</b>	<b>770</b>	<b>227</b>	<b>19</b>	<b>4193</b>
<b>Zivilsachen und SchKG-Beschwerden</b>							
Beschwerden in Zivilsachen	475	475	456	237	37	5	1685
Revisionsgesuche usw.	19	27	2	–	–	–	48
<b>Total</b>	<b>494</b>	<b>502</b>	<b>458</b>	<b>237</b>	<b>37</b>	<b>5</b>	<b>1733</b>
<b>Strafrechtspflege</b>							
Beschwerden in Strafsachen	551	549	323	349	73	1	1846
Revisionsgesuche usw.	11	20	2	1	1	–	35
<b>Total</b>	<b>562</b>	<b>569</b>	<b>325</b>	<b>350</b>	<b>74</b>	<b>1</b>	<b>1881</b>
<b>Weitere Geschäfte</b>							
Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	–	–	–	–	–	1
Aufsichtsbeschwerden	–	1	–	1	–	–	2
Beschwerden an die Rekurskommission	–	1	–	–	–	–	1
<b>Total</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>4</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>2300</b>	<b>2196</b>	<b>1594</b>	<b>1358</b>	<b>338</b>	<b>25</b>	<b>7811</b>



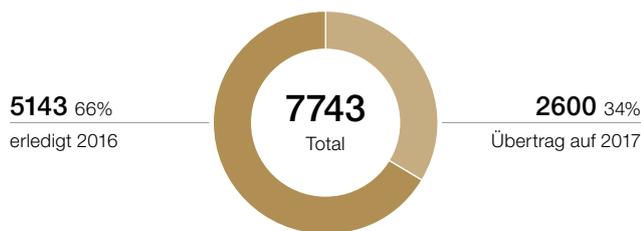
## 3.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen Mittlere Dauer (Tage)			Erledigungen Maximale Dauer (Tage)		Übertragene Fälle	
	bis zur Urteilsfällung	für die Ausfertigung	für den Prozess	bis zur Urteilsfällung	für die Ausfertigung	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
<b>Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</b>							
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	146	12	159	1479	169	144	1948
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	37	9	46	444	64	82	328
Klagen	31	25	56	46	42	650	650
Revisionsgesuche usw.	33	10	43	179	28	155	915
<b>Durchschnitt</b>	<b>134</b>	<b>12</b>	<b>146</b>			<b>142</b>	
<b>Zivilsachen und SchKG-Beschwerden</b>							
Beschwerden in Zivilsachen	118	17	136	2901	132	133	1907
Revisionsgesuche usw.	38	13	51	127	40	68	128
<b>Durchschnitt</b>	<b>116</b>	<b>17</b>	<b>133</b>			<b>133</b>	
<b>Strafrechtspflege</b>							
Beschwerden in Strafsachen	125	8	133	980	62	147	914
Revisionsgesuche usw.	67	8	75	399	38	110	174
<b>Durchschnitt</b>	<b>124</b>	<b>8</b>	<b>132</b>			<b>146</b>	
<b>Weitere Geschäfte</b>							
Freiwillige Gerichtsbarkeit	20	3	23	20	3	–	–
Aufsichtsbeschwerden	182	30	213	288	54	96	96
Beschwerden an die Rekurskommission	50	8	58	50	8	–	–
<b>Durchschnitt</b>	<b>108</b>	<b>18</b>	<b>126</b>			<b>96</b>	
<b>GESAMTDURCHSCHNITT</b>	<b>127</b>	<b>12</b>	<b>140</b>			<b>141</b>	

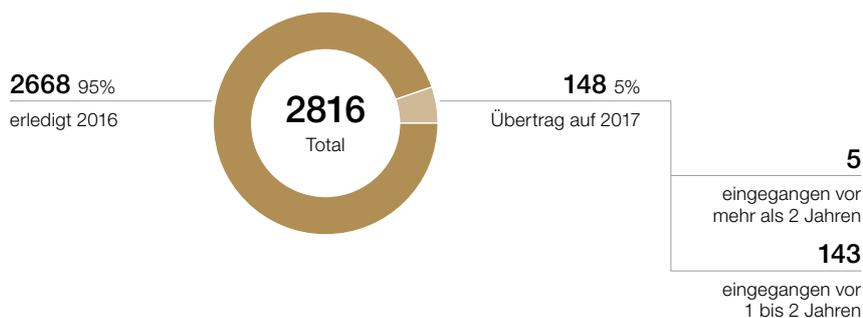
### 3.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)				Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)				Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)	
	Eingegangene Verfahren 2016	davon Erledigung 2016		davon Übertrag auf 2017	Übertrag von 2015	davon Erledigung 2016		davon Übertrag auf 2017	Eingegangene Verfahren 2016	Erledigung 2016
I. öffentlich-rechtliche Abteilung	1160	826 (71%)		334 (29%)	382	365 (96%)		17 (4%)	1160	1191 (103%)
II. öffentlich-rechtliche Abteilung	1272	775 (61%)		497 (39%)	541	465 (86%)		76 (14%)	1272	1240 (97%)
I. zivilrechtliche Abteilung	848	590 (70%)		258 (30%)	286	273 (95%)		13 (5%)	848	863 (102%)
II. zivilrechtliche Abteilung	1236	879 (71%)		357 (29%)	317	303 (96%)		14 (4%)	1236	1182 (96%)
Strafrechtliche Abteilung	1469	835 (57%)		634 (43%)	581	554 (95%)		27 (5%)	1469	1389 (95%)
I. sozialrechtliche Abteilung	878	637 (73%)		241 (27%)	341	340 (100%)		1 (0%)	878	977 (111%)
II. sozialrechtliche Abteilung	875	598 (68%)		277 (32%)	367	367 (100%)		-	875	965 (110%)
Weitere Instanzen	5	3 (60%)		2 (40%)	1	1 (100%)		-	5	4 (80%)
<b>TOTAL</b>	<b>7743</b>	<b>5143 (66%)</b>		<b>2600 (34%)</b>	<b>2816</b>	<b>2668 (95%)</b>		<b>148 (5%)</b>	<b>7743</b>	<b>7811 (101%)</b>

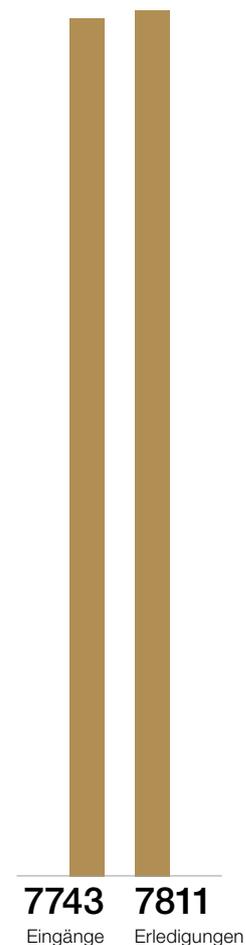
#### 3.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



#### 3.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

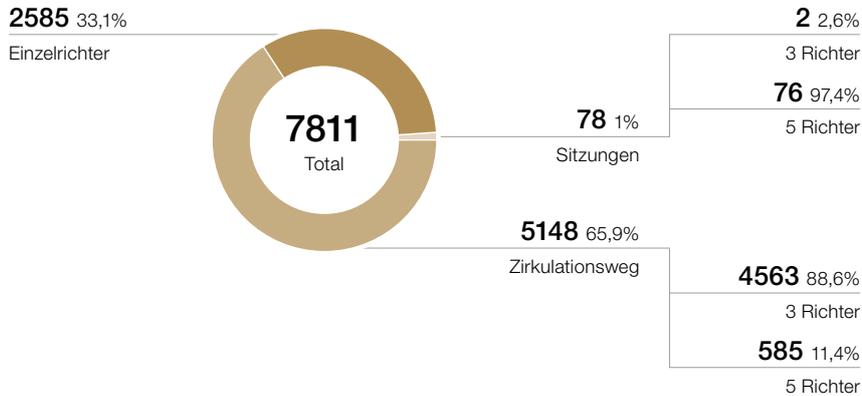


#### 3.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



### 3.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

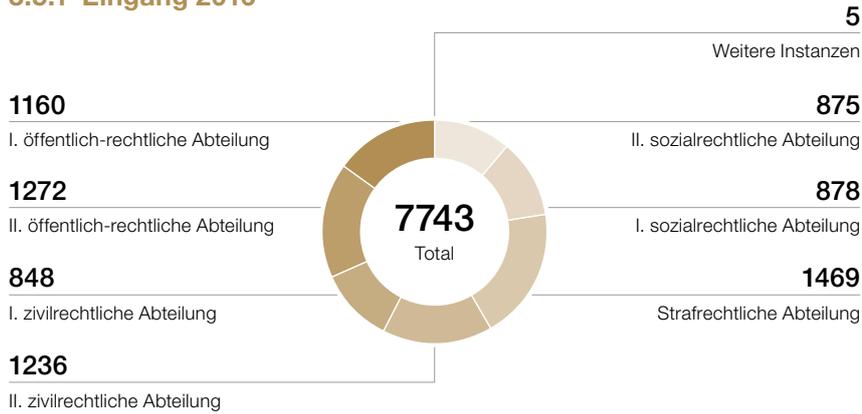
	Einzelrichter	Zirkulationsweg			Sitzungen		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
<b>Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten</b>							
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1029	2327	300	2627	2	60	62
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	285	77	8	85	-	-	0
Klagen	-	2	-	2	-	-	0
Revisionsgesuche usw.	1	101	1	102	-	-	0
<b>Total</b>	<b>1315</b>	<b>2507</b>	<b>309</b>	<b>2816</b>	<b>2</b>	<b>60</b>	<b>62</b>
<b>Zivilsachen und SchKG-Beschwerden</b>							
Beschwerden in Zivilsachen	571	932	169	1101	-	13	13
Revisionsgesuche usw.	-	48	-	48	-	-	0
<b>Total</b>	<b>571</b>	<b>980</b>	<b>169</b>	<b>1149</b>	<b>0</b>	<b>13</b>	<b>13</b>
<b>Strafrechtspflege</b>							
Beschwerden in Strafsachen	697	1040	106	1146	-	3	3
Revisionsgesuche usw.	1	33	1	34	-	-	0
<b>Total</b>	<b>698</b>	<b>1073</b>	<b>107</b>	<b>1180</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>3</b>
<b>Weitere Geschäfte</b>							
Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	-	-	0	-	-	0
Aufsichtsbeschwerden	-	2	-	2	-	-	0
Beschwerden an die Rekurskommission	-	1	-	1	-	-	0
<b>Total</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>2585</b>	<b>4563</b>	<b>585</b>	<b>5148</b>	<b>2</b>	<b>76</b>	<b>78</b>



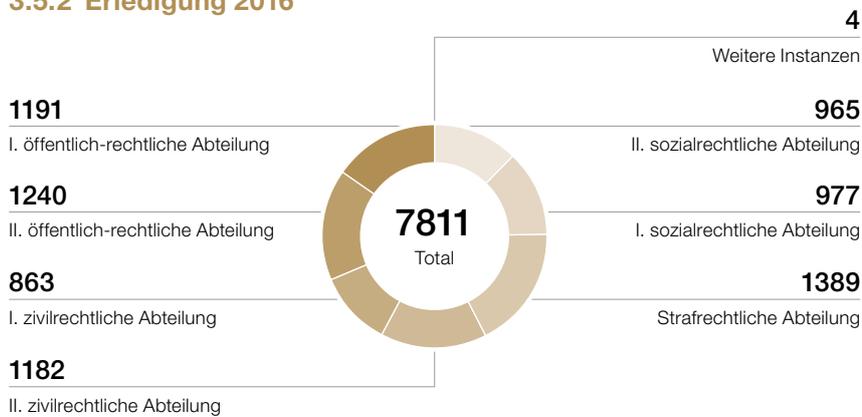
### 3.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2015	Eingang 2016	Erledigung 2016	Übertrag auf 2017
<b>I. öffentlich-rechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	306	610	652	264
Beschwerden in Strafsachen	70	500	492	78
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	1	6	3	4
Revisionsgesuche usw.	5	44	44	5
<b>Total</b>	<b>382</b>	<b>1160</b>	<b>1191</b>	<b>351</b>
<b>II. öffentlich-rechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	529	1185	1161	553
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	9	55	51	13
Klagen	1	2	2	1
Revisionsgesuche usw.	2	30	26	6
<b>Total</b>	<b>541</b>	<b>1272</b>	<b>1240</b>	<b>573</b>
<b>I. zivilrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in Zivilsachen	274	731	746	259
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	12	90	91	11
Revisionsgesuche usw.	–	27	26	1
<b>Total</b>	<b>286</b>	<b>848</b>	<b>863</b>	<b>271</b>
<b>II. zivilrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in Zivilsachen	293	994	939	348
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	21	222	221	22
Revisionsgesuche usw.	3	20	22	1
<b>Total</b>	<b>317</b>	<b>1236</b>	<b>1182</b>	<b>371</b>
<b>Strafrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in Strafsachen	576	1433	1354	655
Revisionsgesuche usw.	5	36	35	6
<b>Total</b>	<b>581</b>	<b>1469</b>	<b>1389</b>	<b>661</b>
<b>I. sozialrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	334	856	956	234
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	2	6	3	5
Revisionsgesuche usw.	5	16	18	3
<b>Total</b>	<b>341</b>	<b>878</b>	<b>977</b>	<b>242</b>
<b>II. sozialrechtliche Abteilung</b>				
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	363	862	949	276
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	1	–	1	–
Revisionsgesuche usw.	3	13	15	1
<b>Total</b>	<b>367</b>	<b>875</b>	<b>965</b>	<b>277</b>
<b>Weitere Instanzen</b>				
Freiwillige Gerichtsbarkeit	–	1	1	–
Aufsichtsbeschwerden an die Verwaltungskommission	1	3	2	2
Beschwerden an die Rekurskommission	–	1	1	–
<b>Total</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>2</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>2816</b>	<b>7743</b>	<b>7811</b>	<b>2748</b>

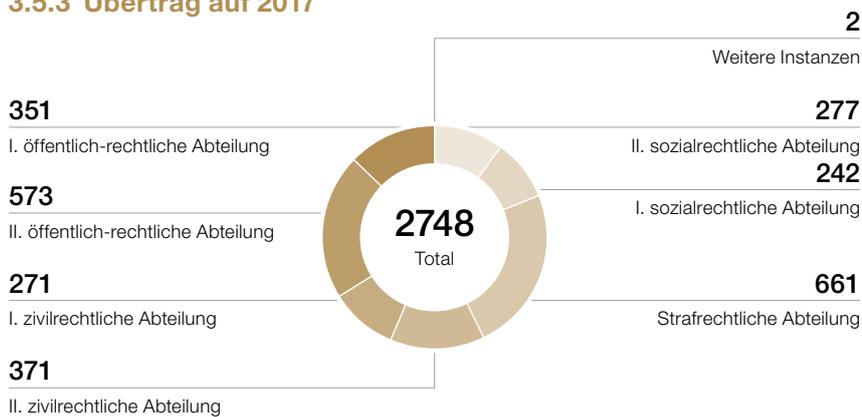
### 3.5.1 Eingang 2016



### 3.5.2 Erledigung 2016



### 3.5.3 Übertrag auf 2017



## 3.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
<b>I. öffentlich-rechtliche Abteilung</b>										
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	677	915	634	665	610	575	935	637	643	652
Beschwerden in Strafsachen	789	464	426	452	500	759	536	458	435	492
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	3	3	9	7	6	2	5	7	9	3
Klagen	–	–	–	1	–	–	–	–	1	–
Revisionsgesuche usw.	42	42	54	41	44	41	40	53	43	44
<b>Total</b>	<b>1511</b>	<b>1424</b>	<b>1123</b>	<b>1166</b>	<b>1160</b>	<b>1377</b>	<b>1516</b>	<b>1155</b>	<b>1131</b>	<b>1191</b>
<b>II. öffentlich-rechtliche Abteilung</b>										
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1288	1230	1191	1156	1185	1232	1164	1127	1191	1161
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	75	61	71	75	55	82	63	69	75	51
Klagen	3	2	1	2	2	2	1	3	1	2
Revisionsgesuche usw.	27	30	25	24	30	24	29	28	23	26
<b>Total</b>	<b>1393</b>	<b>1323</b>	<b>1288</b>	<b>1257</b>	<b>1272</b>	<b>1340</b>	<b>1257</b>	<b>1227</b>	<b>1290</b>	<b>1240</b>
<b>I. zivilrechtliche Abteilung</b>										
Beschwerden in Zivilsachen	752	628	715	705	731	720	675	672	694	746
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	104	84	105	84	90	111	80	96	99	91
Klagen	–	4	1	1	–	–	4	–	2	–
Revisionsgesuche usw.	19	23	20	17	27	20	21	21	21	26
<b>Total</b>	<b>875</b>	<b>739</b>	<b>841</b>	<b>807</b>	<b>848</b>	<b>851</b>	<b>780</b>	<b>789</b>	<b>816</b>	<b>863</b>
<b>II. zivilrechtliche Abteilung</b>										
Beschwerden in Zivilsachen	963	984	1020	1038	994	989	956	992	1026	939
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	202	235	208	239	222	207	233	210	230	221
Klagen	2	1	–	1	–	1	1	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	13	24	27	15	20	10	27	25	14	22
<b>Total</b>	<b>1180</b>	<b>1244</b>	<b>1255</b>	<b>1293</b>	<b>1236</b>	<b>1207</b>	<b>1217</b>	<b>1228</b>	<b>1271</b>	<b>1182</b>
<b>Strafrechtliche Abteilung</b>										
Beschwerden in Strafsachen	757	1253	1256	1343	1433	748	1064	1247	1246	1354
Revisionsgesuche usw.	22	27	29	36	36	25	22	23	44	35
<b>Total</b>	<b>779</b>	<b>1280</b>	<b>1285</b>	<b>1379</b>	<b>1469</b>	<b>773</b>	<b>1086</b>	<b>1270</b>	<b>1290</b>	<b>1389</b>
<b>I. sozialrechtliche Abteilung</b>										
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1040	923	940	954	856	1019	952	937	970	956
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	2	10	7	4	6	3	4	12	4	3
Revisionsgesuche usw.	23	18	13	21	16	23	23	8	23	18
<b>Total</b>	<b>1065</b>	<b>951</b>	<b>960</b>	<b>979</b>	<b>878</b>	<b>1045</b>	<b>979</b>	<b>957</b>	<b>997</b>	<b>977</b>
<b>II. sozialrechtliche Abteilung</b>										
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	1053	937	926	956	862	1062	1018	913	879	949
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	–	1	1	2	–	–	1	–	2	1
Revisionsgesuche usw.	8	16	20	15	13	9	15	19	15	15
<b>Total</b>	<b>1061</b>	<b>954</b>	<b>947</b>	<b>973</b>	<b>875</b>	<b>1071</b>	<b>1034</b>	<b>932</b>	<b>896</b>	<b>965</b>
<b>Weitere Instanzen</b>										
Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	–	–	–	1	1	–	–	–	1
Aufsichtsbeschwerden an die Verwaltungskommission	10	3	5	4	3	6	7	4	4	2
Beschwerden an die Rekurskommission	–	–	1	–	1	–	–	1	–	1
<b>Total</b>	<b>11</b>	<b>3</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>4</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>7875</b>	<b>7918</b>	<b>7705</b>	<b>7858</b>	<b>7743</b>	<b>7671</b>	<b>7876</b>	<b>7563</b>	<b>7695</b>	<b>7811</b>



## 3.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Andere Fälle OG	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	Andere Fälle BGG	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>Staats- und Verwaltungsrecht</b>						
010.00 Aus Art. 8 und 29 BV abgeleitete Rechte	-	4	-	-	-	4
010.90 Nicht zuzuordnende Beschwerden wegen Verletzung des Willkürverbots	-	1	-	-	-	1
011.00 Persönliche Freiheit, Schutz der Privatsphäre, Menschenwürde (ohne Haftbeschwerde)	-	9	1	-	1	11
012.00 Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	-	1	-	-	-	1
013.00 Meinungsfreiheit (i.w.S.) und Religionsfreiheit	-	1	-	-	-	1
014.00 Bürgerrecht, Niederlassungsfreiheit, Fremdenpolizei, Asylrecht	-	463	29	-	8	500
014.10 Bürgerrecht	-	13	1	-	-	14
014.20 Niederlassungsfreiheit	-	1	-	-	-	1
014.30 Ausländerrecht	-	449	28	-	8	485
015.00 Staatshaftung	-	21	4	2	5	32
016.00 Politische Rechte	-	36	-	-	1	37
017.00 Öffentliches Personalrecht	-	64	3	-	-	67
018.00 Gemeindeautonomie	-	1	-	-	-	1
019.00 Andere Grundrechte	-	-	-	-	-	-
020.00 Eigentumsgarantie	-	4	-	-	1	5
021.00 Stiftungsaufsicht	-	-	-	-	-	-
022.00 Bäuerlicher Grundbesitz (ohne Erbteilung)	-	2	-	-	-	2
023.00 Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	-	2	-	-	-	2
023.99 Öffentliche Register	-	-	2	11	1	14
030.00 Zivilprozess	-	-	-	-	-	-
031.00 Strafprozess	-	-	-	-	-	-
032.00 Verwaltungsverfahren	1	24	-	-	1	26
033.00 Zuständigkeit, Garantie des wohnsitz- und verfassungsmässigen Richters	-	1	-	66	6	73
034.00 Zwangsvollstreckung	-	-	-	-	-	-
035.00 Schiedsgerichtsbarkeit	-	-	-	-	-	-
036.00 Auslieferung	-	16	-	-	-	16
037.00 Rechtshilfe	-	58	-	-	-	58
038.00 Kantonales Straf- und Verwaltungsstrafrecht	-	-	-	-	-	-
039.99 Schule, Wissenschaft und Forschung	-	49	1	-	1	51
043.99 Sprache, Kunst und Kultur	-	-	-	-	-	-
045.99 Natur-, Heimat- und Tierschutz	-	14	-	-	-	14
050.00 Landesverteidigung	-	4	-	-	-	4
060.00 Subventionen	-	4	1	-	-	5
061.00 Zölle	-	6	-	-	-	6
062.00 Direkte Steuern	-	342	6	-	8	356
063.00 Stempelabgaben	-	1	-	-	-	1
064.00 Indirekte Steuern	-	35	-	-	-	35
065.00 Verrechnungssteuer	-	5	-	-	-	5
066.00 Militärpflichtersatz	-	3	-	-	-	3
067.00 Doppelbesteuerung	-	6	-	-	-	6
068.00 Andere Abgaben	-	44	-	-	3	47
069.00 Abgabebefreiung und Abgabeerlass	-	-	6	-	-	6
070.00 Raumplanung	-	120	-	-	3	123
071.00 Landumlegungen	-	3	-	-	-	3
072.00 Kantonales Baurecht	-	155	-	-	4	159
073.00 Enteignung	-	18	-	-	1	19
074.00 Energie	-	17	-	-	-	17
075.00 Strassenwesen (inkl. Strassenverkehr)	-	112	-	-	7	119
076.00 Öffentliche Werke des Bundes (Planung, Bau und Betrieb)	-	6	-	-	-	6
077.00 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	-	4	-	-	-	4
078.00 Post, Fernmeldewesen	-	1	-	-	-	1
079.00 Radio und Fernsehen	-	3	-	-	-	3
079.90 Gesundheit	-	11	-	-	1	12

	Andere Fälle OG	Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	Andere Fälle BGG	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>080.00 Medizinalberufe</b>	-	16	-	-	-	16
<b>081.00 Schutz des ökologischen Gleichgewichts</b>	-	36	-	-	-	36
<b>082.00 Krankheitsbekämpfung</b>	-	-	-	-	-	-
<b>083.00 Lebensmittelpolizei</b>	-	4	-	-	-	4
<b>084.00 Arbeitsgesetzgebung (Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit)</b>	-	10	-	-	-	10
<b>085.00 Sozialversicherung</b>	-	1748	1	-	31	1780
085.01 Sozialversicherung, allgemeiner Teil	-	3	-	-	-	3
085.10 Alters- und Hinterlassenenversicherung	-	105	1	-	3	109
085.30 Invalidenversicherung	-	886	-	-	10	896
085.40 Ergänzungsleistung zur AHV/IV	-	72	-	-	1	73
085.50 Berufliche Vorsorge	-	88	-	-	2	90
085.70 Krankenversicherung	-	120	-	-	1	121
085.80 Unfallversicherung	-	306	-	-	10	316
085.90 Militärversicherung	-	6	-	-	-	6
085.95 Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft	-	3	-	-	-	3
086.00 Familienzulagen und kantonale Sozialversicherung	-	20	-	-	1	21
086.20 Arbeitslosenversicherung	-	139	-	-	3	142
<b>087.00 Wohnbau- und Eigentumsförderung</b>	-	-	-	-	-	-
<b>088.00 Sozialhilfe</b>	-	91	-	-	2	93
<b>090.00 Wirtschaft (öffentliches Recht, wenn keine speziellere Nummer)</b>	-	32	4	-	-	36
<b>091.00 Freie Berufe</b>	-	23	1	-	-	24
<b>092.00 Preisüberwachung</b>	-	-	-	-	-	-
<b>093.00 Landwirtschaft</b>	-	5	-	-	-	5
<b>093.99 Forstwesen, Jagd und Fischerei</b>	-	5	-	-	-	5
<b>095.99 Handel, Kredit und Privatversicherung</b>	-	17	-	-	-	17
<b>099.00 Aussenhandel, Exportrisikogarantie</b>	-	-	-	-	-	-
<b>Total Staats- und Verwaltungsrecht</b>	<b>1</b>	<b>3658</b>	<b>59</b>	<b>79</b>	<b>85</b>	<b>3882</b>

	Beschwerden in Zivilsachen	Subsidiäre Verfassungs- beschwerden	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>Privatrecht</b>				
<b>100.01 Personenrecht</b>	<b>38</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>40</b>
101.00 Persönlichkeitsschutz	20	–	–	20
102.00 Namensrecht	3	–	–	3
103.00 Vereine	6	1	1	8
104.00 Stiftungen	3	–	–	3
105.00 Andere Fälle	6	–	–	6
<b>109.90 Familienrecht</b>	<b>498</b>	<b>21</b>	<b>11</b>	<b>530</b>
110.00 Eheschliessung (inklusive Ehenichtigkeit)	–	–	–	–
111.00 Ehescheidung und Ehetrennung	125	11	2	138
111.01 Ehescheidung und Ehetrennung (dringend)	33	–	2	35
112.00 Wirkungen der Ehe und Güterrecht	13	2	1	16
112.01 Wirkungen der Ehe und Güterrecht (dringend)	74	7	–	81
113.00 Kindesverhältnis	100	1	4	105
113.01 Kindesverhältnis (dringend)	26	–	1	27
114.00 Vormundschaft	65	–	1	66
114.01 Vormundschaft (dringend)	6	–	–	6
115.00 Andere Fälle	10	–	–	10
115.01 Andere Fälle (dringend)	46	–	–	46
<b>119.90 Erbrecht</b>	<b>40</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>49</b>
120.00 Erben und Verfügungen von Todes wegen	6	1	1	8
121.00 Erbgang: Eröffnung und Wirkungen	17	2	–	19
122.00 Teilung	17	1	4	22
123.00 Erbteilung von landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken	–	–	–	–
<b>129.90 Sachenrecht</b>	<b>66</b>	<b>9</b>	<b>2</b>	<b>77</b>
130.00 Grundeigentum und Fahrniseigentum	31	5	2	38
131.00 Dienstbarkeiten	9	4	–	13
132.00 Grundpfand und Fahrnispfand	9	–	–	9
133.00 Besitz und Grundbuch	15	–	–	15
134.00 Andere Fälle	2	–	–	2
<b>139.90 Obligationenrecht</b>	<b>615</b>	<b>91</b>	<b>15</b>	<b>721</b>
140.00 Kauf, Tausch, Schenkung	34	7	–	41
141.00 Miete und Pacht	182	38	3	223
141.10 Leihe (Gebrauchslleihe und Darlehen)	28	2	–	30
142.00 Arbeitsvertrag	107	9	1	117
143.00 Werkvertrag	42	5	–	47
144.00 Auftrag	89	18	6	113
145.00 Gesellschaftsrecht	51	1	1	53
146.00 Wertpapierrecht	–	–	–	–
147.00 Haftpflichtrecht	26	1	–	27
148.00 Übriges Obligationenrecht	56	10	4	70
<b>150.00 Versicherungsvertragsrecht</b>	<b>53</b>	<b>1</b>	<b>7</b>	<b>61</b>
<b>160.00 Haftpflicht für Eisenbahn, elektrische und Rohrleitungsanlagen sowie Kernenergie</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>169.90 Geistiges Eigentum und Datenschutz</b>	<b>11</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>11</b>
170.00 Marken-, Design- und Sortenschutz	7	–	–	7
171.00 Erfindungspatente	2	–	–	2
172.00 Urheberrecht	2	–	–	2
173.00 Datenschutz (inklusive Öffentlichkeitsprinzip)	–	–	–	–
<b>175.00 Unlauterer Wettbewerb</b>	<b>4</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>4</b>
<b>176.00 Kartellrecht</b>	<b>–</b>	<b>2</b>	<b>–</b>	<b>2</b>
<b>190.00 Übriges Zivilrecht</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>200.00 Schuldbetreibung und Konkurswesen</b>	<b>297</b>	<b>187</b>	<b>3</b>	<b>487</b>
<b>220.00 Zwangsvollstreckung</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>250.00 Zivilprozessordnung</b>	<b>18</b>	<b>–</b>	<b>3</b>	<b>21</b>
<b>260.00 Internationale Schiedsgerichte</b>	<b>34</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>34</b>
<b>Total Privatrecht</b>	<b>1674</b>	<b>316</b>	<b>47</b>	<b>2037</b>

	Andere Fälle	Beschwerden in Strafsachen	Aufsichts- beschwerden	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>Strafrecht</b>					
<b>300.01 StGB allgemeiner Teil</b>	-	<b>151</b>	-	-	<b>151</b>
301.00 Strafzumessung	-	40	-	-	40
302.00 Bedingter Strafvollzug	-	18	-	-	18
303.00 Massnahmen	-	44	-	-	44
304.00 Jugendliche und junge Erwachsene	-	1	-	-	1
305.10 Strafbarkeit	-	-	-	-	-
305.20 Absehen von Strafe	-	-	-	-	-
305.30 Verjährung	-	-	-	-	-
305.40 Übertretungen	-	-	-	-	-
305.90 Übrige Fragen	-	48	-	-	48
<b>309.90 StGB besonderer Teil</b>	-	<b>422</b>	-	-	<b>422</b>
310.00 Delikte gegen Leib und Leben	-	109	-	-	109
311.00 Vermögensdelikte	-	136	-	-	136
311.10 Strafbare Handlungen gegen das Vermögen	-	134	-	-	134
311.20 Verletzung des Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisses	-	-	-	-	-
311.30 Konkurs- und Betreibungsverbrechen oder -vergehen	-	2	-	-	2
311.40 Allgemeine Bestimmungen	-	-	-	-	-
312.00 Ehrverletzungen	-	33	-	-	33
313.00 Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	-	25	-	-	25
314.00 Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	-	62	-	-	62
315.00 Urkundendelikte	-	8	-	-	8
316.00 Andere Delikte	-	49	-	-	49
<b>319.99 Strafbestimmungen anderer Bundesgesetze</b>	-	<b>193</b>	-	<b>1</b>	<b>194</b>
320.00 Strafbestimmungen des SVG	-	124	-	-	124
321.00 Strafbestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes	-	26	-	-	26
322.00 Strafbestimmungen anderer Bundesgesetze	-	41	-	1	42
330.00 Verwaltungsstrafrecht	-	2	-	-	2
<b>345.00 Strafprozessordnung</b>	-	<b>976</b>	<b>45</b>	<b>53</b>	<b>1074</b>
<b>347.00 OHG</b>	-	-	<b>10</b>	-	<b>10</b>
<b>349.90 Straf- und Massnahmenvollzug</b>	-	<b>38</b>	-	-	<b>38</b>
350.00 Bedingte Entlassung	-	19	-	-	19
351.00 Andere Fragen	-	19	-	-	19
<b>Total Strafrecht</b>	-	<b>1780</b>	<b>55</b>	<b>54</b>	<b>1889</b>
<b>Weitere Geschäfte</b>					
390.00 Aufsichtsbeschwerden	-	-	2	-	2
400.00 Freiwillige Gerichtsbarkeit	1	-	-	-	1
<b>Total Weitere Geschäfte</b>	<b>1</b>	-	<b>2</b>	-	<b>3</b>

# Das Wichtigste in Kürze

Das Geschäftsaufkommen der Strafkammer ist gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben, gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt noch einmal leicht angestiegen; die Erledigungen konnten nominell gesteigert und die Pendenzen per Ende Jahr gegenüber dem Vorjahr reduziert werden.

In der Beschwerdekammer sind die Eingänge gegenüber dem Vorjahr gestiegen und haben wieder die Maxima früherer Jahre erreicht.

Das Gericht hat sich am Länderexamen Schweiz der Groupe d'Etats contre la corruption (GRECO) mit dem Fokus Justiz beteiligt. Der Schlussbericht des Examens wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2017 publiziert werden.

Besondere Herausforderungen stellte das Berichtsjahr für die Dienste im Bereich Sicherheit.



# BUNDESSTRAFGERICHT

<b>1. Allgemeiner Teil</b>	<b>34</b>
Zusammensetzung des Gerichts	34
Gerichtsorganisation	36
Geschäftsgang	37
Hinweise an den Gesetzgeber	38
Koordination der Rechtsprechung	38
Gerichtsverwaltung	38
Zusammenarbeit	39
Varia	39
<b>2. Statistiken</b>	<b>40</b>



## **GESCHÄFTSBERICHT DES BUNDESSTRAFGERICHTS 2016**

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 34 Absatz 3 des Bundesgesetzes über die Organisation der Strafbehörden des Bundes (Strafbehördenorganisationsgesetz, StBOG; SR 173.71) erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2016.

Wir danken Ihnen für das uns gewährte Vertrauen und die uns zur Erfüllung unserer Aufgaben zur Verfügung gestellten Mittel. Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundesstrafgerichts

Der Präsident:	Daniel Kipfer Fasciati
Die Generalsekretärin:	Mascia Gregori Al-Barafi

Bellinzona, 24. Januar 2017

# 1. ALLGEMEINER TEIL

## Zusammensetzung des Gerichts

### Leitungsorgane

#### Präsidium

Präsident:	Daniel Kipfer Fasciati
Vizepräsident:	Tito Ponti

#### Verwaltungskommission

Präsident:	Daniel Kipfer Fasciati
Vizepräsident:	Tito Ponti
Mitglieder:	Sylvia Frei Stephan Blättler Giuseppe Muschietti

#### Gesamtgericht

Mitglieder:	Peter Popp Walter Wüthrich Andreas J. Keller Emanuel Hochstrasser Sylvia Frei Daniel Kipfer Fasciati Tito Ponti Miriam Forni Giorgio Bomio-Giovanascini Roy Garré Cornelia Cova Jean-Luc Bacher Patrick Robert-Nicoud Stephan Blättler Giuseppe Muschietti Nathalie Zufferey Franciulli Joséphine Contu Albrizio David Glassey Martin Stupf (ab 1. Oktober 2016)
-------------	--

Die sprachliche Verteilung gestaltet sich wie folgt: Elf Richterinnen und Richter (8,8 Stellen) sind für die deutsche, sechs (5,4 Stellen) für die französische und zwei (1,6 Stellen) für die italienische Sprache eingesetzt.

**Generalsekretariat**

Generalsekretärin: Mascia Gregori Al-Barafi  
 Stv. Generalsekretär: vakant

**Kammern****Strafkammer**

Präsident: Giuseppe Muschiatti  
 Mitglieder: Peter Popp  
 Walter Wüthrich  
 Emanuel Hochstrasser (Doppelzuteilung)  
 Sylvia Frei  
 Daniel Kipfer Fasciati  
 Miriam Forni  
 Jean-Luc Bacher  
 Nathalie Zufferey Franciulli  
 Joséphine Contu Albrizio  
 David Glassey  
 Martin Stupf

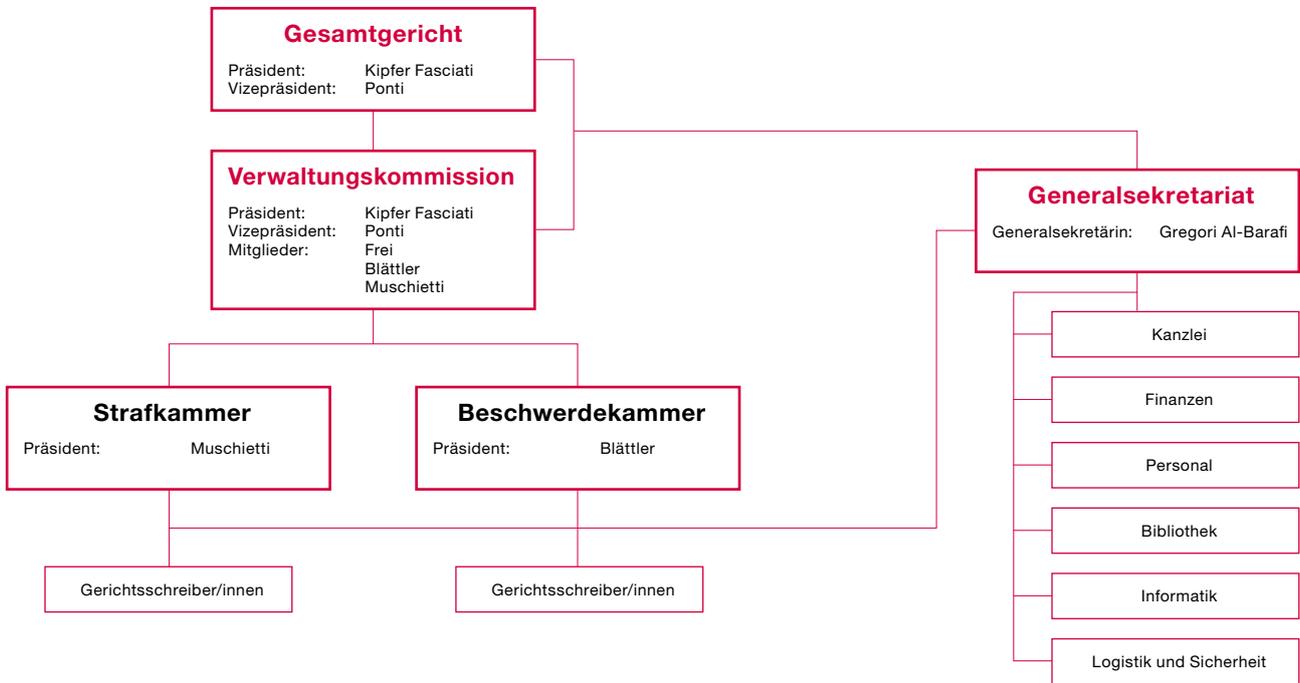
**Beschwerdekammer**

Präsident: Stephan Blättler  
 Mitglieder: Andreas J. Keller  
 Emanuel Hochstrasser (Doppelzuteilung)  
 Tito Ponti  
 Giorgio Bomio-Giovanascini  
 Roy Garré  
 Cornelia Cova  
 Patrick Robert-Nicoud

Als Nachfolger von Peter Popp und Walter Wüthrich, welche infolge Pensionierung auf Ende Jahr aus dem Amt geschieden sind, hat die Bundesversammlung am 15. Juni 2016 als ordentliche Mitglieder Stefan Heimgartner und Martin Stupf gewählt. Ausserdem wählte sie neu als zusätzliche nebenamtliche Mitglieder Andrea Blum und Bertrand Perrin.

Richter Martin Stupf und Stefan Heimgartner haben ihr Amt am 1. Oktober 2016 bzw. am 1. Januar 2017 angetreten.

## Gerichtsorganisation



Am 31. Dezember sind zwei Richter in den Ruhestand getreten. Die Zahl der am Gericht tätigen Richterinnen und Richter beträgt per Ende Jahr mit 19 Personen eine Person mehr als der normale Bestand (Beschäftigungsumfang: 15,8 Stellen), da das neue Mitglied Martin Stupf

das Amt auf Wunsch des Gerichts vorzeitig angetreten hat.

Die Anzahl der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber stieg auf insgesamt 22 Personen (Beschäftigungsumfang: 19,9 Stellen statt 18,5 wie im Vorjahr).

## Geschäftsgang

Das Geschäftsaufkommen der Strafkammer ist gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben, gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt noch einmal leicht angestiegen; die Erledigungen konnten nominell gesteigert und die Pendenzen per Ende Jahr gegenüber dem Vorjahr reduziert werden. In der Beschwerdekammer sind die Eingänge gegenüber dem Vorjahr gestiegen und haben wieder die Maxima früherer Jahre erreicht. Die Bewertung der statistischen Zahlen zur Entwicklung der Geschäftslast und der Erledigungen ist komplexer als in der Strafkammer. Es wird deshalb auf den detaillierten Bericht unten verwiesen. An dieser Stelle sei lediglich festgehalten, dass die ungünstige Entwicklung beim Erledigungsquotienten 3 vor allem technische Gründe hat und aus heutiger Sicht im Jahr 2017 wieder erheblich verbessert werden kann.

### Gesamtgericht

Das Gesamtgericht traf sich zu fünf Sitzungen (Vorjahr 6). Dabei waren keine besonders erwähnenswerten Geschäfte zu behandeln.

### Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission hat sich an insgesamt acht Sitzungen (Vorjahr 8) der üblichen Geschäfte der Justizverwaltung angenommen. Mehrfach waren Fragen der Sicherheit Thema.

### Strafkammer (erstinstanzliches Strafgericht des Bundes)

Die Anzahl der Eingänge ist mit 58 (Vorjahr 60) die zweithöchste der letzten fünf Jahre und liegt somit auch über dem Dreijahresdurchschnitt (52). Im Berichtsjahr konnten 57 Endentscheide (Vorjahr 50) begründet und versandt werden; damit liegt die Erledigungsquote über dem Dreijahresdurchschnitt von 48. Per Ende 2016 sind 39 Fälle hängig (Vorjahr 38). Davon sind 30 Fälle (Vorjahr 35) gegen insgesamt 51 Personen (Vorjahr 54) noch nicht beurteilt. Neun weitere Fälle konnten beurteilt, aber noch nicht schriftlich begründet werden. Bei Anklagen liegt die durchschnittliche Dauer zwischen Eingang und Urteilseröffnung bei 5,2 Monaten, diejenige bis zum Versand des schriftlichen Urteils bei 6,3 Monaten. In einigen wenigen Fällen war es nicht möglich, die gesetzliche Frist von drei Monaten für die schriftliche Begründung einzuhalten. Aus den hängigen Hauptverfahren gingen 26 Nebenverfahren (davon 13 Spruchkörperentscheide; Vorjahr 16) hervor, welche alle erledigt werden konnten. Aus der Fünfjahres-

statistik ergibt sich eine kontinuierliche Zunahme der Eingänge und der Erledigungen im langfristigen Vergleich. Die Bundesanwaltschaft nutzte die Möglichkeit zum Erlass von Strafbefehlen (24 Einsprachen; Vorjahr 17) und zur Erhebung von Anklagen im abgekürzten Verfahren (3 Eingänge; Vorjahr 4). Die derzeitige Kompetenzordnung führt ausserdem zu einer kontinuierlichen und markanten Zunahme der Einzelrichterverfahren (42 Eingänge; Vorjahr 38). In den Erledigungen sind die Rückweisungen von Anklageschriften zur Überarbeitung enthalten (4 Fälle; Vorjahr 4).

### Beschwerdekammer

Für das Berichtsjahr verdienen folgende drei Besonderheiten Erwähnung: (1) In der deutschen Sprache waren die tatsächlich vorhandenen Ressourcen in relevantem Mass reduziert wegen längerer krankheitsbedingter Arbeitsausfälle auf Stufe Gerichtsschreiber. (2) Um die Jahresmitte gingen 154 zum Teil identische Beschwerden gegen eine Nichtanhandnahmeverfügung der Bundesanwaltschaft ein, die auf Deutsch zu behandeln waren. Diese Beschwerden konnten noch im Berichtsjahr erledigt werden (nachfolgend «Sondervolumen»). (3) Im letzten Quartal 2016 waren die Eingänge im Bereich Rechtshilfe sowohl in Deutsch wie auch Französisch überdurchschnittlich hoch, wobei dieser Umstand in der französischen Sprache besonders ausgeprägt war. Konkret betrug die Zahl der Eingänge von Rechtshilfefällen in Französisch vom 1. Januar bis 30. September, also in neun Monaten, 72, die Zahl der Eingänge vom 1. Oktober bis 31. Dezember, also in drei Monaten, dagegen 74.

Die gesamten Eingangszahlen erreichten nach dem Eingangsrückgang des Vorjahres im Berichtsjahr ohne Berücksichtigung des Sondervolumens mit 689 Fällen wieder ein sehr hohes Niveau (plus ca. 16%). Bei einer realistischen Gewichtung des Sondervolumens ist von einem Volumen von über 700 Fällen auszugehen. Dabei gilt die Relativierung des Sondervolumens primär für die Juristen. Die Kanzlei wurde praktisch in vollem Umfang mehr belastet. Bei den Eingängen deutscher Sprache war auch ohne Berücksichtigung des Sondervolumens im Fünfjahresvergleich ein neuer Höchststand zu verzeichnen. Die Eingänge in französischer Sprache waren letztlich auf hohem Niveau, jedoch nur wegen der Entwicklung im letzten Quartal. Die Eingänge in der italienischen Sprache gingen leicht zurück und bewegten sich auf unterem Normalniveau. Die Erledigungen über alle Sprachen nahmen unter Berücksichtigung des Sondervolumens zahlenmässig zu. Gewichtet ist aber wohl von einem tieferen

Erledigungsvolumen als im Vorjahr auszugehen. Dabei ist wie folgt zu differenzieren: In der deutschen Sprache lagen die Erledigungen ohne Sondervolumen trotz der eingangs geschilderten Probleme nur knapp unter den Erledigungen der Vorjahre. Dies konnte allerdings nur mit Unterstützung aus der Strafkammer und von Gerichtsschreibern anderer Sprache erreicht werden. Aufgrund des grossen Arbeitsvolumens und der Arbeitsausfälle war es nicht möglich, ein ausgeglichenes Verhältnis von Eingängen und Erledigungen der Fälle deutscher Sprache zu erreichen und die zu hoch gewordene Pendenzenzahl abzubauen. Abhilfe kann nur durch die einstweilen befristete Anstellung von Gerichtsschreibern geschaffen werden, was eingeleitet wurde. In der französischen Sprache waren die Eingangszahlen bis Mitte Oktober relativ tief, entsprechend auch die Erledigungszahlen. Von den erst gegen Ende Jahr eingegangenen Fällen konnten dagegen nur wenige erledigt werden, der grösste Teil davon ist noch nicht spruchreif. Entsprechend ist auch hier die Anzahl der Erledigungen kleiner als diejenige der Eingänge. Das Verhältnis Neueingänge zu Erledigungen (Q3) lag im Bereich Strafrechtspflege bei 96,3%. Im Bereich der Rechtshilfe lag der Q3 per Ende Jahr aufgrund der atypischen Eingangsverteilung bei 73,8%. Ende September hatte er noch 94,4% betragen. Vorausgesetzt, dass der Fluss der Eingänge wieder auf Normalniveau zurückgeht, sollte sich die Situation im Verlauf des nächsten Jahres lösen lassen. Der Anteil der per Ende Jahr hängigen Verfahren betrug 255 (Vorjahr 142). Die Anzahl der innert sechs Monaten abgeschlossenen Verfahren betrug rund 85%. Von den Ende 2016 noch nicht abgeschlossenen Verfahren waren 13 (Vorjahr 8) länger als sechs Monate hängig.

## Hinweise an den Gesetzgeber

Neuere Fälle haben gezeigt, dass die Praxis des Parlaments zur Aufhebung der Immunität von Magistratspersonen nicht mit der neuen Strafprozessordnung koordiniert ist. Sie führt dazu, dass das Institut der Immunität, das dem Schutz der Magistratsperson in ihrer Amtstätigkeit dienen soll, faktisch abgeschafft worden ist. Das Gericht regt an, dass sich das Parlament mit dieser Frage vertieft und, sofern überhaupt erforderlich, auch auf gesetzgeberischer Ebene befasst.

## Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr traten keine Fragestellungen auf, die der Koordination der Rechtsprechung zwischen den Kammern bedurft hätten.

## Gerichtsverwaltung

### Personal

Per Ende 2015 waren am Bundesstrafgericht nebst den Mitgliedern des Gerichts 48 Personen angestellt, aufgeteilt auf 41,6 Stellen. Im Berichtsjahr haben drei Personen (2 Gerichtsschreiber, 1 Direktionsassistentin) das Gericht verlassen, und es haben drei Mitarbeitende (2 Gerichtsschreiber und 1 Sekretärin) ihre Arbeit neu aufgenommen. Die Praktikanten mit ihren auf sechs Monate befristeten Anstellungen werden bei der Personalfuktuation nicht berücksichtigt. Per Ende 2016 betrug der Personalbestand nebst den Mitgliedern des Gerichts 48 Personen auf 42,3 Stellen.

### Finanzen

Die Rechnung des Bundesstrafgerichts weist für 2016 Ausgaben in der Höhe von 14 518 062 Franken und Einnahmen von 832 294 Franken aus, womit ein Ausgabenüberschuss von 13 685 768 Franken resultiert.

Die Einnahmen aus Gerichtsgebühren beliefen sich auf 726 460 Franken und lagen damit um 25,5% unter denjenigen im Jahre 2015. Die Einnahmen des Bundes aus von der Strafkammer auferlegten Verfahrenskosten und Gerichtsgebühren sowie aus Einziehungen und Ersatzforderungen werden in der Buchhaltung der Bundesanwaltschaft als Vollzugsbehörde ausgewiesen. Sie erscheinen deshalb nicht in der Rechnung des Bundesstrafgerichts.

Die Personalkosten (Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge der Richter und des Personals) beliefen sich auf 11 116 560 Franken. Sie haben sich mithin gegenüber 2015 um 0,9% erhöht. Der entsprechende Kredit wurde zu 97,1% ausgeschöpft.

Die Kosten für die Strafverfahren beliefen sich auf 504 201 Franken (84% des Voranschlags) und beinhalten 212 000 Franken, welche gemäss im Jahr 2014 in Kraft getretener Vereinbarung an die Kantonspolizei Tessin überwiesen wurden.

Die Kosten für die Informatik beliefen sich auf 431 073 Franken, dies sind 58 207 Franken oder 15,6% mehr als im Jahr zuvor. Dies ist im Wesentlichen auf die vorzeitige

Einführung der VoIP-Telefonie (36 060 Franken) zurückzuführen.

Zusätzliche Informationen zu den Finanzen finden sich in dem vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) verfassten Dokument zur Rechnung 2016.

### **Betrieb, Logistik und Sicherheit**

Im Berichtsjahr hat dieser Dienst zusammen mit der Kantonspolizei Tessin und dem Bundessicherheitsdienst die notwendigen Massnahmen für einzelne Verhandlungen mit hohen Sicherheitsrisiken koordiniert und organisiert. Das Gericht hat die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten für den Sicherheitsbereich neu festgelegt.

Im Laufe des Jahres gab es diverse Anpassungen bei Mobilfunk und Festnetz. In beiden Bereichen stehen dem Gericht nun die Standarddienstleistungen des Bundesamtes für Informatik zur Verfügung.

## **Zusammenarbeit**

Die Kontakte der Verwaltungskommission des Bundesstrafgerichts mit derjenigen des Bundesgerichts als Aufsichtsbehörde waren gleichbleibend positiv. Dasselbe gilt für die Kontakte und die Koordination bei der Klärung technischer Fragen auf Ebene Generalsekretariat und Dienste des Bundesgerichts und der anderen eidgenössischen Gerichte. Weiter wurde der Meinungs austausch zu primär technischen Fragen mit Delegationen der Bundesanwaltschaft (insbesondere Informatik) und des Fachbereichs Rechtshilfe des Bundesamtes für Justiz gepflegt.

## **Varia**

Im Juli führte die Eidgenössische Finanzkontrolle ein zweiwöchiges Audit der Informatikinstrumente für die Dossierverwaltung und für die administrativen Prozesse durch. Die Finanzkontrolle hat eine gut organisierte Administration angetroffen, die effizient, schnell und fehlerfrei funktioniert. Die Finanzkontrolle publiziert den entsprechenden Bericht im Frühling 2017. Sie empfiehlt dem Gericht den Erlass eines Informatikreglements.

Das Gericht hat sich am Länderexamen Schweiz der Groupe d'Etats contre la corruption (GRECO) mit dem Fokus Justiz beteiligt. Der Schlussbericht des Exams wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2017 publiziert werden.

Im November hat am Gericht eine zusammen mit der Stadt Bellinzona, der Tessiner Fachhochschule (SUPSI), der Kantonspolizei und der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) organisierte Tagung zum Thema Cyberkriminalität stattgefunden.

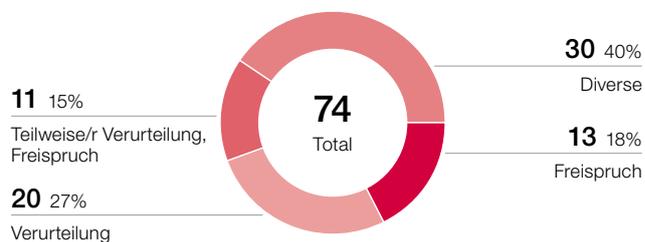
## 2. STATISTIKEN

### 2.1 Art und Zahl der Geschäfte

Geschäfte (Fälle)

Verfahrensausgang  
(nach Angeklagten)

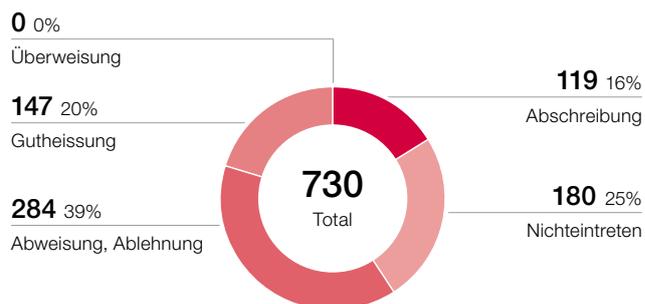
Geschäfte der Strafkammer	Geschäfte (Fälle)						Verfahrensausgang (nach Angeklagten)			
	Eingang 2015	Erlidigung 2015	Übertrag von 2015	Eingang 2016	Erlidigung 2016	Übertrag auf 2017	Freispruch	Verurteilung	Teilweise/r Verurteilung	Freispruch
Anklagen	47	38	31	50	47	34	11	18	11	23
Abtrennungen	1	–	2	–	1	1	–	–	–	1
Revisionsgesuche usw.	1	1	1	–	1	–	–	–	–	1
Nachträgliche Entscheidungen	10	10	2	4	5	1	–	–	–	5
Rückweisungen durch die Beschwerdekammer	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Rückweisungen durch das Bundesgericht	1	1	2	4	3	3	2	2	–	–
<b>Total</b>	<b>60</b>	<b>50</b>	<b>38</b>	<b>58</b>	<b>57</b>	<b>39</b>	<b>13</b>	<b>20</b>	<b>11</b>	<b>30</b>



Geschäfte

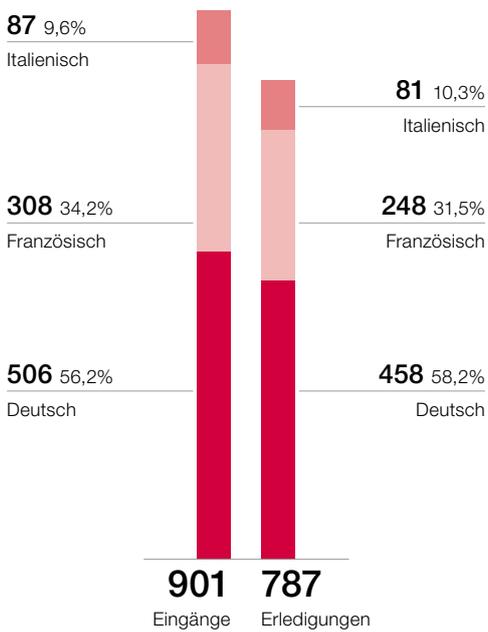
Verfahrensausgang

Geschäfte der Beschwerdekammer		Geschäfte						Verfahrensausgang					
		Eingang 2015	Erlidigung 2015	Übertrag von 2015	Eingang 2016	Erlidigung 2016	Übertrag auf 2017	Ab-schreibung	Nicht-eintreten	Abweisung/Ablehnung	Gutheissung	Rück-weisung	Über-weisung
Strafrechtspflege	Beschwerden/ Gesuche	231	247	66	473	457	82	83	128	122	124	–	–
	Revisionsgesuche usw.	2	2	–	5	5	–	–	4	1	–	–	–
	Rückweisungen BGer	1	7	–	2	–	2	–	–	–	–	–	–
<b>Total</b>		<b>234</b>	<b>256</b>	<b>66</b>	<b>480</b>	<b>462</b>	<b>84</b>	<b>83</b>	<b>132</b>	<b>123</b>	<b>124</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Internationale Rechtshilfe	Beschwerden	321	350	72	344	246	170	31	46	147	22	–	–
	Auslieferungshaft	28	28	2	16	18	–	5	1	12	–	–	–
	Revisionsgesuche usw.	5	5	–	1	1	–	–	1	–	–	–	–
	Rückweisungen BGer	2	–	2	–	2	–	–	–	1	1	–	–
<b>Total</b>		<b>356</b>	<b>383</b>	<b>76</b>	<b>361</b>	<b>267</b>	<b>170</b>	<b>36</b>	<b>48</b>	<b>160</b>	<b>23</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Verwaltungsrechtspflege	Beschwerden gegen personalrechtliche Verfügungen des BVGer	–	2	–	2	1	1	–	–	1	–	–	–
<b>Total</b>		<b>590</b>	<b>641</b>	<b>142</b>	<b>843</b>	<b>730</b>	<b>255</b>	<b>119</b>	<b>180</b>	<b>284</b>	<b>147</b>	<b>–</b>	<b>–</b>

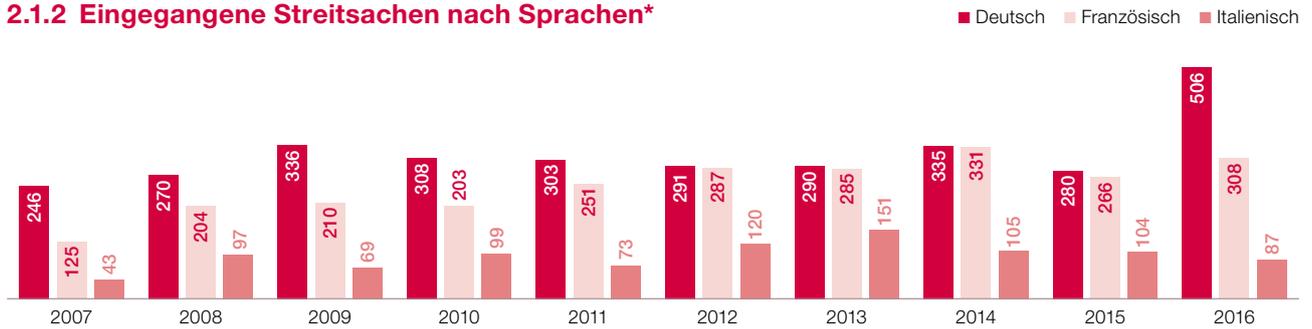


<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>650</b>	<b>691</b>	<b>180</b>	<b>901</b>	<b>787</b>	<b>294</b>							
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	--	--	--	--	--	--	--

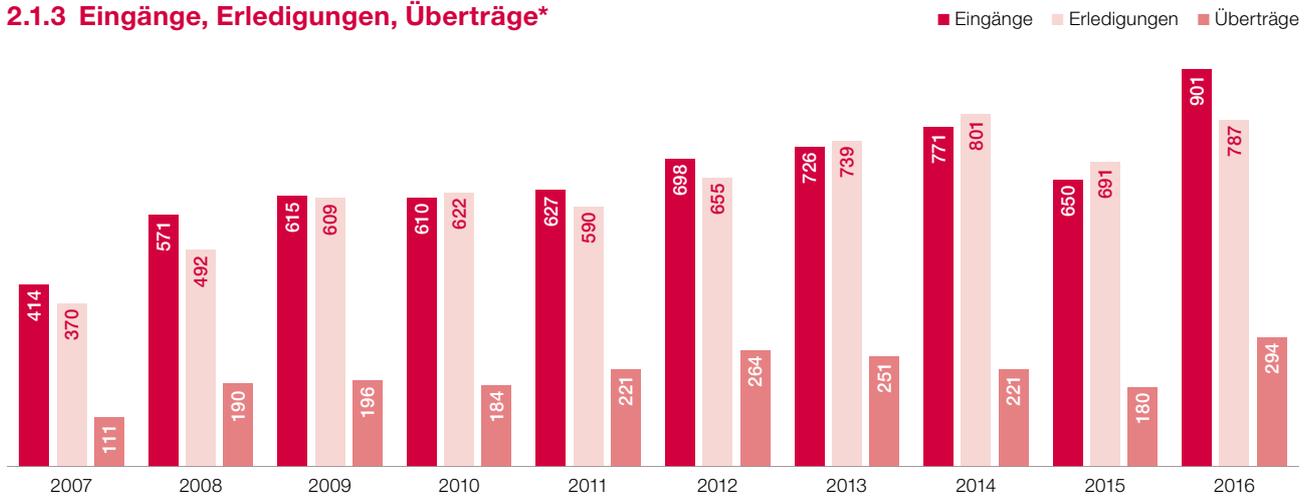
### 2.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2016



### 2.1.2 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen\*



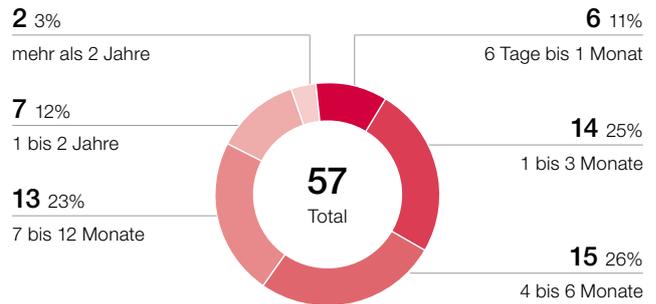
### 2.1.3 Eingänge, Erledigungen, Überträge\*



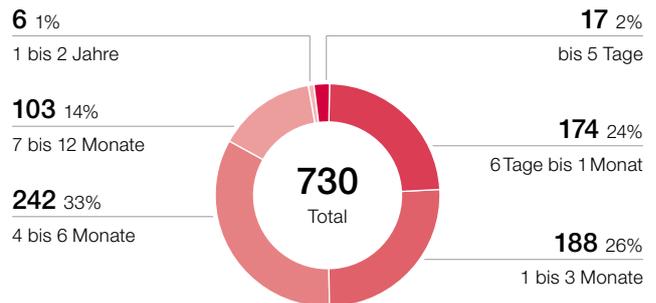
\* Ausgeschlossen: Telefonkontrollen und verdeckte Ermittlungen

## 2.2 Dauer der Geschäfte

Geschäfte der Strafkammer		bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2016
Anklagen		–	6	11	12	11	6	1	47
Abtrennungen		–	–	–	–	1	–	–	1
Revisionsgesuche usw.		–	–	–	–	–	1	–	1
Nachträgliche Entscheidungen		–	–	3	2	–	–	–	5
Rückweisungen durch die Beschwerdekammer		–	–	–	–	–	–	–	–
Rückweisungen durch das Bundesgericht		–	–	–	1	1	–	1	3
<b>Total</b>		–	6	14	15	13	7	2	57



Geschäfte der Beschwerdekammer		bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2016
Strafrechtspflege	Beschwerden/Gesuche	12	136	100	139	64	6	–	457
	Revisionsgesuche usw.	–	2	3	–	–	–	–	5
	Rückweisungen BGer	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Total</b>		12	138	103	139	64	6	–	462
Internationale Rechtshilfe	Beschwerden	2	25	80	100	39	–	–	246
	Auslieferungshaft	3	10	4	1	–	–	–	18
	Revisionsgesuche usw.	–	1	–	–	–	–	–	1
	Rückweisungen BGer	–	–	1	1	–	–	–	2
<b>Total</b>		5	36	85	102	39	–	–	267
Verwaltungsrechtspflege	Beschwerden gegen personalrechtliche Verfügungen des BVGer	–	–	–	1	–	–	–	1
<b>Total</b>		17	174	188	242	103	6	–	730



<b>GESAMTTOTAL</b>	17	180	202	257	116	13	2	–	787
--------------------	----	-----	-----	-----	-----	----	---	---	-----

## 2.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

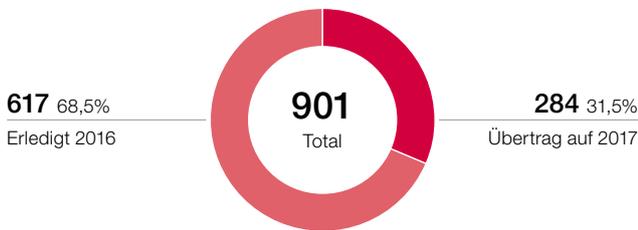
		Erledigungen Mittlere Dauer (Tage)			Erledigungen Maximale Dauer (Tage)		Übertragene Fälle	
		bis zur Urteilsfällung	Redaktions- dauer	für das Verfahren	bis zur Urteilsfällung	Redaktions- dauer	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
<b>Geschäfte der Strafkammer</b>								
Anklagen		158	34	<b>192</b>	786	222	285	768
Abtrennungen		315	–	<b>315</b>	315	–	2196	2196 <sup>1</sup>
Revisionsgesuche usw.		415	4	<b>419</b>	415	4	–	–
Nachträgliche Entscheidungen		73	–	<b>73</b>	120	1	10	10
Rückweisungen durch die Beschwerdekammer		–	–	–	–	–	–	–
Rückweisungen durch das Bundesgericht		417	–	<b>417</b>	841	–	304	352
<b>Geschäfte der Beschwerdekammer</b>								
Strafrechtspflege	Beschwerden/Gesuche			<b>95</b>		393	85	312
	Revisionsgesuche usw.			<b>45</b>		81	–	–
	Rückweisungen BGer			–		–	124	124
Internationale Rechtshilfe	Beschwerden			<b>107</b>		264	64	248
	Auslieferungshaft			<b>24</b>		103	–	–
	Revisionsgesuche usw.			<b>5</b>		5	–	–
	Rückweisungen BGer			<b>118</b>		165	–	–
Verwaltungsrechtspflege	Beschwerden gegen personalrechtliche Verfügungen des BVGer			<b>124</b>		124	184	184

<sup>1</sup> Internationales Rechtshilfeverfahren im Gange.

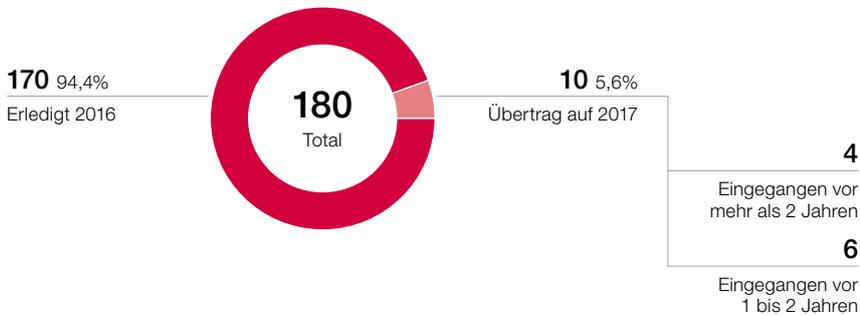
## 2.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Eingang 2016	davon Erledigung 2016		davon Übertrag auf 2017		Übertrag von 2015	davon Erledigung 2016		davon Übertrag auf 2017		Eingang 2016	Erledigung 2016	
Strafkammer	58	29	50,0%	29	50,0%	38	28	73,7%	10	26,3%	58	57	98,3%
Beschwerdekammer Strafrechtspflege	480	396	82,5%	84	17,5%	66	66	100,0%	-	0,0%	480	462	96,3%
Beschwerdekammer Internationale Rechtshilfe	363	192	52,9%	171	47,1%	76	76	100,0%	-	0,0%	363	268	73,8%
<b>TOTAL</b>	<b>901</b>	<b>617</b>	<b>68,5%</b>	<b>284</b>	<b>31,5%</b>	<b>180</b>	<b>170</b>	<b>94,4%</b>	<b>10</b>	<b>5,6%</b>	<b>901</b>	<b>787</b>	<b>87,3%</b>

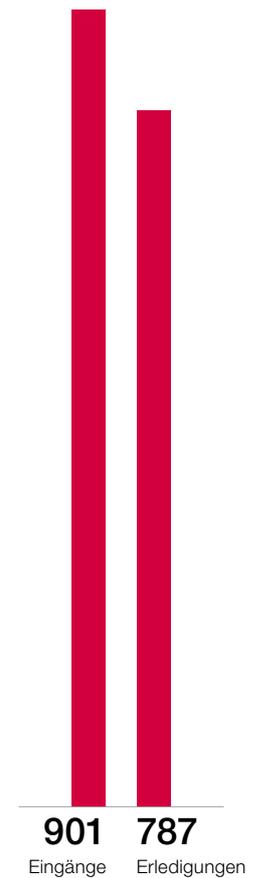
### 2.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



### 2.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

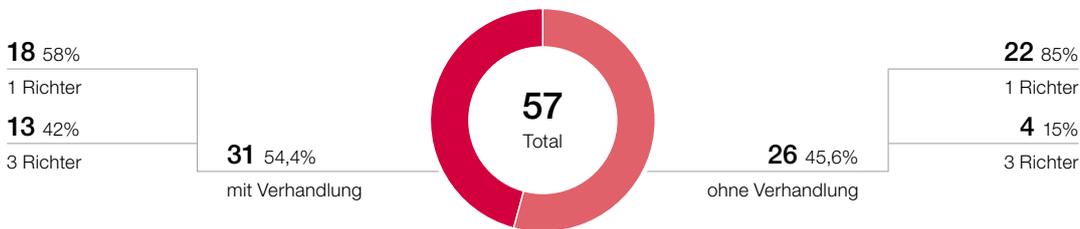


### 2.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)

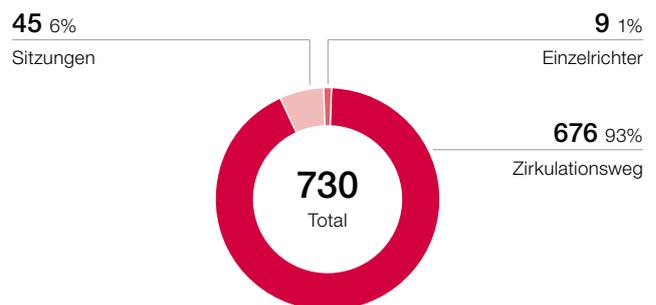


## 2.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

Geschäfte der Strafkammer	mit Verhandlung		ohne Verhandlung	
	1 Richter	3 Richter	1 Richter	3 Richter
Anklagen	18	13	15	1
Abtrennungen	-	-	1	-
Revisionsgesuche usw.	-	-	-	1
Nachträgliche Entscheidungen	-	-	3	2
Rückweisungen durch die Beschwerdekammer	-	-	-	-
Rückweisungen durch das Bundesgericht	-	-	3	-
<b>TOTAL</b>	<b>18</b>	<b>13</b>	<b>22</b>	<b>4</b>



Geschäfte der Beschwerdekammer		Einzelrichter	3 Richter/ Zirkulationsweg	3 Richter/ Sitzungen
Strafrechtspflege	Beschwerden/Gesuche	9	409	39
	Revisionsgesuche usw.	-	5	-
	Rückweisungen BGer	-	-	-
<b>Total</b>		<b>9</b>	<b>414</b>	<b>39</b>
Internationale Rechtshilfe	Beschwerden	-	241	5
	Auslieferungshaft	-	17	1
	Revisionsgesuche usw.	-	1	-
	Rückweisungen BGer	-	2	-
<b>Total</b>		<b>-</b>	<b>261</b>	<b>6</b>
Verwaltungsrechtspflege	Beschwerden gegen personalrechtliche Verfügungen des BVGer	-	1	-
<b>TOTAL</b>		<b>9</b>	<b>676</b>	<b>45</b>



## 2.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Kammern (5-Jahres-Vergleich)

	Eingänge					Erledigungen				
	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Strafkammer</b>										
Anklagen	30	30	40	47	50	32	37	29	38	47
Abtrennungen	1	2	–	1	–	1	1	1	–	1
Revisionsgesuche usw.	2	–	1	1	–	2	–	–	1	1
Nachträgliche Entscheidungen	10	5	7	10	4	9	6	5	10	5
Rückweisungen Beschwerdekammer	–	2	–	–	–	–	1	1	–	–
Rückweisungen BGer	5	4	7	1	4	5	5	7	1	3
<b>Total</b>	<b>48</b>	<b>43</b>	<b>55</b>	<b>60</b>	<b>58</b>	<b>49</b>	<b>50</b>	<b>43</b>	<b>50</b>	<b>57</b>
<b>Beschwerdekammer – Strafrechtspflege</b>										
Beschwerden/Gesuche	310	289	345	231	473	278	303	359	247	457
Revisionsgesuche usw.	–	1	–	2	5	–	1	–	2	5
Rückweisungen BGer	6	8	8	1	2	2	12	2	7	–
<b>Total</b>	<b>316</b>	<b>298</b>	<b>353</b>	<b>234</b>	<b>480</b>	<b>280</b>	<b>316</b>	<b>361</b>	<b>256</b>	<b>462</b>
<b>Beschwerdekammer – Internationale Rechtshilfe</b>										
Beschwerden	307	374	338	321	344	304	354	375	350	246
Auslieferungshaft	19	11	22	28	16	17	12	21	28	18
Revisionsgesuche usw.	4	–	1	5	1	2	2	1	5	1
Rückweisungen BGer	4	–	–	2	–	–	4	–	–	2
Beschwerden gegen personalrechtliche Verfügungen des BVGer	–	–	2	–	2	3	1	–	2	1
<b>Total</b>	<b>334</b>	<b>385</b>	<b>363</b>	<b>356</b>	<b>363</b>	<b>326</b>	<b>373</b>	<b>397</b>	<b>385</b>	<b>268</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>698</b>	<b>726</b>	<b>771</b>	<b>650</b>	<b>901</b>	<b>655</b>	<b>739</b>	<b>801</b>	<b>691</b>	<b>787</b>

## 2.6 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Anklagen	Abtrennungen	Nachträgliche Entscheidungen	Rückweisungen Beschwerdekammer	Beschwerden Gesuche	Revisions-gesuche usw.	Rückweisungen BVGer	Total
<b>Geschäfte der Strafkammer</b>								
Der Bundesgerichtsbarkeit unterstehende Straftaten gemäss Art. 23 StPO	31			–		–	1	32
Der Bundesgerichtsbarkeit unterstehende Straftaten gemäss Art. 24 StPO	11			–		1	1	13
Kriminelle Organisation (Art. 260 <sup>ter</sup> StGB)	2			–		1	–	3
Finanzierung des Terrorismus (Art. 260 <sup>quinquies</sup> StGB)	–			–		–	–	–
Geldwäscherei (Art. 305 <sup>bis</sup> StGB)	–			–		–	1	1
Mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften und Melderecht (Art. 305 <sup>ter</sup> StGB)	2			–		–	–	2
Bestechung (Art. 322 <sup>ter–octies</sup> ff. StGB)	3			–		–	–	3
Wirtschaftskriminalität	4			–		–	–	4
Verwaltungsstrafsachen	5			–		–	1	6
		1	5					
<b>Total Geschäfte der Strafkammer</b>	<b>47</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>–</b>		<b>1</b>	<b>3</b>	<b>57</b>
<b>Geschäfte der Beschwerdekammer</b>								
Beschwerdeverfahren					365	5	–	370
Gerichtsstandsverfahren					39	–	–	39
Haftverfahren					6	–	–	6
Entschädigungsverfahren					–	–	–	–
Entsiegelungsverfahren					11	–	–	11
Verwaltungsstrafverfahren					36	–	–	36
Rechtshilfeverfahren					264	1	2	267
Auslieferung					50	–	1	51
Auslieferungshaft					18	–	–	18
Überstellung					2	–	–	2
Andere Rechtshilfe					187	1	1	189
Stellvertretende Strafverfolgung					1	–	–	1
Vollstreckung von Strafentscheiden					–	–	–	–
Andere (IRSG)					6	–	–	6
Personalrechtliche Verfügungen des BVGer					1			1
<b>Total Geschäfte der Beschwerdekammer</b>					<b>722</b>	<b>6</b>	<b>2</b>	<b>730</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>47</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>–</b>	<b>722</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>787</b>

# Das Wichtigste in Kürze

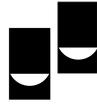
Die Geschäftslast des Bundesverwaltungsgerichts bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau. Es gingen insgesamt 8102 Fälle ein; aus dem Vorjahr wurden 5147 Fälle übernommen. 7517 Fälle wurden abgeschlossen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 212 Tage.

Gegliedert ist das Bundesverwaltungsgericht seit dem 1. Juli nicht mehr in fünf, sondern in sechs Abteilungen.

Die neue Abteilung VI ist zuständig für Ausländer- und Bürgerrecht, Sozialhilferecht für Schweizer im Ausland und gewisse Bereiche des Asylrechts.

Um die Ressourcen unter den Abteilungen angemessen zu verteilen, gab die Verwaltungskommission Anfang April das Projekt EquiTAF in Auftrag. In einem ersten Schritt schätzten die Abteilungen den Aufwand in verschiedenen Fallkategorien.

Das neue Bundesgesetz über den Nachrichtendienst, das voraussichtlich auf den 1. September 2017 in Kraft tritt, weist dem Bundesverwaltungsgericht neue Zuständigkeiten zu. Nach der Volksabstimmung vom 25. September nahm eine interne Arbeitsgruppe erste Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Nachrichtendienstgesetzes auf. Sie klärte Fragen bezüglich Infrastruktur, Personal und Verfahrensrecht.



# BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

<b>1. Allgemeiner Teil</b>	<b>52</b>
Zusammensetzung des Gerichts	52
Gerichtsorganisation	54
Kommissionen	55
Geschäftslast	56
Koordination der Rechtsprechung	56
Gerichtsverwaltung	57
Projekte	57
Aufsicht	58
Zusammenarbeit	59
<b>2. Hinweise an den Gesetzgeber</b>	<b>60</b>
<b>3. Statistiken</b>	<b>62</b>



## **GESCHÄFTSBERICHT 2016 DES BUNDESVERWALTUNGSGERICHTS**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes erstatten wir Ihnen nachfolgend Bericht über unsere Tätigkeit im Jahr 2016.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bundesverwaltungsgericht

Der Präsident: Jean-Luc Baechler  
Die Generalsekretärin: Stephanie Rielle La Bella

St. Gallen, 8. Februar 2017

# 1. ALLGEMEINER TEIL

## Zusammensetzung des Gerichts

### Leitungsorgane

#### Präsidium

Präsident: Jean-Luc Baechler  
 Vizepräsidentin: Marianne Ryter

#### Verwaltungskommission

Präsident: Jean-Luc Baechler  
 Vizepräsidentin: Marianne Ryter  
 Mitglieder: Gérald Bovier  
 Franziska Schneider  
 William Waeber

#### Präsidentenkonferenz

Präsident: Vito Valenti, Präsident Abteilung III  
 Mitglieder: Salome Zimmermann, Präsidentin Abteilung I  
 Francesco Brentani, Präsident Abteilung II (ab 16.3.)  
 Ronald Flury, Präsident a.i. Abteilung II (vom 1.2. bis 15.3.)  
 Hans Urech, Präsident Abteilung II (bis 31.1.)  
 Walter Lang, Präsident Abteilung IV  
 Muriel Beck Kadima, Präsidentin Abteilung V  
 Blaise Vuille, Präsident Abteilung VI (ab 1.7.)

#### Stab Leitungsorgane

Generalsekretärin: Stephanie Rielle La Bella (ab 1.11.)  
 Generalsekretärin a.i.: Sara Szabo (vom 1.8. bis 31.10.)  
 Generalsekretär: Urs Janett (bis 31.7.)  
 Stellvertreter a.i.: Bernhard Fasel (ab 1.8.)  
 Stellvertreterin a.i.: Sara Szabo (bis 31.7.)

### Abteilungen

#### Abteilung I

Präsidentin: Salome Zimmermann  
 Mitglieder: Christine Ackermann  
 Christoph Bandli  
 Michael Beusch  
 Jérôme Candrian  
 Kathrin Dietrich  
 Maurizio Greppi  
 Marie-Chantal May Canellas  
 Pascal Mollard  
 Claudia Pasqualetto Péquignot  
 Daniel Riedo  
 Marianne Ryter  
 Jürg Steiger

**Abteilung II**

Präsident:	Francesco Brentani (ab 16.3.) Ronald Flury (Präsident a.i. vom 1.2. bis 15.3.) Hans Urech (Präsident bis 31.1.)
Mitglieder:	Maria Amgwerd Pietro Angeli-Busi David Aschmann Jean-Luc Baechler Stephan Breitenmoser Vera Marantelli-Sonanini Pascal Richard Eva Schneeberger Marc Steiner Philippe Weissenberger

**Abteilung III**

Präsident:	Vito Valenti
Mitglieder:	Caroline Bissegger Michela Bürki Moreni Viktoria Helfenstein (ab 1.7.) Madeleine Hirsig-Vouilloz Michael Peterli-Caruel Christoph Rohrer Franziska Schneider Daniel Stufetti Beat Weber David Weiss

**Abteilung IV**

Präsident:	Walter Lang
Mitglieder:	Gérald Bovier Daniela Brüscheweiler Daniele Cattaneo Claudia Cotting-Schalch Yanick Felley Fulvio Haefeli Gérard Scherrer Hans Schürch Nina Spälti Giannakitsas Bendicht Tellenbach Contessina Theis Simon Thurnheer (ab 1.7.) Thomas Wespi Martin Zoller (bis 31.5.)

**Abteilung V**

Präsidentin:	Muriel Beck Kadima
Mitglieder:	Emilia Antonioni Luftensteiner François Badoud Barbara Balmelli-Mühlematter (ab 1.4.) Sylvie Cossy Gabriela Freihofer Markus König Christa Luterbacher Esther Marti Jean-Pierre Monnet Regula Schenker Senn Walter Stöckli (bis 31.3.) William Waeber David R. Wenger Daniel Willisegger

**Abteilung VI (ab 1.7.; bis 30.6. Abteilung III, Kammer 2)**

Präsident:	Blaise Vuille
Mitglieder:	Yannick Antoniazza-Hafner Jenny de Coulon Scuntaro Antonio Imoberdorf Martin Kayser Marianne Teuscher Andreas Trommer

Im Berichtsjahr amtierten *Jean-Luc Baechler* als Präsident und *Marianne Ryter* als Vizepräsidentin des Gerichts. Die Verwaltungskommission setzte sich nebst dem Präsidenten und der Vizepräsidentin aus *Gérald Bovier*, *Franziska Schneider* und *William Waeber* zusammen. Seit dem 1. Juli gliedert sich das Bundesverwaltungsgericht nicht mehr in fünf, sondern in sechs Abteilungen. *Salome Zimmermann* präsidierte die Abteilung I. Die Abteilung II wurde bis Ende Januar von *Hans Urech* präsidiert; sein Nachfolger *Francesco Brentani* wurde am 15. März gewählt und trat sein Amt am 16. März an. In der Zwischenzeit hatte *Ronald Flury* das Präsidium der Abteilung II interimistisch inne. *Vito Valenti* präsidierte die Abteilung III, *Walter Lang* die Abteilung IV, *Muriel Beck Kadima* die Abteilung V und *Blaise Vuille* ab 1. Juli die neue Abteilung VI.

*Walter Stöckli* und *Martin Zoller* gingen in den Ruhestand. Zum Jahresanfang trat der am 23. September 2015 von der Vereinigten Bundesversammlung gewählte *Martin Kayser* sein Richteramt an. Die ebenfalls am 23. September 2015 gewählte *Barbara Balmelli-Mühlematter* wirkt seit dem 1. April als Bundesverwaltungsrichterin. Am

16. März wurden *Viktoria Helfenstein* und *Simon Thurnheer* gewählt, die beide ihr Richteramt am 1. Juli antraten.

Ende Juli verliess Generalsekretär *Urs Janett* das Gericht, da er in den Regierungsrat des Kantons Uri gewählt worden war. Das Gesamtgericht ernannte am 13. September *Stephanie Rielle La Bella*, die bisherige Leiterin des Bereichs Human Resources und Organisation, zur neuen Generalsekretärin. Bis zu ihrem Amtsantritt am 1. November führte *Sara Szabo* das Generalsekretariat ad interim. Die interimistische Stellvertretung der Generalsekretärin übernahm am 1. August *Bernhard Fasel*.

**Gerichtsorganisation****Gesamtgericht**

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu fünf ordentlichen Sitzungen (Vorjahr 4). In diesen verabschiedete es unter anderem die abtretenden Richterinnen und Richter und vereidigte die neu eintretenden. An einer ausserordentlichen Sitzung im September ernannte es *Stephanie Rielle La Bella* zur neuen Generalsekretärin. Sie

trat ihr Amt am 1. November als Nachfolgerin von Urs Janett an.

Ebenfalls im September traf sich das Gesamtgericht zu einer zweitägigen Retraite, die den Themen Führung und Kommunikation gewidmet war. An der Sitzung vom 25. Oktober wählte es folgende Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten für die Amtsperiode 2017/2018: Salome Zimmermann, Abteilung I; Francesco Brentani, Abteilung II; Vito Valenti, Abteilung III; Nina Spälti Giannakitsas, Abteilung IV; Christa Luterbacher, Abteilung V; Blaise Vuille, Abteilung VI. Im gewohnten Zweijahresrhythmus bestellte das Gesamtgericht im Dezember die Abteilungen neu. Im Rahmen der neuen Gerichtsorganisation GO 2016 beschloss es eine provisorisch auf zwei Jahre befristete Übertragung einer Richterstelle von der Abteilung II auf die Abteilung III und per Januar 2017 die definitive Übertragung einer Richterstelle von der Abteilung IV auf die Abteilung VI.

### **Verwaltungskommission**

Die Verwaltungskommission traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt 16 Sitzungen (Vorjahr 17), wovon eine in Form einer Retraite durchgeführt wurde. Drei (Vorjahr 3) der Sitzungen wurden gemeinsam mit der Präsidentenkonferenz durchgeführt.

Im Januar beauftragte die Verwaltungskommission das Generalsekretariat mit der Umsetzung des Projekts GO 2016 und damit mit der Reorganisation und Entlastung der Abteilung III sowie der Schaffung einer sechsten Abteilung. Sie befasste sich mit Projekten zur Optimierung der Führungsstrukturen und -instrumente am Gericht. So verabschiedete sie Grundsatzfragen zur Umsetzung des Neuen Führungsmodells des Bundes und beauftragte seine Umsetzung. Weiter stellte die Verwaltungskommission die Weichen für die Weiterentwicklung des Laufbahnmodells für Gerichtsschreiber/-innen. Damit sollen Entwicklungsmöglichkeiten für die grösste Mitarbeitergruppe am Gericht angeboten und die Mitarbeiterbindung erhöht werden. Der Gerichtsschreiber/-innen-Pool, den die Verwaltungskommission schuf und dessen Bewirtschaftung in ihrer Zuständigkeit liegt, soll ihr ermöglichen, abteilungsübergreifende Massnahmen zur Bewältigung der Geschäftslast zu ergreifen. In den Gerichtsschreiber/-innen-Pool wurden zwei interne Kandidaten aufgenommen, vier externe wurden dafür rekrutiert.

Die Verwaltungskommission legte die Rahmenbedingungen für die Jubiläumsveranstaltungen 2017 (zehnjähriges Bestehen des Gerichts) fest und beauftragte das Organisationskomitee mit der Umsetzung. Sie traf sich zudem mehrmals mit den Abteilungspräsidien, um Füh-

rungsthemen zu bearbeiten und um das Projekt EquiTAF voranzutreiben. Dieses Projekt hat zum Ziel, ein einfaches, pragmatisches System zur angemessenen Ressourcenverteilung unter den Abteilungen zu schaffen.

### **Präsidentenkonferenz**

Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere für die Koordination der Rechtsprechung zuständig. Im Berichtsjahr traf sie sich wie im Vorjahr zu acht Sitzungen. Die Konferenz fasste unter anderem Beschlüsse im Zusammenhang mit Aktualisierungen des Rechtsprechungsleitfadens zum Verfahrensrecht. Sodann wurde der im Vorjahr verabschiedete totalrevidierte Entscheidungsbogen angepasst. Der neue Bogen strukturiert das Zirkulationsverfahren klarer und macht aufmerksam auf die verschiedenen Möglichkeiten der Dokumentation. Überdies liefert das Dokument zusätzliche Daten, die für die Statistik verwendet werden. Es wurden auch Entscheide zur Umsetzung der Publikations- und Dokumentationspolitik und zur strategischen Überprüfung der Publikationspraxis getroffen. In diesem Zusammenhang wurde die Richtlinie über die Dokumentation von Entscheiden revidiert. Näheres dazu findet sich im Bericht der Redaktionskommission. Schliesslich hat sich das Gremium in die Projekte GO 2016 sowie EquiTAF eingebracht.

## **Kommissionen**

### **Redaktionskommission**

Die Redaktionskommission ist verantwortlich für die strategische Ausrichtung der Publikation und Dokumentation der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts und deren Umsetzung. Mit der Publikation der Entscheide im Internet und in der Amtlichen Sammlung der Entscheide des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts (BVGE) stellt das Gericht die Transparenz seiner Rechtsprechung sicher. Die interne Dokumentation unterstützt die koordinierte und kohärente Rechtsprechung und dient dem Wissenserhalt und Wissenstransfer. Während des Berichtsjahres tagte die Redaktionskommission 17-mal, wovon einmal im Rahmen einer ganztägigen Retraite. Sie setzte sich aus drei Richtern und einer Gerichtsschreiberin zusammen.

Im Berichtsjahr hat die Kommission die Resultate der Umfragen zur internen und externen Wahrnehmung der BVGE analysiert und Massnahmen daraus abgeleitet. So werden die BVGE ab dem Jahrgang 2017 nicht mehr in Heften publiziert, sondern laufend im Internet veröffent-

licht. Nach Abschluss des Publikationsjahres werden die BVGE, nach Materien geordnet, in einem Band in Papierversion herausgegeben. Ergänzend hierzu veröffentlicht das Gericht weitere Entscheide von besonderer Relevanz unter der Rubrik «Referenzurteile» im Internet.

### Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle vermittelt bei Konflikten zwischen Richterinnen und Richtern. Im Berichtsjahr übernahm Vera Marantelli (Abteilung II) den Vorsitz von Martin Zoller (Abteilung IV), der in Pension ging. Die Stellvertretung oblag Kathrin Dietrich (Abteilung I), welche nach ihrer Wahl in die Verwaltungskommission auf den 1. Januar 2017 durch Christine Ackermann (Abteilung I) ersetzt wird. Neu gewählt wurden auch Contessina Theis (Abteilung IV) und Martin Kayser (Abteilung VI); Letzterer als Nachfolger des auf Ende Jahr zurücktretenden Ronald Flury (Abteilung II). Das Gremium wird durch Michela Bürki Moreni (Abteilung III) komplettiert. Die Schlichtungsstelle wurde im Berichtsjahr zweimal angerufen.

### Personalkommission

Die Personalkommission (PEKO) nimmt die Interessen der Mitarbeitenden wahr und fördert den Austausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den Leitungsorganen und dem Personal. Im Berichtsjahr verfasste die PEKO eine Stellungnahme zur Netzwerkanalyse und pflegte einen regelmässigen Austausch mit den Verantwortlichen von Human Resources und Organisation (HR+O) sowie der Generalsekretärin. Zu den behandelten Themen gehörten die Vergütung, das Laufbahnmodell, die Anpassung der Arbeitszeitweisung, die Weiterbildungsrichtlinie, die Richtlinie zu den Nebenbeschäftigungen, das Kompetenzprofil für Gerichtsschreibende sowie die Schaffung einer Schlichtungskommission für die Mitarbeitenden des Gerichts.

### Beauftragte für Chancengleichheit

Die Beauftragten für Chancengleichheit wachen bezüglich der Arbeitsbedingungen am Gericht über die Verwirklichung der Chancengleichheit aller Richterinnen und Richter sowie Mitarbeitenden. Sie haben auch in diesem Berichtsjahr zahlreiche Fälle behandelt und sich in Projekte eingebracht. Zusätzlich wird im Jahr 2017 eine formelle Schlichtungskommission nach Gleichstellungsgesetz eingerichtet.

## Geschäftslast

### Überblick

Die Statistiken ab Seite 62 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 5147 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 8102 (Vorjahr 8465) neue Fälle ein, denen 7517 (Vorjahr 7869) abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle stieg zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 585 (11%) auf 5732. Die Geschäftslast konnte insgesamt innert angemessener Frist bewältigt werden. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 212 Tage (Vorjahr 182). Am Ende des Jahres waren 391 (Vorjahr 239) Fälle älter als zwei Jahre. Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die fünf respektive seit 1. Juli sechs Abteilungen:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abt. I	761	666
Abt. II	444	424
Abt. III, bis 30.6. Abt. III, Kammer 1	677	742
Abt. IV	2619	2388
Abt. V	2493	2296
Abt. VI, bis 30.6. Abt. III, Kammer 2	1108	1001
Gesamthaft	8102	7517

### Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und von der Bundesverwaltung zu elf (Vorjahr 15) Gesetzes- und Verordnungsvorlagen zur Vernehmlassung eingeladen. Inhaltlich nahm das Gericht einzig zur Revision des BGG Stellung.

## Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurde ein abteilungsübergreifendes Verfahren nach Art. 25 VGG abgeschlossen. Weiter fasste die Präsidentenkonferenz Beschlüsse gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b VGG zu verfahrensrechtlichen Fragen, welche alle Abteilungen betreffen. Beispielsweise wurde ein Beschluss gefällt zur Frage, unter welchen Voraussetzungen Entscheide beteiligten oder bislang nicht beteiligten Privaten oder Behörden mitgeteilt werden dürfen.

Rein asylrechtliche Fragen, seien diese materieller oder (spezial)verfahrensrechtlicher Art, werden nach dem Reglement über die Zusammenarbeit der Abteilungen IV und V des Bundesverwaltungsgerichts (ZASAR) koordiniert.

## Gerichtsverwaltung

### Gerichtsbetrieb

Im Berichtsjahr wurden neben dem Sicherstellen des regulären Gerichtsbetriebs verschiedene Projekte verwirklicht oder vorangetrieben. Da die Festnetz-Telefonanlagen des Bundes am Ende ihres Lebenszyklus angelangt waren, wurden alle bestehenden Festnetztelefone durch neue Kommunikationsmittel ersetzt. Weiter wurden im Berichtsjahr erste Erfahrungen mit der elektronischen Eingabe via die anerkannten Zustellplattformen PrivateSphere und IncaMail gemacht. Das Bundesverwaltungsgericht kommuniziert seinerseits mit Parteien und Verfahrensbeteiligten weiterhin schriftlich per Post.

Am 25. September nahm das Schweizer Stimmvolk das neue Nachrichtendienstgesetz NDG an; entsprechend wurden Vorbereitungsarbeiten geleistet. Im Rahmen der Umsetzung der Personalstrategie wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, die auf eine Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität sowie auf den Personalerhalt abzielen. Schliesslich wurde das 10-Jahr-Jubiläum vorbereitet, das im Jahr 2017 gefeiert wird.

### Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 398 Personen tätig: 72 Richterinnen und Richter (64,9 Stellen), 215 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (184,5 Stellen), 42 Kanzleimitarbeiterinnen in den Abteilungen (36,6 Stellen) sowie 69 Mitarbeiter/-innen im Generalsekretariat (61,6 Stellen). Zudem machten drei Lernende ihre Ausbildung am Bundesverwaltungsgericht und 23 Personen absolvierten ein Praktikum. Bei den nachstehenden statistischen Werten sind die Ausbildungsplätze nicht ausgewiesen.

66,3% der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 25,9% französischer, 7,0% italienischer und 0,8% anderer Hauptsprache. Damit sind die Sprachgemeinschaften sehr gut vertreten; allerdings ist zu erwähnen, dass die Besetzung von Stellen, welche Französisch oder Italienisch als Hauptsprache erfordern, sehr schwierig ist.

Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres gesamthaft 55,8%; bei den Richterinnen und Richtern 39,9%, bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 54,9%, bei den Kanzleimitarbeitenden in den Abteilungen 100,0% und im Generalsekretariat 49,3%. Die Hälfte der Richter/-innen und 52,2% der Angestellten arbeiteten Teilzeit, mit einem Beschäftigungsgrad zwischen 40 und 90%. Die Fluktuationsrate betrug 10,6% (Vorjahr 8,3%); bei den Richterinnen und Richtern 4,2%,

bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern 12,1% und beim übrigen Personal 11,7%.

### Finanzen

Den Erträgen von 4 070 434 Franken stehen Aufwendungen von 76 214 424 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 5,3%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Minderertrag von 527 266 Franken oder 11,5% zu verzeichnen. Bei den Gerichtsgebühren wird gegenüber der Vorjahresperiode ein Minderertrag von 319 536 Franken oder 7,6% verzeichnet, die Zahl gebührenwirksamer Verfahren hat um 2,5% abgenommen. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 928 807 Franken oder 1,2% gesunken. Der Personalaufwand hat um 754 121 Franken abgenommen und der Sach- und Betriebsaufwand um 221 487 Franken zugenommen. In diesen Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 150 748 Franken enthalten. Es wurden keine Investitionen getätigt. Die Abschreibungen betragen 44 410 Franken und umfassen die Abschreibungen für den Personenwagen, die gastronomische Einrichtung und Ausstattung, Scangeräte sowie das Self-Service-Ausleihsystem der Bibliothek.

### Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtsjahr veröffentlichte das Bundesverwaltungsgericht insgesamt 21 Medienmitteilungen (Vorjahr 26). 18 (Vorjahr 22) betrafen die Rechtsprechung und drei (Vorjahr 4) den übrigen Gerichtsbetrieb. Von öffentlichem Interesse waren beispielsweise die Urteile im Zusammenhang mit den Amtshilfegesuchen der Niederlande und Frankreichs, das Grundsatzurteil im Bereich der hoch spezialisierten Medizin sowie das Urteil im Asylwesen betreffend Dublin-Überstellungen nach Italien. Ende Jahr waren 39 (Vorjahr 35) Journalistinnen und Journalisten am Gericht akkreditiert. Die Neuorganisation in sechs Abteilungen führte zur Anpassung der internen und externen Informationsmittel. Zudem wurde die Gerichtsbrochure neu gestaltet sowie das 10-Jahr-Jubiläum vorbereitet.

## Projekte

### EquiTAF

Das Projekt EquiTAF hat zum Ziel, ein einfaches, pragmatisches System zur angemessenen Ressourcenverteilung unter den Abteilungen zu schaffen. Aufgrund aussa-

gekräftiger und vergleichbarer Daten zum Arbeitsaufwand in den Abteilungen können Ziele und Massnahmen präziser definiert werden.

Die Erarbeitung des Systems erfolgt gestützt auf die Erfahrung und das Wissen in den Abteilungen einerseits und die zur Verfügung stehenden Informatik- und Controllinginstrumente andererseits. Die Verwaltungskommission hat den Projektauftrag am 5. April verabschiedet. In einem ersten Schritt werden die Verfahrensstatistiken mit dem Arbeitsaufwand ergänzt. Die Abteilungen wurden ins Projekt miteinbezogen, um die Akzeptanz des Systems zu erhöhen. Im Berichtsjahr haben sie anhand des von der Verwaltungskommission genehmigten Grundgerüsts Aufwandschätzungen in verschiedenen Fallkategorien vorgenommen.

Das Projekt ist langfristig ausgelegt, um den nötigen Probetrieb eines solchen Systems sicherzustellen. Der Projektabschluss und damit das Überführen in den regulären Betrieb sind auf Dezember 2018 terminiert.

### **Gerichtsorganisation 2016 (GO 2016)**

In der ersten Jahreshälfte haben sich das Generalsekretariat und die Abteilungen intensiv mit der Umsetzung der neuen Gerichtsorganisation befasst. So konnte am 1. Juli die neue Abteilung VI des Bundesverwaltungsgerichts erfolgreich ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie ist zuständig für Ausländer- und Bürgerrecht, Sozialhilferecht für Schweizer im Ausland sowie für gewisse Bereiche des Asylrechts. Die Umstrukturierung geht zurück auf den Entscheid des Plenums vom 17. November 2015. Sie ermöglicht mehr Effizienz und eine ausgewogenere Verteilung der Geschäftslast. Ebenfalls am 1. Juli nahm die bisherige Kammer 1 der Abteilung III ihre Arbeit als eigenständige Abteilung III, unter Reorganisation ihrer Ressourcen, auf.

Am 13. Dezember beschloss das Gesamtgericht die Übertragung einer Richterstelle aus den Abteilungen IV und V an die Abteilung VI. Mit dieser zusätzlichen Massnahme werden eine bessere Verteilung der Geschäftslast und mehr Flexibilität bei einer markanten Erhöhung der Eingänge angestrebt.

### **NFB**

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Berichtsjahr die Arbeiten zur Umsetzung des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (NFB) abgeschlossen. Die Budgetierungs- und Zielfindungsprozesse wurden angepasst und erstmals auf den Voranschlag 2017 und die Gerichtsziele 2017 angewendet. Es gilt nun, mit den neuen Inst-

umenten erste Erfahrungen zu sammeln und damit die Prozesse fortwährend zu optimieren.

### **Nachrichtendienstgesetz**

Nach der Volksabstimmung vom 25. September hat eine interne Arbeitsgruppe erste Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz NDG) aufgenommen. Dieses Gesetz, das voraussichtlich auf den 1. September 2017 in Kraft treten wird, weist dem Bundesverwaltungsgericht neue Zuständigkeiten zu.

Die von der internen Arbeitsgruppe zu klärenden Fragen betrafen Infrastruktur, Personal und Verfahrensrecht. Dabei standen die Sicherheit von Räumlichkeiten, das Gewährleisten der Geheimhaltung und die zeitgerechte Behandlung der Anträge auf genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen im Zentrum. Auf juristischer Ebene ging es einerseits um die Änderung des Geschäftsreglements für das Bundesverwaltungsgericht (VGR, RS 173.320.1), in dem die neue Materie und die zuständige Abteilung verankert werden, und andererseits um die Anpassung des entsprechenden Abteilungsreglements.

## **Aufsicht**

### **Eidgenössische Schätzungskommissionen**

Die Aufsichtsdelegation über die Eidgenössischen Schätzungskommissionen (ESchK) setzt sich aus Richterinnen und Richtern sowie Mitarbeitenden der Kammer 1 der Abteilung I zusammen. Im Berichtsjahr gehörten ihr Richterin Claudia Pasqualetto Péquignot, Richter Christoph Bandli (bis Ende Januar 2016), Richter Maurizio Greppi (ab April 2016) und Gerichtsschreiber Bernhard Keller an. Neben der Prüfung der Jahresberichte der 13 Kreise wurde der Grossteil der aufsichtsrechtlichen Tätigkeit zugunsten des Kreises 10 (Zürich) eingesetzt, insbesondere im Hinblick auf die Neuwahl der Präsidiatsmitglieder infolge der Rücktritte der Stelleninhaber. Nach der Ausschreibung der entsprechenden Stellen wählte das Gesamtgericht einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Zudem wurde eine ausserordentliche Vizepräsidentin gewählt.

### **Bundesgericht**

An der Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts vom 31. März in Luzern wurden der Geschäftsbericht 2015, die Rechnung 2015 und der Vor-

anschlag 2017 besprochen. Daneben war die Gerichtsorganisation Thema, insbesondere der Stand der Reorganisation des Bundesverwaltungsgerichts sowie die Lage im Asylbereich.

An der Aufsichtssitzung vom 14. Oktober in St. Gallen wurden die Geschäftslast, der Bedarf an zusätzlichen Richterstellen im Asylbereich sowie die Herausforderungen bei der Besetzung von Stellen mit Französisch als Hauptsprache thematisiert. Zudem erfolgte eine erste Beurteilung der Erfahrungen mit der sechsten Abteilung. Das Budget 2017 war ebenso Thema wie die Neubesetzung der Leitung des Generalsekretariats. Ferner wurde über den Stand der E-Dossiers am Bundesgericht und an den kantonalen Gerichten gesprochen.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht drei Anzeigeanzeigen ein. In einem Verfahren wurde der Anzeige keine Folge geleistet; zwei sind noch offen.

### **Bundesversammlung**

Am 18. April fand eine Sitzung mit den Subkommissionen Gerichte/Bundesanwaltschaft der Geschäftsprüfungskommission der eidgenössischen Räte statt. Themen waren neben dem Geschäftsbericht 2015 organisatorische Verbesserungen und interne Controllingdaten des Bundesverwaltungsgerichts.

Am 12. Oktober wurde eine Sitzung mit der Finanzkommission der eidgenössischen Räte zum Voranschlag 2017 und zum Finanzplan 2018–2020 durchgeführt.

Im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes am 1. Januar 2019 müssen die Abteilungen IV und V einen «Fonds de Roulement» (Arbeitsvorrat) erreichen, der ihnen ermöglicht, die vorgesehenen kürzeren Behandlungsfristen einzuhalten. Konkret wird beabsichtigt, die aktuell vorhandenen etwa 2600 pendenten Verfahren der beiden Asylabteilungen bis Ende 2018 auf 1200 zu reduzieren. Dazu wurden im September bei der Gerichtskommission vier zusätzliche, auf zwei Jahre befristete Richterstellen beantragt. Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts und der Vizepräsident des Bundesgerichts nahmen hierzu am 14. Oktober an einer Sitzung mit der Kommission für Rechtsfragen teil.

An der Sitzung mit der Geschäftsprüfungskommission vom 15. November wurde die Neuorganisation in sechs Abteilungen (GO 2016) diskutiert. Mit der Geschäftsprüfungsdelegation wurden am 23. November die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Nachrichtendienstgesetzes besprochen.

### **Zusammenarbeit**

Die eidgenössischen Gerichte stehen in regelmässigem Kontakt und arbeiten auf vielen Ebenen eng miteinander zusammen. Am 23. Februar fand in St. Gallen ein Treffen aller Verwaltungskommissionen statt. Auf Ebene der Generalsekretariate wurden drei gemeinsame Treffen durchgeführt. Dabei ging es darum, sich zu koordinieren und Synergieeffekte bei Projekten zu erzielen. Ein wiederkehrendes Thema des Jahres war die Einführung des E-Dossiers für die Rechtsprechung und die Verwaltung. Zudem wurden im Rahmen dieser Treffen die Aufsichtssitzungen vorbereitet.

## 2. HINWEISE AN DEN GESETZGEBER

Art. 63 Abs. 4<sup>bis</sup> des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968 (VwVG, SR 172.021) sieht als maximale Spruchgebühr 5000 Franken bei Streitigkeiten ohne Vermögensinteressen und 50 000 Franken bei den übrigen Streitigkeiten vor. Bereits im Geschäftsbericht 2015 hat das Bundesverwaltungsgericht darauf hingewiesen, dass bei Streitigkeiten mit Vermögensinteressen die maximale Spruchgebühr zu niedrig sei, was insbesondere bei grossen wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Verfahren (z.B. Kartellrecht, FINMA, Vergaberecht mit Streitwerten von bis zu drei- oder vierstelligen Millionenbeträgen) augenfällig ist. Aber auch bei nicht vermögensrechtlichen Streitigkeiten ist die maximale Spruchgebühr nicht mehr zeitgerecht. Daher schlägt das Bundesverwaltungsgericht eine Anhebung der maximalen Spruchgebühr für Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht in Streitigkeiten ohne Vermögensinteresse von 5000 auf 10 000 Franken sowie bei den übrigen Streitigkeiten von 50 000 auf 100 000 Franken vor.

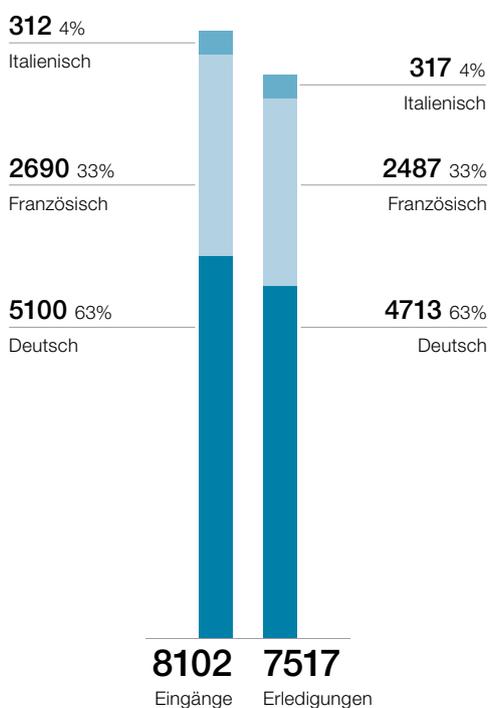


### 3. STATISTIKEN

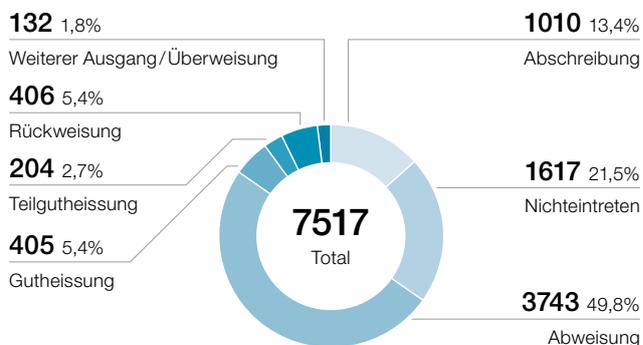
#### 3.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang							
	Eingang 2015	Erledigung 2015	Übertrag von 2015	Eingang 2016	Erledigung 2016	Übertrag auf 2017	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Guttheissung	Teilguttheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	8223	7622	5107	7799	7212	5694	991	1526	3690	385	197	397	15	11
Klagen	4	3	6	-	2	4	1	-	1	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	126	128	9	162	156	15	9	10	10	8	6	9	48	56
Revisionsgesuche usw.	116	116	25	141	147	19	9	81	42	12	1	-	1	1
<b>TOTAL</b>	<b>8469</b>	<b>7869</b>	<b>5147</b>	<b>8102</b>	<b>7517</b>	<b>5732</b>	<b>1010</b>	<b>1617</b>	<b>3743</b>	<b>405</b>	<b>204</b>	<b>406</b>	<b>64</b>	<b>68</b>

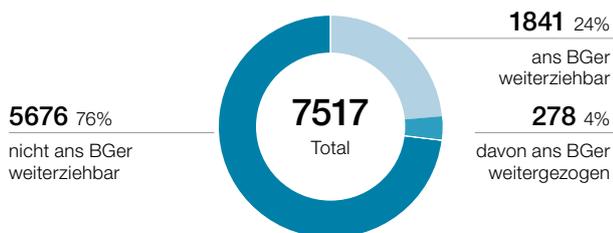
#### 3.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2016



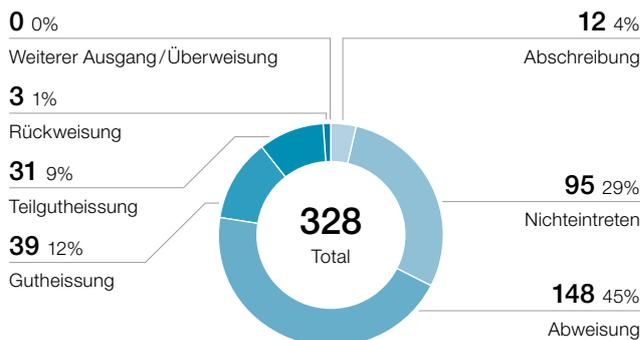
#### 3.1.2 Art der Erledigung 2016



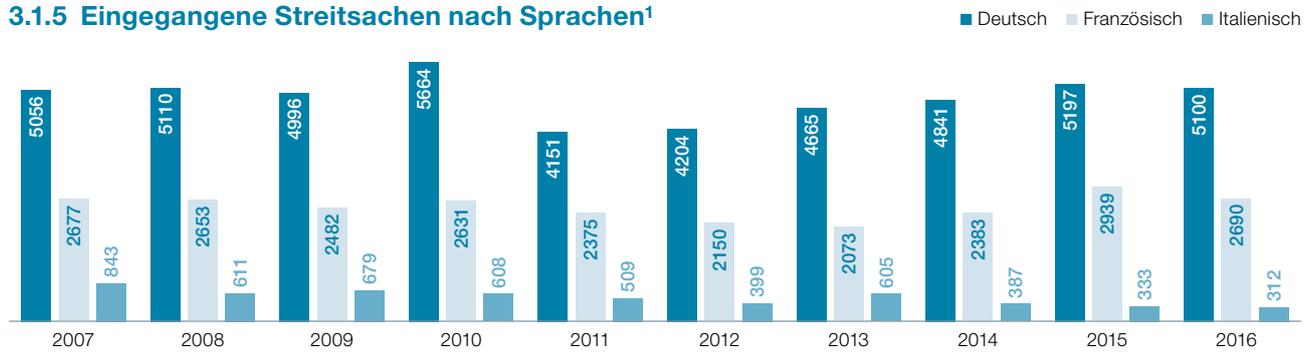
#### 3.1.3 Erledigung 2016



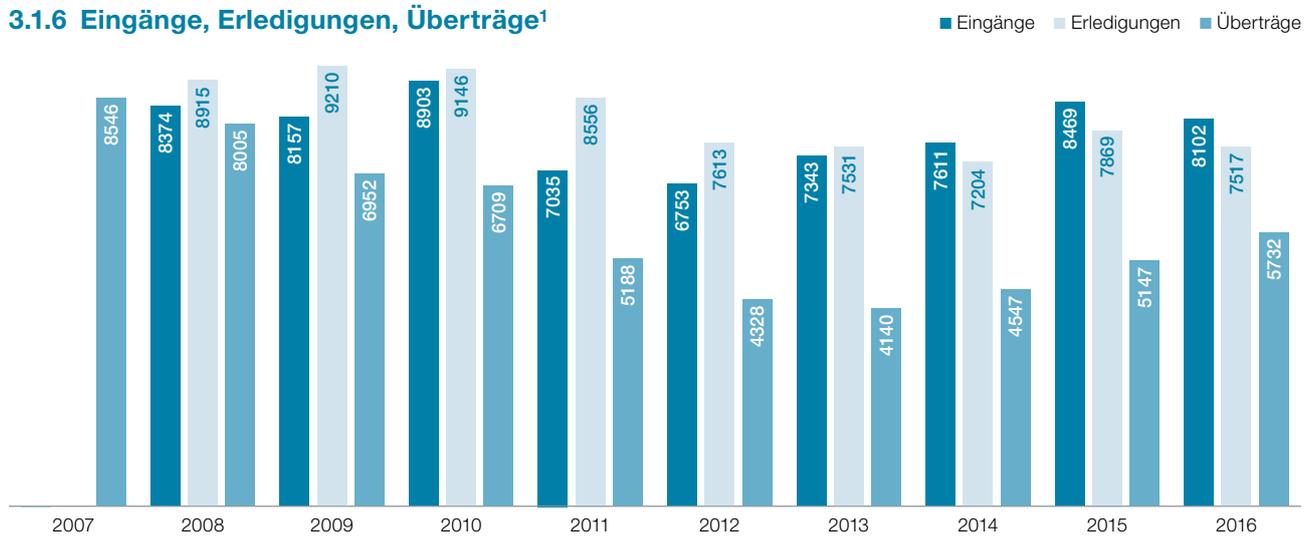
#### 3.1.4 Erledigung der weitergezogenen Verfahren



### 3.1.5 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen<sup>1</sup>



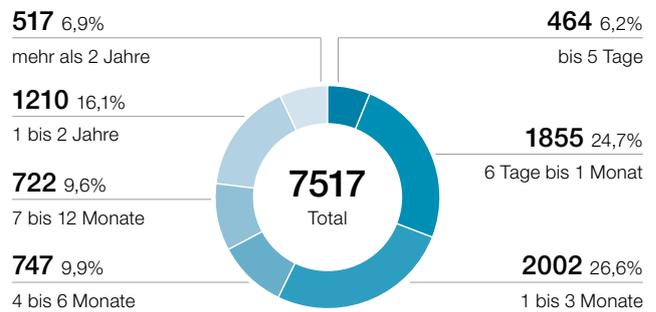
### 3.1.6 Eingänge, Erledigungen, Überträge<sup>1</sup>



<sup>1</sup>Die Differenzen zu den Zahlen gemäss Geschäftsbericht 2015 sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen usw.).

### 3.2 Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2016
Beschwerden	383	1723	1931	736	717	1205	517	<b>7212</b>
Klagen	-	-	-	-	-	2	-	<b>2</b>
Andere Rechtsmittel	69	57	19	7	3	1	-	<b>156</b>
Revisionsgesuche usw.	12	75	52	4	2	2	-	<b>147</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>464</b>	<b>1855</b>	<b>2002</b>	<b>747</b>	<b>722</b>	<b>1210</b>	<b>517</b>	<b>7517</b>



#### 3.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	219	2120	305	2160
Klagen	558	609	952	2383
Andere Rechtsmittel	28	599	53	82
Revisionsgesuche usw.	43	541	185	641
<b>GESAMTDURCHSCHNITT</b>	<b>212</b>	<b>2120</b>	<b>305</b>	<b>2383</b>



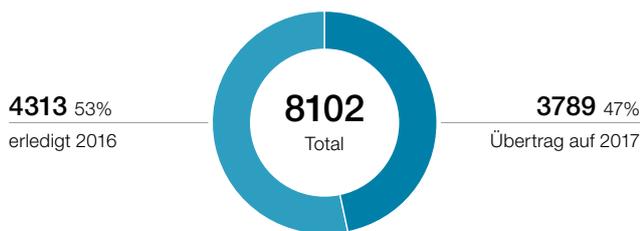
### 3.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Neueingang 2016	davon Erledigung 2016		davon Übertrag auf 2017		Übernommene Geschäfte von 2015	davon Erledigung 2016		davon Übertrag auf 2017		Neueingang 2016	Erledigung 2016	
Abteilung I	761	317	42%	444	58%	454	349	77%	105	23%	761	666	88%
Abteilung II	444	162	36%	282	64%	430	262	61%	168	39%	444	424	95%
Abteilung III <sup>1</sup>	677	198	29%	479	71%	1024	544	53%	480	47%	677	742	110%
Abteilung IV	2619	1599	61%	1020	39%	1294	789	61%	505	39%	2619	2388	91%
Abteilung V	2493	1530	61%	963	39%	1280	766	60%	514	40%	2493	2296	92%
Abteilung VI <sup>2</sup>	1108	507	46%	601	54%	665	494	74%	171	26%	1108	1001	90%
<b>TOTAL</b>	<b>8102</b>	<b>4313</b>	<b>53%</b>	<b>3789</b>	<b>47%</b>	<b>5147</b>	<b>3204</b>	<b>62%</b>	<b>1943</b>	<b>38%</b>	<b>8102</b>	<b>7517</b>	<b>93%</b>

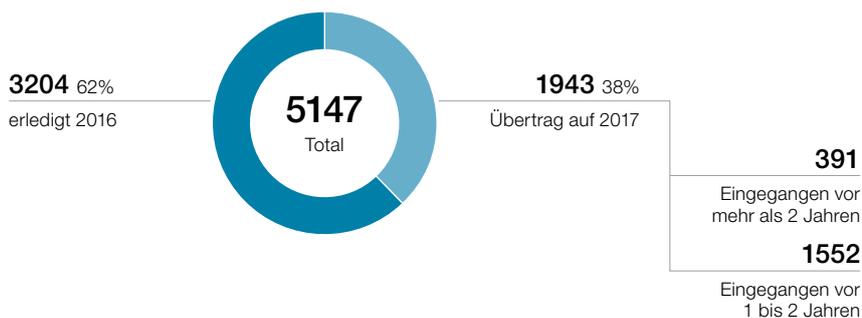
<sup>1</sup> Bis 30.6.: Kammer 1 der Abteilung III

<sup>2</sup> Bis 30.6.: Kammer 2 der Abteilung III

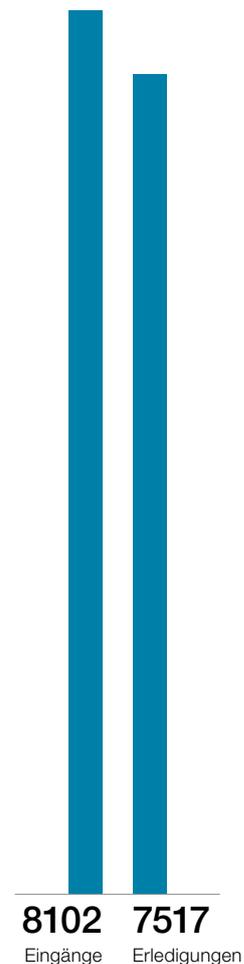
#### 3.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



#### 3.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

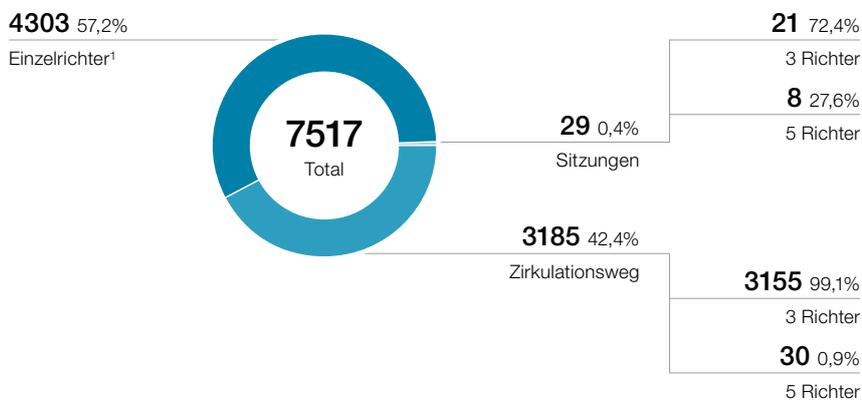


#### 3.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



### 3.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzelrichter <sup>1</sup>	Zirkulationsweg			Sitzungen		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	4105	3050	28	3078	21	8	29
Klagen	–	2	–	2	–	–	–
Andere Rechtsmittel	111	43	2	45	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	87	60	–	60	–	–	–
<b>TOTAL</b>	<b>4303</b>	<b>3155</b>	<b>30</b>	<b>3185</b>	<b>21</b>	<b>8</b>	<b>29</b>



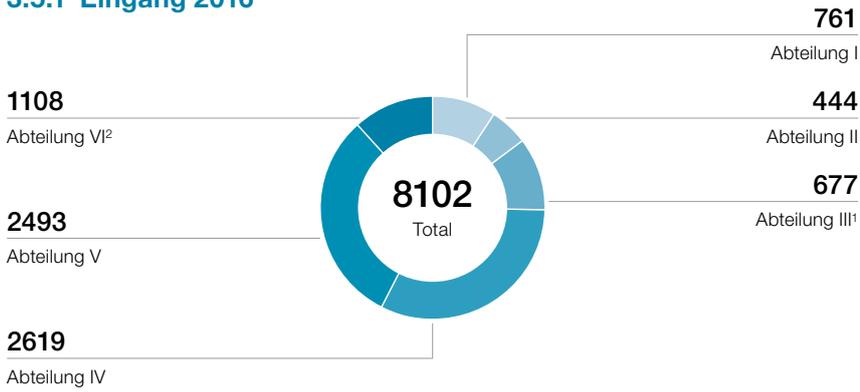
<sup>1</sup> Darin enthalten sind 1785 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweirichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

## 3.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

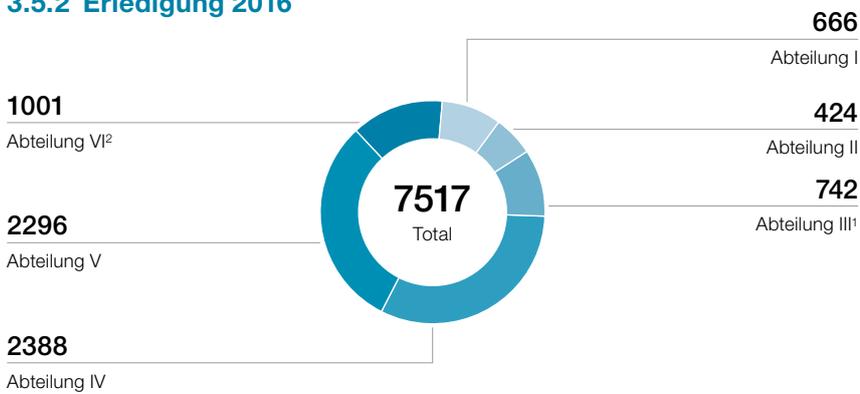
	Übertrag von 2015	Eingang 2016	Erledigung 2016	Übertrag auf 2017
<b>Abteilung I</b>				
Beschwerden	450	740	645	545
Klagen	2	–	–	2
Andere Rechtsmittel	2	21	21	2
Revisionsgesuche usw.	–	–	–	–
<b>Total</b>	<b>454</b>	<b>761</b>	<b>666</b>	<b>549</b>
<b>Abteilung II</b>				
Beschwerden	426	443	421	448
Klagen	4	–	2	2
Andere Rechtsmittel	–	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	–	–	–	–
<b>Total</b>	<b>430</b>	<b>444</b>	<b>424</b>	<b>450</b>
<b>Abteilung III<sup>1</sup></b>				
Beschwerden	1023	672	736	959
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	–	1	1	–
Revisionsgesuche usw.	1	4	5	–
<b>Total</b>	<b>1024</b>	<b>677</b>	<b>742</b>	<b>959</b>
<b>Abteilung IV</b>				
Beschwerden	1275	2481	2252	1504
Andere Rechtsmittel	3	66	57	12
Revisionsgesuche usw.	16	72	79	9
<b>Total</b>	<b>1294</b>	<b>2619</b>	<b>2388</b>	<b>1525</b>
<b>Abteilung V</b>				
Beschwerden	1270	2375	2176	1469
Andere Rechtsmittel	2	58	59	1
Revisionsgesuche usw.	8	60	61	7
<b>Total</b>	<b>1280</b>	<b>2493</b>	<b>2296</b>	<b>1477</b>
<b>Abteilung VI<sup>2</sup></b>				
Beschwerden	663	1088	982	769
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	2	15	17	–
Revisionsgesuche usw.	–	5	2	3
<b>Total</b>	<b>665</b>	<b>1108</b>	<b>1001</b>	<b>772</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>5147</b>	<b>8102</b>	<b>7517</b>	<b>5732</b>

<sup>1</sup> Bis 30.6.: Kammer 1 der Abteilung III<sup>2</sup> Bis 30.6.: Kammer 2 der Abteilung III

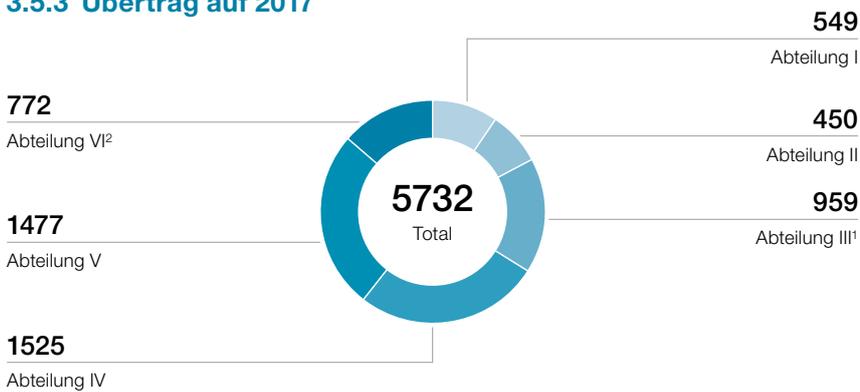
### 3.5.1 Eingang 2016



### 3.5.2 Erledigung 2016



### 3.5.3 Übertrag auf 2017



<sup>1</sup> Bis 30.6.: Kammer 1 der Abteilung III

<sup>2</sup> Bis 30.6.: Kammer 2 der Abteilung III

### 3.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Abteilung I</b>										
Beschwerden	604	692	588	661	740	637	581	719	636	645
Klagen	1	-	-	2	-	1	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	6	15	15	16	21	11	12	16	17	21
Revisionsgesuche usw.	2	5	2	2	-	2	4	2	4	-
<b>Total</b>	<b>613</b>	<b>712</b>	<b>605</b>	<b>681</b>	<b>761</b>	<b>651</b>	<b>597</b>	<b>737</b>	<b>657</b>	<b>666</b>
<b>Abteilung II</b>										
Beschwerden	465	414	428	409	443	439	415	410	396	421
Klagen	1	-	1	2	-	1	-	1	2	2
Andere Rechtsmittel	2	9	2	2	1	2	8	3	2	1
Revisionsgesuche usw.	1	2	1	1	-	1	2	1	1	-
<b>Total</b>	<b>469</b>	<b>425</b>	<b>432</b>	<b>414</b>	<b>444</b>	<b>443</b>	<b>425</b>	<b>415</b>	<b>401</b>	<b>424</b>
<b>Abteilung III<sup>1</sup></b>										
Beschwerden	1913	2047	1722	1716	672	1982	2233	1865	1770	736
Klagen	-	2	-	-	-	-	2	-	1	-
Andere Rechtsmittel	5	14	17	13	1	4	13	15	16	1
Revisionsgesuche usw.	4	10	9	8	4	8	8	9	10	5
<b>Total</b>	<b>1922</b>	<b>2073</b>	<b>1748</b>	<b>1737</b>	<b>677</b>	<b>1994</b>	<b>2256</b>	<b>1889</b>	<b>1797</b>	<b>742</b>
<b>Abteilung IV</b>										
Beschwerden	1872	2240	2439	2773	2481	2271	2277	2068	2460	2252
Andere Rechtsmittel	46	44	42	43	66	45	44	42	41	57
Revisionsgesuche usw.	142	73	61	53	72	134	83	62	46	79
<b>Total</b>	<b>2060</b>	<b>2357</b>	<b>2542</b>	<b>2869</b>	<b>2619</b>	<b>2450</b>	<b>2404</b>	<b>2172</b>	<b>2547</b>	<b>2388</b>
<b>Abteilung V</b>										
Beschwerden	1548	1651	2181	2664	2375	1924	1718	1887	2360	2176
Andere Rechtsmittel	32	56	53	52	58	29	57	53	52	59
Revisionsgesuche usw.	109	69	50	52	60	122	74	51	55	61
<b>Total</b>	<b>1689</b>	<b>1776</b>	<b>2284</b>	<b>2768</b>	<b>2493</b>	<b>2075</b>	<b>1849</b>	<b>1991</b>	<b>2467</b>	<b>2296</b>
<b>Abteilung VI<sup>2</sup></b>										
Beschwerden	-	-	-	-	1088	-	-	-	-	982
Klagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	-	-	-	-	15	-	-	-	-	17
Revisionsgesuche usw.	-	-	-	-	5	-	-	-	-	2
<b>Total</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>1108</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>1001</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>6753</b>	<b>7343</b>	<b>7611</b>	<b>8469</b>	<b>8102</b>	<b>7613</b>	<b>7531</b>	<b>7204</b>	<b>7869</b>	<b>7517</b>

<sup>1</sup>2012–2015: Die Abteilung gliedert sich in zwei Kammern. Am 1.7.2016 entstand aus der Kammer 2 die Abteilung VI. Die Zahlen des Jahres 2016 enthalten auch die Werte der ehemaligen Abteilung III Kammer 1 der ersten Jahreshälfte.

<sup>2</sup>Die aus der ehemaligen Kammer 2 der Abteilung III gebildete Abteilung VI besteht seit 1.7.2016: Für die erste Jahreshälfte 2016 wurden die Zahlen der ehemaligen Abteilung III Kammer 2 berücksichtigt.



## 3.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	davon Entscheidung aufgrund von Rückweisung	Total
<b>Staat – Volk – Behörden</b>						
140.00 Bürgerrecht	41	-	-	-	-	41
141.00 Ausländerrecht	871	-	12	3	-	886
142.10 Asylverfahren	4305	-	102	134	-	4541
142.50 Asyl Verschiedenes	75	-	4	-	-	79
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	10	-	-	-	-	10
144.00 Ausweisschriften	29	-	-	-	-	29
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	20	-	1	-	-	21
170.00 Staatshaftung (Bund)	9	-	-	-	-	9
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	50	-	30	5	-	85
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	46	-	-	-	-	46
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	67	-	-	-	-	67
195.00 Schweizer Personen und Institutionen im Ausland	19	-	-	-	-	19
199.00 Amts- und Rechtshilfe (inkl. Steuern u. Finanzmarkt)	91	-	1	-	-	92
<b>Total Staat – Volk – Behörden</b>	<b>5633</b>	<b>-</b>	<b>150</b>	<b>142</b>	<b>-</b>	<b>5925</b>
<b>Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung</b>						
210.10 Stiftungsaufsicht	4	-	-	-	-	4
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-	-
221.10 Revisionsaufsicht	5	-	-	-	-	5
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	-	-	-	-	-	-
232.10 Urheberrecht	3	-	-	-	-	3
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	78	-	-	-	-	78
232.50 Erfindungspatente	2	-	-	-	-	2
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	24	-	-	-	-	24
232.70 Ursprungsbezeichnungen	-	-	-	-	-	-
251.00 Kartelle	13	-	-	-	-	13
<b>Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung</b>	<b>129</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>129</b>
<b>Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug</b>						
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
<b>Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Schule – Wissenschaft – Kultur</b>						
410.00 Schule	61	-	-	-	-	61
420.00 Wissenschaft und Forschung	8	-	-	-	-	8
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	24	-	-	-	-	24
450.00 Natur- und Heimatschutz	-	-	-	-	-	-
<b>Total Schule – Wissenschaft – Kultur</b>	<b>93</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>93</b>
<b>Landesverteidigung</b>						
500.00 Landesverteidigung	9	1	-	-	-	10
<b>Finanzen</b>						
610.00 Subventionen	18	-	-	-	-	18
630.00 Zölle	35	-	1	-	-	36
641.00 Stempelabgaben	-	-	-	-	-	-
641.99 Indirekte Steuern	73	-	2	-	-	75
643.00 Mehrwertsteuer (inkl. WUST)	54	-	2	-	-	56
650.00 Schwerverkehrsabgabe	9	-	-	-	-	9
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	10	-	-	-	-	10
650.99 Direkte Steuern	2	-	-	-	-	2
654.00 Verrechnungssteuer	10	-	-	-	-	10
655.00 Internationales Steuerrecht	3	-	-	-	-	3
699.00 Finanzen (Übriges)	2	-	-	-	-	2
<b>Total Finanzen</b>	<b>143</b>	<b>-</b>	<b>3</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>146</b>

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	davon Entscheidung aufgrund von Rückweisung	Total
<b>Öffentliche Werke – Energie – Verkehr</b>						
711.00 Enteignung	18	-	1	-	-	19
725.00 Nationalstrassen	2	-	-	-	-	2
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	20	-	-	-	-	20
730.20 Elektrische Anlagen	54	-	-	-	-	54
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	1	-	-	-	-	1
742.00 Eisenbahnen	23	-	-	-	-	23
748.10 Luftfahrtanlagen	10	-	-	-	-	10
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	25	-	-	-	-	25
749.00 Übrige Anlagen	1	-	-	-	-	1
783.00 Post, Fernmeldewesen	10	-	-	-	-	10
785.00 Radio und Fernsehen	22	-	-	-	-	22
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	7	-	-	-	-	7
<b>Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr</b>	<b>193</b>	<b>-</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>194</b>
<b>Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit</b>						
810.10 Medizin und Menschenwürde	1	-	-	-	-	1
810.20 Medizinalberufe	11	-	-	-	-	11
810.30 Heilmittel	18	-	-	-	-	18
810.40 Chemikalien	6	-	-	-	-	6
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	5	-	-	-	-	5
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	1	-	-	-	-	1
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	6	-	-	-	-	6
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	74	-	-	-	-	74
830.00 Sozialversicherung	825	-	1	5	-	831
830.10 Sozialversicherung AT	7	-	-	-	-	7
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	157	-	-	-	-	157
830.40 Invalidenversicherung (IV)	433	-	1	5	-	439
830.50 Krankenversicherung	90	-	-	-	-	90
830.60 Unfallversicherung	23	-	-	-	-	23
830.70 Berufliche Vorsorge	112	-	-	-	-	112
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	-	-	-	-	-	-
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	3	-	-	-	-	3
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	1	-	-	-	1
850.00 Fürsorge	-	-	-	-	-	-
<b>Total Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit</b>	<b>947</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>5</b>	<b>-</b>	<b>954</b>
<b>Wirtschaft – technische Zusammenarbeit</b>						
901.00 Investitions- und Standortförderung	-	-	-	-	-	-
910.00 Landwirtschaft	22	-	-	-	-	22
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
930.00 Industrie und Gewerbe	2	-	-	-	-	2
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	2	-	-	-	-	2
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	31	-	-	-	-	31
950.20 Finanzmarktaufsicht	28	-	-	-	-	28
990.99 Wirtschaft – technische Zusammenarbeit (Übriges)	-	-	-	-	-	-
<b>Total Wirtschaft – technische Zusammenarbeit</b>	<b>55</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>55</b>
999.00 Übriges	10	-	1	-	-	11
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>7212</b>	<b>2</b>	<b>156</b>	<b>147</b>	<b>-</b>	<b>7517</b>

# Das Wichtigste in Kürze

Das Total der Eingänge ist gegenüber dem Vorjahr wiederum angestiegen, auf 27 (Vorjahr 23). Dies geht nicht auf die ordentlichen Verfahren (18, Vorjahr 19) zurück, sondern auf die summarischen Verfahren (9, Vorjahr 4).

Erledigt wurden 17 ordentliche Verfahren, davon acht durch Vergleich, sieben durch Urteil, zwei wegen Gegenstandslosigkeit. Summarische Verfahren wurden sieben erledigt, davon zwei durch Vergleich, fünf durch Urteil.

Das Bestreben des Bundespatentgerichts, zügige und kostengünstige Verfahren anzubieten, wird weiter umgesetzt. Dank der Fachkenntnisse seiner technischen Richterinnen und Richter war es auch im Berichtsjahr möglich, ohne zeitraubende und aufwendige externe Gutachten auszukommen.



# BUNDESPATENTGERICHT

Einleitung	78
<b>1. Allgemeiner Teil</b>	<b>79</b>
Zusammensetzung des Gerichts	79
Geschäftslast	81
Nebenamtliche Richterinnen und Richter	81
Sprachen	81
Gerichtsverwaltung	82
Räumlichkeiten	82
Finanzen	82
Zusammenarbeit	82
<b>2. Statistiken</b>	<b>84</b>



## **GESCHÄFTSBERICHT 2016 DES BUNDESPATENTGERICHTS**

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Bundespatentgerichtsgesetzes erstatten wir Ihnen den Bericht über unsere Tätigkeit im Jahre 2016.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Bundespatentgerichts

Der Präsident: Dieter Brändle

Die Erste Gerichtsschreiberin: Susanne Anderhalden

St. Gallen, 2. Februar 2017

## Einleitung

Seit dem 1. Januar 2012 beurteilt das Bundespatentgericht anstelle der vorher zuständigen kantonalen Gerichte als das erstinstanzliche Patentgericht des Bundes zivilrechtliche Streitigkeiten über Patente. Ausschliesslich zuständig ist es für Klagen betreffend Verletzung und Bestand von Patenten. Auch weitere Zivilklagen, die im Zusammenhang mit Patenten stehen, können vor das Bundespatentgericht gebracht werden, beispielsweise Klagen betreffend Patentlizenzverträge.

Das Bundespatentgericht hat nun die ersten fünf Geschäftsjahre hinter sich, alle Abläufe sind bestens eingespielt, das Gericht funktioniert problemlos.

# 1. ALLGEMEINER TEIL

## Zusammensetzung des Gerichts

### Gerichtsleitung

Präsident:	Dieter Brändle, Dr. iur.
Zweiter hauptamtlicher Richter:	Tobias Bremi, Dr. sc. nat. ETH
Vizepräsident:	Frank Schnyder, lic. iur., dipl. Mikrotech.-Ing. ETH

### Technische nebenamtliche Richterinnen und Richter

Natalia Clerc, dipl. Phys. ETH  
 Roland Dux, Dr. rer. nat., dipl. Chem.  
 Giovanni Gervasio, Ph.D. Phys.  
 Barbara Herren, Dr. phil. nat., dipl. Chem.  
 Timothy Holman, MA Chem. (Oxon)  
 Emmanuel Jelsch, dipl. Biochem.-Pharmakol.  
 Hanny Kjellsaa-Berger, Dr. rer. nat., dipl. Chem.  
 Alfred Koepf, Dr. sc. nat. ETH  
 Herbert Laederach, Dr. sc. techn., dipl. Masch.-Ing. ETH  
 Christoph Müller, dipl. Ing. Phys. EPFL  
 Markus A. Müller, Dr. sc. techn. ETH, dipl. El.-Ing. ETH  
 Peter Rigling, dipl. El.-Ing. ETH, MSBME  
 André Roland, dipl. Phys.  
 Werner A. Roshardt, dipl. Phys. ETH  
 Regula Rüedi, Dr. sc. nat., dipl. Chem. ETH  
 Philipp Rüfenacht, Dr. phil. nat., dipl. Phys.  
 Christophe Saam, dipl. El.-Ing. ETH  
 Frank Schnyder, lic. iur., dipl. Mikrotech.-Ing. ETH  
 Andreas Schöllhorn Savary, Dr. phil. II, dipl. Biochem.  
 Martin Sperrle, Dr. sc. nat., dipl. Chem. ETH  
 Hannes Spillmann, Dr. sc. nat., dipl. Chem.  
 Kurt Stocker, dipl. Phys. ETH  
 Kurt Sutter, Dr. sc. nat., dipl. Phys. ETH  
 Daniel Vogel, dipl. El.-Ing. ETH, MSc. C.S.  
 Prisca von Ballmoos, dipl. Natw. ETH  
 André Werner, dipl. Masch.-Ing. ETH  
 Marco Zardi, dipl. Chem.-Ing. ETH

**Juristische nebenamtliche Richter**

Daniel M. Alder, Dr. iur.  
Philippe Ducor, Dr. iur., Dr. med.  
Christoph Gasser, Dr. iur.  
Christian Hilti, Dr. iur.  
Simon Holzer, Dr. iur.  
Daniel Kraus, Prof. Dr. iur.  
Thomas Legler, Dr. iur.  
Rudolf Rentsch, lic. iur. HSG, dipl. El.-Ing. ETH  
Ralph Schlosser, Dr. iur.  
Mark Schweizer, Dr. iur.  
Christoph Willi, Dr. iur.

Im Bestand der Richterinnen und Richter gab es keine Veränderungen.

## Geschäftslast

Ende 2015 waren am Bundespatentgericht 26 ordentliche und kein summarisches Verfahren hängig.

Das Total der Eingänge ist gegenüber dem Vorjahr wiederum angestiegen, auf 27 (Vorjahr 23). Dies geht nicht auf die ordentlichen Verfahren (18, Vorjahr 19), sondern auf die summarischen Verfahren (9, Vorjahr 4) zurück. Wegen der wirtschaftlichen Bedeutung der summarischen Verfahren (es geht in der Regel um das vorsorgliche Verbot des Vertriebs einer Ware, namentlich von pharmazeutischen Produkten) werden diese Verfahren von den Parteien praktisch gleich intensiv wie ordentliche Verfahren geführt, mit entsprechenden Folgen für den Bearbeitungsaufwand durch das Gericht.

Erledigt wurden 17 ordentliche Verfahren (Vorjahr 19), davon acht durch Vergleich (Vorjahr 16), sieben durch Urteil (Vorjahr 1), zwei (Vorjahr 1) wegen Gegenstandslosigkeit. Die verhältnismässig tiefe Zahl von Vergleichen und die entsprechend höhere Zahl von Urteilen gehen darauf zurück, dass Streitigkeiten zu beurteilen waren, in welchen den Parteien an einer gerichtlichen Entscheidung gelegen war. Fünf der Urteile wurden denn auch an das Bundesgericht weitergezogen (3 Beschwerden wurden abgewiesen, 1 gutgeheissen, 1 ist noch hängig). Trotz der im Berichtsjahr tieferen Vergleichsquote liegt die Vergleichsquote über die ersten fünf Geschäftsjahre betrachtet bei rund 75%. Das Bundespatentgericht versteht sich als Dienstleister für die Wirtschaft. Jeder Patentprozess ist für die Beteiligten ein Hemmnis, das es zu beseitigen gilt. Eine Möglichkeit dafür ist ein Urteil, die bessere ist ein Vergleich. Damit haben die Parteien nicht nur eine Lösung, der sie beide zustimmen können, sondern sie sparen auch erheblich Zeit und Geld gegenüber einem Urteil und gegebenenfalls einem Verfahren vor Bundesgericht. Das Bundespatentgericht strebt deshalb im Interesse der Parteien eine vergleichsweise Erledigung seiner Verfahren an. Anlässlich der Instruktionsverhandlung, welche in der Regel nach dem ersten Schriftenwechsel stattfindet, werden den Parteien seitens der Gerichtsdelegation sowohl eine vorläufige juristische als auch und vor allem eine vorläufige fachtechnische Beurteilung der Streitsache unterbreitet. Weil die Fachrichterinnen und Fachrichter offensichtlich eine hohe Akzeptanz bei den Parteien geniessen, resultiert aus diesen Verhandlungen die erwähnte sehr hohe, soweit überblickbar in keinem anderen Land erreichte Vergleichsquote. Dies stellt, verglichen mit den massgeblichen Patentgerichten in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und im Ver-

einigten Königreich, die kaum je Vergleiche auch nur anstreben, geschweige denn erreichen, eine Qualität des Bundespatentgerichts dar, die sich langfristig positiv auf die Eingangszahlen auswirken dürfte. Auch gegenüber dem Einheitlichen Patentgericht der EU, falls dieses denn verwirklicht werden sollte, dürfte dies von Bedeutung sein.

Summarische Verfahren wurden sieben (Vorjahr 9) erledigt, davon zwei (Vorjahr 2) durch Vergleich, fünf (Vorjahr 7) durch Urteil. Weiterzüge an das Bundesgericht erfolgten nicht.

## Nebenamtliche Richterinnen und Richter

Das System der nebenamtlichen juristischen und technischen Fachrichter bewährt sich weiterhin bestens. Die Mitwirkung von qualifizierten Juristen und Technikerinnen oder Technikern aus dem einschlägigen Fachgebiet sorgt für eine hohe Kompetenz der Spruchkammern und ermöglicht es, den Parteien Beurteilungen vorzulegen, die akzeptiert werden und Grundlage für vergleichsweise Lösungen bilden.

## Sprachen

Die Verfahrenssprache in den eingegangenen ordentlichen Verfahren war in 17 Fällen Deutsch, in einem Fall Französisch. Bei den summarischen Verfahren war die Verfahrenssprache in allen neun Fällen Deutsch. Fälle in italienischer Sprache gab es nicht. In sechs der ordentlichen Verfahren und in einem summarischen Verfahren haben die Parteien von der beim Bundespatentgericht bestehenden gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, im gegenseitigen Einverständnis bei Eingaben und mündlichen Verhandlungen anstelle einer Amtssprache Englisch zu verwenden. Offensichtlich besteht bei den Parteien ein grosses Bedürfnis, auf Englisch zu prozessieren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nicht nur bei vielen ausländischen Gesellschaften, die hier prozessieren, sondern auch bei etlichen Schweizer Gesellschaften die Arbeitssprache der Entwicklungs- und Patentabteilungen Englisch ist. Das Bundespatentgericht selbst muss allerdings auch dann, wenn die Parteien Englisch verwenden, sich von Gesetzes wegen einer Amtssprache bedienen, was sich – wie eigentlich zu erwarten war – als unpraktisch erwiesen hat. Der Versuch des Bundespatentgerichts, diese Misslichkeit durch eine entsprechende

Gesetzesänderung beheben zu lassen, musste indes wegen fehlender Erfolgsaussicht abgebrochen werden. Das Thema bleibt aber aktuell.

## Gerichtsverwaltung

Der Bestand von zwei Kanzleimitarbeiterinnen (total 130 Stellenprozente) und zwei Gerichtsschreiberinnen (total 90 Stellenprozente) blieb unverändert. Es gab auch keine personellen Änderungen.

## Räumlichkeiten

Die Büroräumlichkeiten des Bundespatentgerichts ebenso wie die Verhandlungsräumlichkeiten am Bundesverwaltungsgericht, die das Bundespatentgericht verwendet, sind sachdienlich; irgendwelcher Änderungsbedarf besteht nicht.

Für die Verhandlungen, die das Bundespatentgericht, wenn angezeigt, ausserhalb von St. Gallen durchführt, stellen die jeweiligen Kantone die Verhandlungsräumlichkeiten zur Verfügung. Die entsprechende Zusammenarbeit funktioniert reibungslos.

## Finanzen

Die Erfolgsrechnung des Bundespatentgerichts weist Ausgaben von 1 638 689 Franken und Einnahmen (vor Zahlungen des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum) von 934 182 Franken aus. Der vom Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum gemäss Art. 4 PatGG zu deckende Fehlbetrag beläuft sich entsprechend auf 704 507 Franken und ist damit rund 8% tiefer als im Vorjahr. Die Gerichtsgebühreneinnahmen decken im Berichtsjahr 57% der Ausgaben des Bundespatentgerichts. Dies war nur möglich, weil allein ein einziges, sehr aufwendiges, noch von einem kantonalen Gericht übernommenes Verfahren mit einem äusserst hohen Streitwert Gerichtsgebühren von 250 000 Franken generierte. Längerfristig sollte aber ein durchschnittlicher Deckungsgrad von 50% zu erreichen sein.

## Zusammenarbeit

Die Aufsichtssitzungen mit dem Bundesgericht am 31. März in Luzern und am 13. Oktober in St. Gallen brachten eine Unterstützung, die das Bundespatentgericht sehr zu schätzen weiss. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsgericht verlief problemlos. Das jährliche Treffen der Gerichtsleitung des Bundespatentgerichts mit den Verwaltungskommissionen von Bundesstrafgericht und Bundesverwaltungsgericht vom 23. Februar diente einem informellen und sachdienlichen Gedankenaustausch über anstehende Fragen, die alle drei Gerichte betreffen.



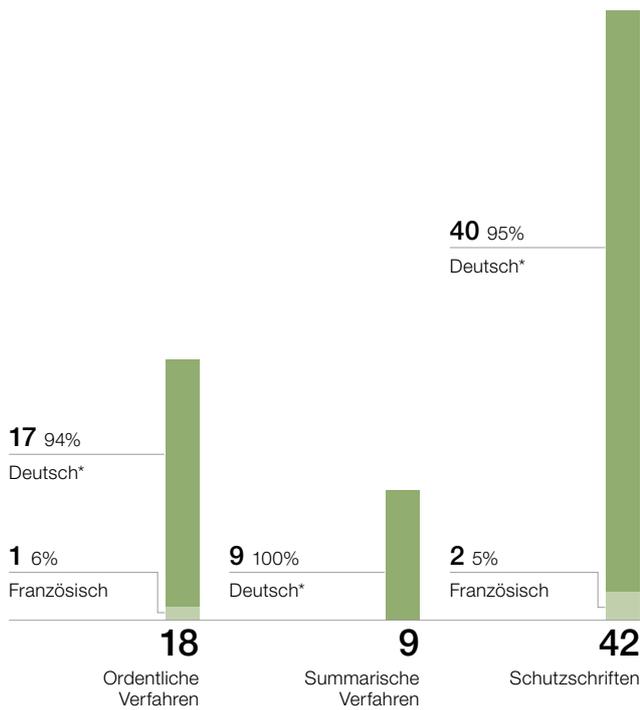
## 2. STATISTIKEN

### 2.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte				Verfahrensausgang			
	Pendenz vor dem 1.1.2016	Eingang 2016	Erledigung 2016	Pendenz am 31.12.2016	Urteil	Vergleich	Nichteintreten	Gegenstandslosigkeit
<b>Ordentliche Verfahren</b>								
Verletzung ohne Nichtigkeitswiderklage	11	7	7	11	4	3	-	-
Nichtigkeit ohne Verletzungswiderklage	6	9	6	9	3	1	-	2
Verletzung und Nichtigkeit	4	-	1	3	-	1	-	-
Berechtigung	4	-	2	2	-	2	-	-
Forderung	1	2	1	2	-	1	-	-
Anderes	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Total</b>	<b>26</b>	<b>18</b>	<b>17</b>	<b>27</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>-</b>	<b>2</b>
<b>Summarische Verfahren</b>								
Unterlassung/Wahrung	-	8	6	2	4	2	-	-
Beschreibung	-	1	1	-	1	-	-	-
Beschlagnahme	-	-	-	-	-	-	-	-
Beweissicherung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschreibung und Beweissicherung	-	-	-	-	-	-	-	-
Anderes	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Total</b>	<b>-</b>	<b>9</b>	<b>7</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Schutzschriften</b>								
	Übertrag von 2015	Eingang 2016	Schutzfrist abgelaufen	relevant bis 2017				
Schweizer Patente (inkl. ergänzender Schutzzertifikate)	9	4	13	-				
Europäische Patente (inkl. ergänzender Schutzzertifikate)	24	38	42	20				
<b>Total</b>	<b>32*</b>	<b>42</b>	<b>54*</b>	<b>20</b>				

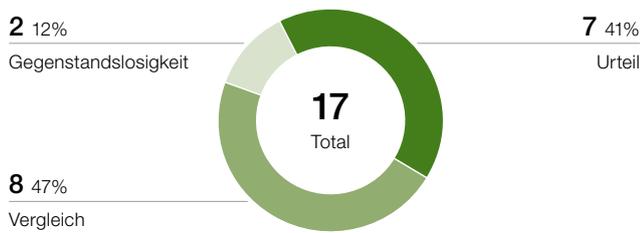
\*Zum Teil europäische Patente und Schweizer Patente in der gleichen Schutzschrift

### 2.1.1 Streitsachen nach Verfahrenssprachen 2016

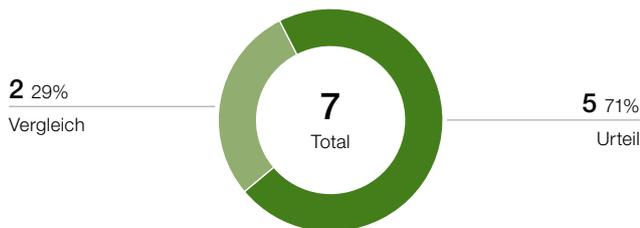


\*Davon 8 Fälle mit Parteiensprache Englisch (6 ordentliche Verfahren, 1 summarisches Verfahren, 1 Schutzschrift)

### 2.1.2 Art der Erledigung 2016 (ordentliche Verfahren)

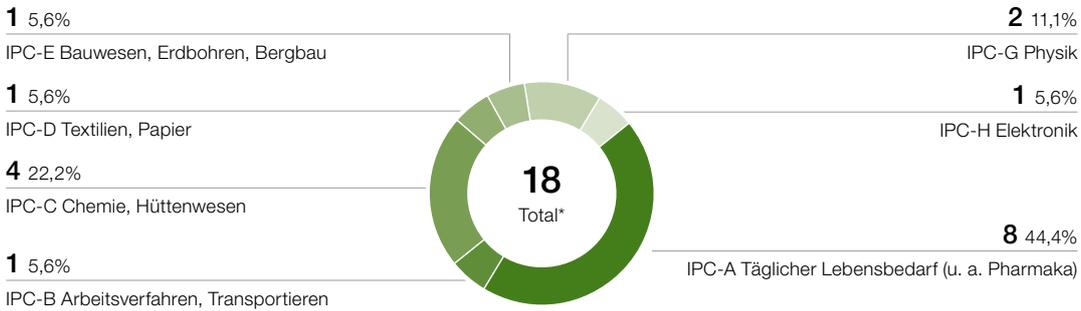


### 2.1.3 Art der Erledigung 2016 (summarische Verfahren)

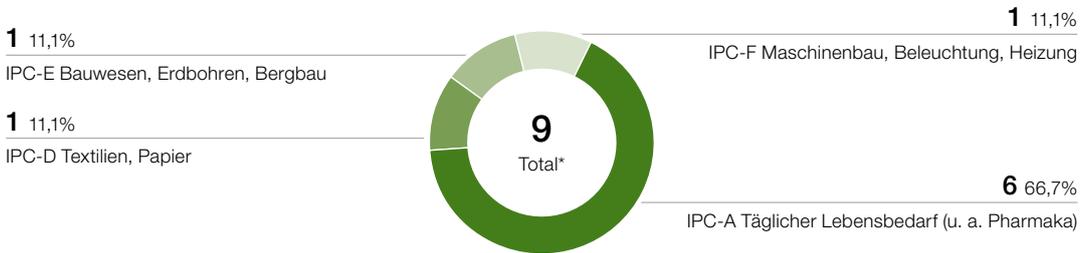


## 2.2 Geschäfte nach Technikgebieten

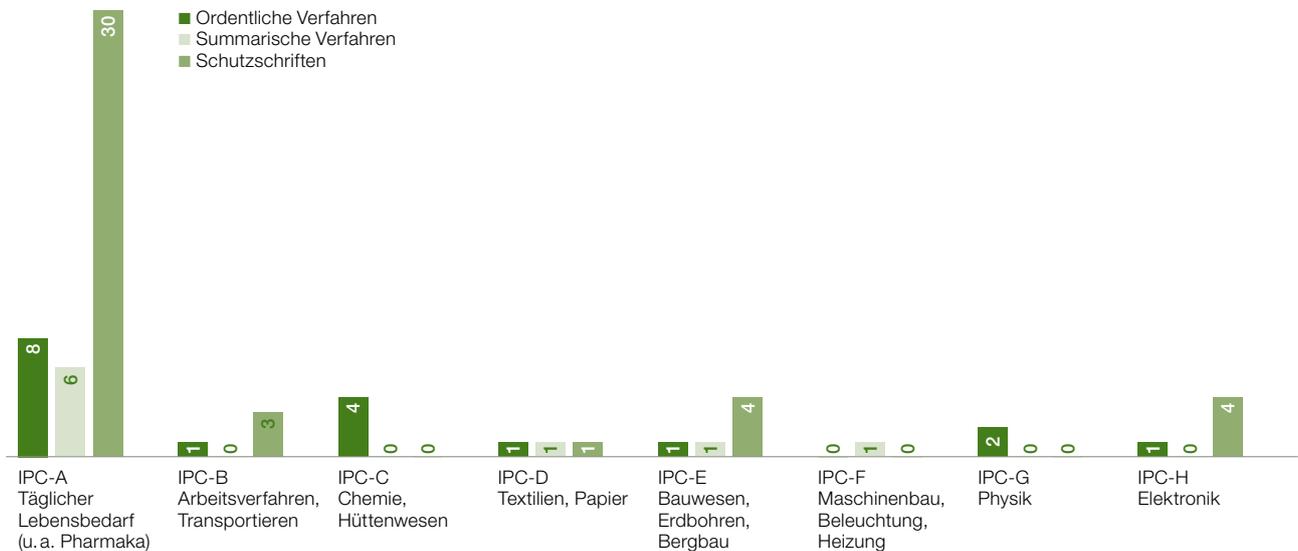
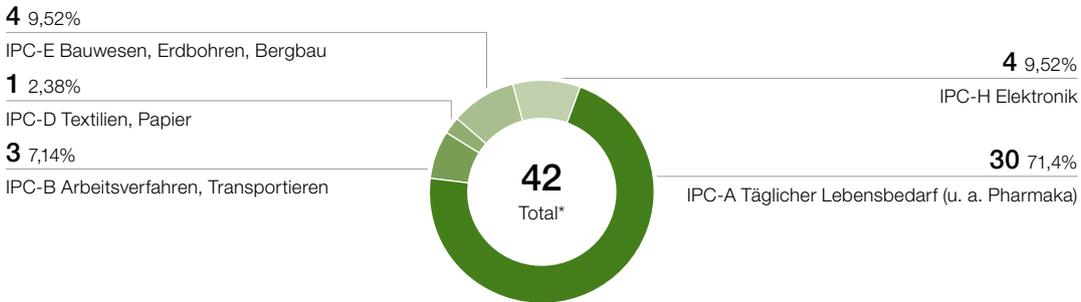
### 2.2.1 Ordentliche Verfahren



### 2.2.2 Summarische Verfahren



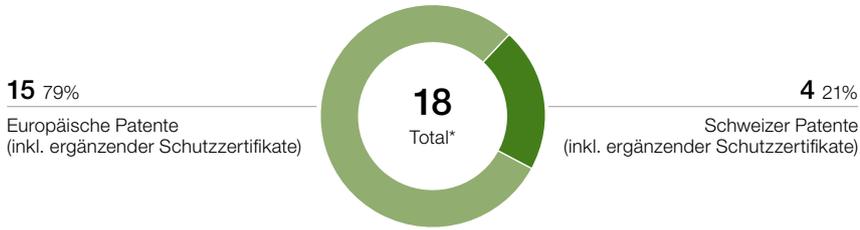
### 2.2.3 Schutzschriften



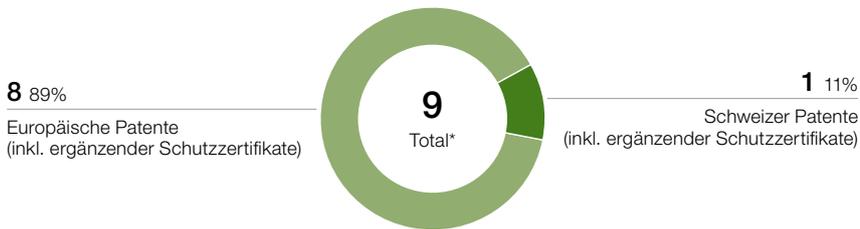
\*Zum Teil mehrere Technikgebiete im gleichen Fall  
IPC=International Patent Classification

## 2.3 Geschäfte nach Schutzrechten

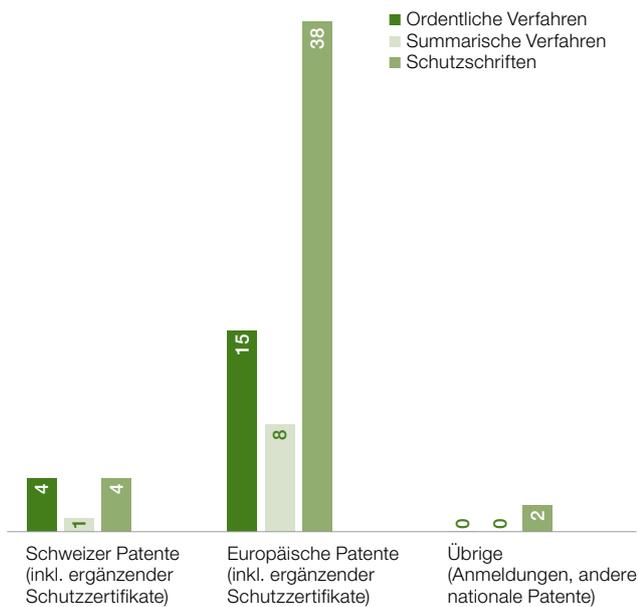
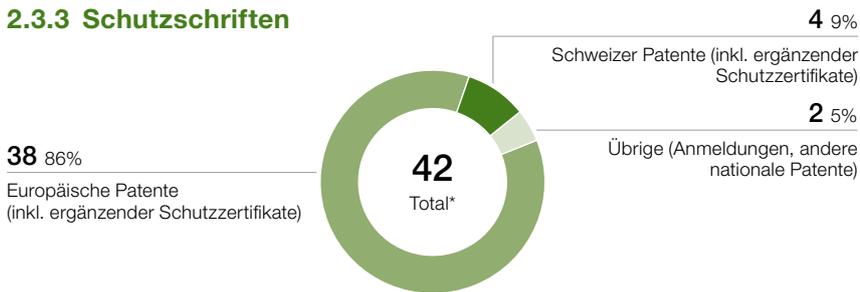
### 2.3.1 Ordentliche Verfahren



### 2.3.2 Summarische Verfahren



### 2.3.3 Schutzschriften



\* In einem Teil der Fälle ging es gleichzeitig um Schweizer und europäische Patente.

## 2.4 Dauer der Geschäfte

	Erledigungen					Pendente Fälle						
	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre Total Erledigungen 2016	1 bis 3 Monate	4 bis 6 Monate	7 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre Total Pendenzen Ende 2016		
<b>Ordentliche Verfahren</b>												
Verletzung ohne Nichtigkeitswiderklage	1	-	2	1	3	7	2	1	5	3	-	11
Nichtigkeit ohne Verletzungswiderklage	1	1	3	-	1	6	2	-	5	2	-	9
Verletzung und Nichtigkeit	-	-	-	-	1	1	-	-	1	1	1	3
Berechtigung	-	-	1	1	-	2	-	-	1	1	-	2
Forderung	-	-	1	-	-	1	2	-	-	-	-	2
Anderes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Total</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>7</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>17</b>	<b>6</b>	<b>1</b>	<b>12</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>27</b>
<b>Summarische Verfahren</b>												
Unterlassung/Wahrung	4	-	2	-	-	6	1	1	-	-	-	2
Beschreibung	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Beschlagnahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beweissicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschreibung und Beweissicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anderes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Total</b>	<b>5</b>	<b>-</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>2</b>

## 2.5 Mittlere Dauer der Geschäfte

	Erledigungen Mittlere Dauer (Tage)			Pendente Fälle Mittlere Dauer (Tage)		
	bei kantonalen Gerichten	beim Bundes- patentgericht	Total	bei kantonalen Gerichten	beim Bundes- patentgericht	Total
<b>Ordentliche Verfahren</b>						
Verletzung ohne Nichtigkeitswiderklage	–	553	553	–	254	254
Nichtigkeit ohne Verletzungswiderklage	–	319	319	–	242	242
Verletzung und Nichtigkeit	248	1736	1984	1335	810	2145
Berechtigung	–	483	483	–	370	370
Forderung	–	341	341	–	62	62
Anderes	–	–	–	–	–	–
<b>Durchschnitt</b>	<b>248</b>	<b>518</b>	<b>533</b>	<b>1335</b>	<b>306</b>	<b>353</b>
<b>Summarische Verfahren</b>						
Unterlassung/Wahrung	–	99	99	–	80	80
Beschreibung	–	21	21	–	–	–
Beschlagnahme	–	–	–	–	–	–
Beweissicherung	–	–	–	–	–	–
Beschreibung und Beweissicherung	–	–	–	–	–	–
Anderes	–	–	–	–	–	–
<b>Durchschnitt</b>	<b>–</b>	<b>88</b>	<b>88</b>	<b>–</b>	<b>80</b>	<b>80</b>

## 2.6 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzelrichter	Spruchkammer mit 3 Richtern	Spruchkammer mit 5 Richtern	Spruchkammer mit 7 Richtern	Total	Instruktions- verhandlungen Verhandlungen in Massnahme- verfahren	Haupt- verhandlungen	Total Verhandlungen
<b>Ordentliche Verfahren</b>								
Verletzung ohne Nichtigkeitswiderklage	3	–	4	–	7	4	–	4
Nichtigkeit ohne Verletzungswiderklage	3	3	–	–	6	4	–	1
Verletzung und Nichtigkeit	1	–	–	–	1	2	–	1
Berechtigung	2	–	–	–	2	1	–	–
Forderung	1	–	–	–	1	–	–	1
Anderes	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Total</b>	<b>10</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>–</b>	<b>17</b>	<b>11</b>	<b>–</b>	<b>7</b>
<b>Summarische Verfahren</b>								
Unterlassung/Wahrung	4	2	–	–	6	–	1	–
Beschreibung	–	1	–	–	1	–	–	–
Beschlagnahme	–	–	–	–	–	–	–	–
Beweissicherung	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschreibung und Beweissicherung	–	–	–	–	–	–	–	–
Anderes	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Total</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>7</b>	<b>–</b>	<b>1</b>	<b>–</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>14</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>–</b>	<b>24</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	<b>7</b>

## VERGLEICHSTABELLE

### Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

	Bundesgericht	Bundesstrafgericht	Bundesverwaltungsgericht	Bundespatentgericht
<b>Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)</b>				
Anzahl Richter/innen	38	15,8	64,90	3,45
Anzahl Gerichtsschreiber/innen	132	19,9	184,50	0,9
Anzahl übrige Mitarbeitende	146,6	22,4	111,00	1,3
<b>Geschäftslast</b>				
Bestand am Anfang des Jahres	2816	180	5147	26
Anzahl Eingänge	7743	901	8102	27
Anzahl Erledigungen	7811	787	7517	24
Bestand am Ende des Jahres	2748	294	5732	29
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	140	199 <sup>1</sup> /97 <sup>2</sup>	212	518 <sup>3</sup> /88 <sup>4</sup>
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	25	4	391	1
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2016 eingegangenen Fällen	66%	69%	53%	33%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2016 erledigten Fälle	95%	94%	62%	58%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	101%	87%	93%	89%
<b>Finanzen</b>				
<b>Erfolgsrechnung</b>				
<b>Ertrag</b>	13603237	832294	4070434	934182 <sup>5</sup>
<b>Aufwand</b>	91959761	14518062	76214424	1638689
Personalaufwand	77736713	11179339	65241360	1351770
Sach- und übriger Betriebsaufwand	13956669	3207647	10782355	279319
Einlage in Rückstellungen	–	97000	146300	7600
Abschreibung Verwaltungsvermögen	266379	34076	44410	–
<b>Investitionsrechnung</b>				
<b>Einnahmen</b>	–	–	–	–
<b>Ausgaben</b>	782118	–	–	–
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	782118	–	–	–
<b>Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben</b>	14,67%	5,73%	5,34%	57,01% <sup>5</sup>
<b>Besonderes</b>				
Unentgeltliche Rechtspflege	810671	29726	558766	–
Informatik-Sachaufwand	1944741	431073	2883475	150204
Raummiete	6724380	1885420	4070023	66657

<sup>1</sup> Mittlere Dauer der Verfahren der Strafkammer

<sup>2</sup> Mittlere Dauer der Verfahren der Beschwerdekammer

<sup>3</sup> Mittlere Dauer der ordentlichen Verfahren

<sup>4</sup> Mittlere Dauer der summarischen Verfahren

<sup>5</sup> Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; CHF 704507)

# Impressum

## Herausgeber

Die Gerichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
[www.eidgenoessischegerichte.ch](http://www.eidgenoessischegerichte.ch)

### Bundesgericht

Av. du Tribunal fédéral 29  
CH-1000 Lausanne 14  
Telefon 021 318 91 11  
direktion@bger.ch  
[www.bger.ch](http://www.bger.ch)

Schweizerhofquai 6  
CH-6004 Luzern  
Telefon 041 419 35 55

### Bundesstrafgericht

Postfach 2720  
CH-6501 Bellinzona  
Telefon 058 480 68 68  
info@bstger.ch  
[www.bstger.ch](http://www.bstger.ch)

### Bundesverwaltungsgericht

Postfach  
CH-9023 St. Gallen  
Telefon 058 465 26 26  
info@bvger.admin.ch  
[www.bvger.ch](http://www.bvger.ch)

### Bundespatentgericht

Postfach  
CH-9023 St. Gallen  
Telefon 058 465 21 10  
info@bpatger.ch  
[www.bpatger.ch](http://www.bpatger.ch)

## Gestaltungskonzept

Stämpfli Kommunikation, Bern

## Realisation und Druck

Stämpfli AG, Bern  
[www.staempfli.com](http://www.staempfli.com)

Diese Publikation existiert auch auf Französisch und Italienisch.

Sie ist auf [www.eidgenoessischegerichte.ch](http://www.eidgenoessischegerichte.ch) verfügbar und mit einer ausgefüllten Klebeadresse gratis zu beziehen über die Kurzanschrift Bundesgericht, CH-1000 Lausanne 14, oder via [direktion@bger.ch](mailto:direktion@bger.ch) zu bestellen.

ISSN 1663-1331 | Form 104.611.d

